16. Jahrgang 1968 / 1. Heft / Januar

E 22019 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

ERNST FRAENKEL
Idee und Realität des Völkerbundes
im deutschen politischen Denken

KLAUS SCHOLDER
Die evangelische Kirche
in der Sicht der nationalsozialistischen Führung

DIETRICH GEYER
Die russische Revolution als zeitgeschichtliches Problem

MISZELLEN

DOKUMENTATION
Berichte des Grafen Mirbach aus Moskau 1918

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT STUTTGART

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von

HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke und Walter Bußmann

Schriftleitung: DR. HELMUT KRAUSNICK

Redaktion: HELLMUTH AUERBACH

8 München 27, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Ernst Fraenkel . . . . Idee und Realität des Völkerbundes im deutschen politischen Denken 1

Klaus Scholder . . . . Die evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung bis zum Kriegsausbruch 15

Dietrich Geyer . . . . Die russische Revolution als zeitgeschichtliches Problem 36

MISZELLEN

Hans Wolfram v. Hentig Beiträge zu einer Sozialgeschichte des Dritten Reiches 48

Helmut Witetschek . . Der gefälschte und der echte Mölders-Brief 60

DOKUMENTATION

Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau April–Juni 1918 *(Winfried Baumgart)* 66

NOTIZEN 97

BIBLIOGRAPHIE *81*

Inhaltsverzeichnis 15. Jahrgang 1967 . . . . . Beilage

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 433651. Preis des Einzelheftes DM 9.– = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonnement (4 Hefte) DM 30.– = sfr. 34.65 zuzüglich Versandspesen. Für Studenten im Abonnement jährlich DM 24.–. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten, die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" im Abonnement beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.–; für Studenten DM 38.– (zuzüglich Versandspesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und der Verlag entgegen.

Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wertmarke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirschgraben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwischen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen Industrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Diesem Heft liegen ein Prospekt des Europa-Archivs, Bonn, ein Prospekt der Ordens-Sammlung, Berlin, und ein Prospekt der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, bei.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

16. Jahrgang 1968 1. Heft/Januar

ERNST FRAENKEL

IDEE UND REALITÄT DES VÖLKERBUNDES IM DEUTSCHEN POLITISCHEN DENKEN*

I

Von Ausnahmen abgesehen, hat der Völkerbund, solange er existierte, in Deutschland eine schlechte Presse gehabt[1]. Vor seiner Geburt mit übermäßigen Hoffnungen erwartet[2], wurde er bereits vor seiner endgültigen Konstituierung der Gegenstand vernichtender Kritik[3]. Im Verlauf der Weimarer Periode ist diese ablehnende Haltung allerdings sowohl hinsichtlich ihrer Intensität als auch hinsichtlich ihrer Motivationen nicht unerheblichen Schwankungen unterworfen gewesen. Als die deutsche Öffentlichkeit dem Völkerbund noch eine hervorragende politische Bedeutung beimaß, war sie nur allzu geneigt, ihn als Machtinstrument der Sieger zu verdammen

* Vortrag, gehalten auf dem Deutschen Historikertag in Freiburg am 13. Okt. 1967. – Ich möchte Fräulein Dipl.-Pol. Marianne Brink, die mit einer Dissertation über das Thema „Die Stellung der deutschen Linken zum Völkerbund (SPD, USPD, KPD, Pazifisten) unter besonderer Berücksichtigung der Zeitungs- und Zeitschriftenliteratur (1918–1926)" beschäftigt ist, herzlich danken, daß sie mich bei der Vorbereitung des Referats tatkräftig unterstützt hat.

[1] In einem im Juni 1923 in der „Friedenswarte" veröffentlichten Artikel über „Deutschlands Eintritt in den Völkerbund" hat Hans Wehberg sich mit der deutschen Einstellung zum Völkerbund auseinandergesetzt. Er hat hier dargetan, daß Deutschland sich nach dem Ende des ersten Weltkrieges zwar zur Idee der Schiedsgerichtsbarkeit bekannt habe, daß der Weg einer Politik des Rechts jedoch nicht zu Ende gegangen sei, weil den leitenden deutschen Staatsmännern die Einsicht in die zukünftige Bedeutung des Genfer Völkerbunds für die Erneuerung der Welt und die Schaffung einer reineren Atmosphäre fehlte. Deutschlands Lust zum Eintritt in den Völkerbund habe sich seit 1920 abgeschwächt, und ein Gefühl der Feindseligkeit gegen den Völkerbund beherrsche die deutsche öffentliche Meinung („Die Friedenswarte", 23. Jahrgang, S. 173ff., insbesondere S. 174/175 und S. 176).

[2] Über den „Völkerbundsgedanken in Deutschland während des Weltkriegs" vgl. die gleichnamige Schrift von Ernst Jäckh, Berlin 1929, deren bleibende Bedeutung darin zu erblicken ist, daß sie nicht nur den Text der amtlichen deutschen Erklärungen enthält, sondern auch ausführliche Zitate aus den Veröffentlichungen solcher pazifistischen Organisationen wie der deutschen „Friedensgesellschaft", der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden" und der „Zentralstelle Völkerrecht" (s. insbes. S. 11–23).

[3] Eine heute noch sehr nützliche Zusammenstellung bedeutsamer amtlicher, politischer und wissenschaftlicher Äußerungen zum Völkerbundsprojekt findet sich in der Schrift von Paul Rühlmann „Der Völkerbundsgedanke", Berlin 1919, die mit Datum vom 10. Jan. 1919 abgeschlossen ist. Ihr besonderer Wert ist darin zu erblicken, daß sie nicht nur Repräsentanten der kriegführenden Staaten, sondern auch Vertreter der neutralen Staaten zu Wort kommen läßt.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und als ideologisches Feigenblatt des Versailler Friedensvertrages zu verketzern. Je mehr sich jedoch offenbarte, daß Sieger und Besiegte gleicherweise die Rolle überschätzt hatten, die er in der politischen Realität zu spielen in der Lage war, desto mehr konzentrierte sich die Polemik auf die Feststellung, daß er auf der ganzen Linie versagt habe – eine Auffassung, die während der Stresemann-Periode zwar zeitweise verdeckt, jedoch niemals völlig aufgegeben worden ist. Haß verwandelte sich in Verachtung, Verachtung in Gleichgültigkeit, Gleichgültigkeit in Spott und Hohn, bis schließlich der in einer langwierigen Agonie dahinsiechende Völkerbund so gut wie vergessen war. Nach seinem im Jahre 1945 auch amtlich bestätigten Tod hat man ihn in Frieden ruhen lassen.

Requiescat in Pace? Fehlt dem Völkerbund jegliche Bedeutung für das Selbstverständnis der Gegenwart? Erschöpft sich, soweit es überhaupt besteht, das zeitgenössische Interesse an ihm darin, ihn als eine Institution zu begreifen, die ausschließlich einer abgeschlossenen Periode der Zeitgeschichte angehört? Oder bestimmt die Erinnerung an die Genfer Liga nicht vielmehr bis zum heutigen Tage unsere Vorstellung von den Möglichkeiten und Grenzen einer jeden Weltfriedensorganisation, gleichgültig, ob sie in Gestalt der UNO eine konkrete Gestalt angenommen hat oder in unserem politischen Denken und Hoffen als Modell eines „wahren" Völkerbunds, einer „echten" UNO in Erscheinung tritt?

Nichts hat in Deutschland von Anbeginn an den Völkerbund mehr diskreditiert als seine organisatorische Verbindung mit dem Versailler Friedensvertrag, dessen einleitende Bestimmungen „The Covenant of the League of Nations" bildete – eine Regelung, auf der Wilson aus innerpolitischen amerikanischen Erwägungen bestand, weil er von der Erwartung ausging, daß die dem Völkerbund so kritisch gegenüberstehende Senatsopposition sich schließlich und endlich doch bereit finden werde, den verhaßten Völkerbund mitzuschlucken, wenn die einzige Alternative darin bestand, das ganze Versailler Vertragswerk zu Fall zu bringen. Dies hat sich als Fehlspekulation erwiesen, jedoch nicht verhindert, daß im deutschen politischen Bewußtsein dieser mehr zufälligen Verkoppelung von Völkerbundssatzung und Friedensvertrag eine symbolische Bedeutung beigemessen wurde. Die Väter des Versailler Friedensvertrages sind gleicherweise Meister der psychologischen Kriegführung und Stümper der psychologischen Friedensgestaltung gewesen.

Als nicht minder verhängnisvoll sollte sich die auf der gleichen Linie liegende Tendenz erweisen, den Völkerbund als eine Verlegenheitslösung – gleichsam als Packesel – für eine Reihe von Problemen zu verwenden, für deren Lösung aus pragmatischen Gründen an den Prinzipien nicht festgehalten werden konnte, die dem Friedensvertrag zugrunde liegen sollten. Ich muß mich damit begnügen, stichwortartig die schicksalsschweren Worte Saargebiet, Danzig und Oberschlesien zu erwähnen und darauf hinzuweisen, daß in deutschen Augen die Regelung der Kolonialfrage ebenfalls in diese Kategorie gehörte, obwohl der südafrikanische Staatsmann Smuts[4] sich angelegentlichst bemühte, einen organischen Zusammenhang zwischen der Liquidierung der deutschen und türkischen Kolonialherrschaft

[4] J. C. Smuts, The League of Nations, A Practical Suggestion, London 1918, S. 15ff.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und dem von ihm im großen Detail entwickelten und weitgehend erfundenen Mandatssystem herzustellen, dem eine weittragende Bedeutung zugedacht war.

Die deutschen Zeitgenossen erblickten in der Bestellung des Völkerbundes zum Mandanten und in der Bestellung der Siegermächte zu Mandataren für die Kolonialgebiete der Mittelmächte sehr viel weniger eine völkerrechtliche Rechtfertigung als vielmehr eine machtpolitische Bekräftigung der Wegnahme dieses Kolonialbesitzes. Mußten doch die Befürworter einer Rückgabe dieser Kolonien in Rechnung stellen, daß in den von ihnen angestrebten Revisionsverhandlungen ihnen nicht nur deren neue Beherrscher, sondern auch die auf dem Einstimmigkeitsprinzip basierende Völkerbundsorganisation als Kontrahenten gegenüberstehen würden.

Was hier von den Kolonien gesagt wurde, gilt im verstärkten Maß für Danzig. Jeder Gedanke an eine friedliche Rückgabe Danzigs beruhte auf der stillschweigenden Prämisse, daß der Völkerbund vorher so geschwächt sein werde, daß er seine Ausschaltung widerstandslos hinnehmen müsse. Eine jede deutsche Revisionspolitik war, soweit es sich um Ost- und Kolonialfragen handelte, bereits vor Locarno völkerbundsfeindlich und wurde auch hinsichtlich der Westprobleme völkerbundskritisch, sobald Locarno als ein Hindernis für die deutsche Wiederbewaffnung empfunden wurde. War doch dem Völkerbundsrat von den Architekten der Locarnoverträge eine Schlüsselposition im Mechanismus eines Garantiesystems eingeräumt worden, das primär dazu berufen war, die Einhaltung des status quo zu verbürgen.

Ich möchte diese These aufstellen, daß für die zeitgenössisch deutsche Beurteilung des Völkerbunds dessen bisher erwähnte mehr akzidentelle Funktionen bedeutsamer waren als die Wahrnehmung seiner essentiellen Aufgaben. Verzeihen Sie einem Nicht-Fachhistoriker die reichlich provokatorische Redewendung, daß diese akzidentellen Völkerbundsfunktionen heute nur noch von historischem Interesse sind. Ich habe sie kursorisch behandelt, um den größeren Teil der kargen Zeit, die mir zur Verfügung steht, auf die Behandlung der mehr prinzipiellen Probleme meines Themas verwenden zu können.

Es fehlt mir an der Zeit im einzelnen darzutun, wie die einzelnen Parteien und Gruppen sich zu der Idee und Realität des Völkerbundes stellten[5]. Eine Dissertation über den Völkerbund als Gegenstand der deutschen Innenpolitik ist in Berlin in Vorbereitung und bereits weit fortgeschritten. Bezeichnenderweise spielen in

[5] Die Zeitschrift „Europäische Gespräche" hat im Frühjahr und Sommer 1926, d. h. in der Zeit, in der die Diskussion über den deutschen Eintritt in den Völkerbund ihren Höhepunkt erreicht hatte, eine Reihe von Artikeln über „Die deutschen Parteien und ihre Außenpolitik" veröffentlicht. In sämtlichen Artikeln wird programmatisch zum Völkerbund Stellung genommen. Verwiesen wird auf Rudolf Breitscheid „Das außenpolitische Programm der Sozialdemokratie", Dr. Bell „Zentrumsgedanken zur deutschen Außenpolitik", Graf Lerchenfeld „Die bayerische Volkspartei und die Außenpolitik", Dr. Bredt „Die auswärtige Politik der Reichspartei des deutschen Mittelstandes", von Rheinbaben „Die Außenpolitik der deutschen Volkspartei", Bernhard Dernburg „Die Außenpolitik der deutsch-demokratischen Partei", Professor Hoetzsch „Die Außenpolitik der Deutschnationalen Volkspartei", Graf Reventlow „Außenpolitische Gesichtspunkte der deutsch-völkischen Freiheitspartei", Walter Stoecker „Die Außenpolitik der kommunistischen Partei Deutschlands", sämtlich in: Europäische Gespräche, Band 4 (1926), S. 169–197, 223–238, 339–365.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

diesen Auseinandersetzungen auf der Rechten die Gruppen eine größere Rolle als die Parteien. Als Erben der Vaterlandspartei der Kriegszeit haben die vaterländischen Verbände den Haß gegen den Völkerbund wachgehalten und die Rechtsparteien unter einen dauernden Druck gesetzt. Dies gilt nicht nur für die DNVP, sondern auch für die Deutsche Volkspartei Gustav Stresemanns, der hiervon ein Lied singen konnte. Für die NSDAP war die Ablehnung des Völkerbunds eine Selbstverständlichkeit. Es hat mehr als zeitlich bedingte Bedeutung, daß die durch die Auflösung des am 5. März 1933 gewählten Reichstags notwendige Neuwahl im Oktober 1933 mit einem Plebiszit verbunden wurde, das den Austritt der Hitlerregierung aus dem Völkerbund zu billigen berufen war. Die symptomatische Bedeutung dieses Vorgangs ist darin zu erblicken, daß die offizielle Beseitigung des Mehrparteien-, d. h. aber öffentlich diskutierenden Parlamentes zusammenfällt mit der Absage an die internationale Organisation, die auf dem gleichen Prinzip beruhte.

Auf der Linken war es der rechte Flügel der USPD und der linke Flügel der MSPD und die aus der Fusion dieser Parteien entstandene Parteimitte der VSPD, die – weil nicht marxistisch und nicht nationalistisch – prädisponiert war, sich den reformistisch-progressiven Tendenzen der Völkerbundsidee zu verschreiben. Sie konnte insoweit an Tendenzen anknüpfen, die bereits im Jahre 1910 auf der Kopenhagener Tagung der 2. Internationale in Erscheinung getreten waren; sie stand unter dem starken Druck des völkerbundsfeindlichen radikalen Sozialismus und Kommunismus.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf meine Abhandlung über „Das deutsche Wilsonbild" verweisen, in der ich die These aufgestellt habe, daß die eigentliche deutsche Wilsonpartei die USPD gewesen sei[6]. Ich möchte diese These jedoch auf die Zeit von 1916–1919 beschränken, während der Männer wie Hugo Haase, Eduard Bernstein, Karl Kautzky, Kurt Eisner, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding in dieser Partei die führende Rolle spielten. Sie alle waren überzeugte Völkerbundsanhänger, teilweise sogar dogmatische Pazifisten. Je mehr die Wirkungen der russischen Revolution sich bemerkbar machten, desto unsicherer wurde die Haltung der radikalen Linken zum Völkerbund. Haben doch Lenin und seine Anhänger von Anfang an den Völkerbund als ein anti-bolschewistisches Komplott angesprochen. Die linksradikale Völkerbundsbewegung der Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegszeit lebte nur noch in sektenhaften Gruppen wie dem Kreis um die „Weltbühne" fort. Die Kritik der KPD am Völkerbund stand an Schärfe der der Vaterländischen Verbände nicht nach.

II

Die durchweg negative Haltung der deutschen Publizistik zum Völkerbund schloß zumeist die Beteuerung ein, daß diese Ablehnung sich nur auf die Realität und

[6] Ernst Fraenkel, Das deutsche Wilsonbild, in: Jahrbuch für Amerikastudien, Band 5 (1960), S. 66–120, insbes. S. 77. In Ergänzung zu der dort zitierten Literatur sei zusätzlich hingewiesen auf einen am 23. Dezember 1918 in der Zeitung „Freiheit" (Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei) veröffentlichten Artikel „Wilson", der ein uneingeschränktes Bekenntnis zu Wilson enthält.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht auf die Idee einer Weltfriedensorganisation erstreckte. Man findet – von Ausnahmefällen wie z. B. der Polemik Carl Schmitts[7] gegen die Wiedereinführung des Begriffs des diskriminierenden Krieges abgesehen – keine Verdammung der Genfer Liga ohne ein klares Bekenntnis zum „wahren" Völkerbund[8]. Diese Verdammung beschränkte sich im allgemeinen nicht darauf, offenkundige Divergenzen zwischen Völkerbundsrecht und Völkerbundswirklichkeit aufzuzeigen[9]. Die Kritik richtete sich in der Regel gegen die Genfer Liga als solche, wobei allerdings zumeist unklar blieb, ob das Verdikt gegen sie mit der Erwägung gerechtfertigt wurde, daß sie mit den 14 Punkten Wilsons nicht übereinstimme oder aber, daß sie den Anforderungen nicht Genüge leiste, die deutschen Völkerrechtsvorstellungen zugrunde lagen oder beides.

Die fast hoffnungslose Verwirrung, durch die die Völkerbundskritik der Weimarer Periode gekennzeichnet ist, erklärt sich nicht zuletzt aus dem mangelnden Verständnis für die fundamentalen Unterschiede im Denken der angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Wegbereiter der Völkerbundsidee[10]. Sie treten besonders deutlich bei Behandlung des zentral wichtigen Problems des Kriegsverhütungsrechts in Erscheinung. Sie sollen im folgenden als die Theorien des Friedensmoratoriums und des Schlichtungsobligatoriums bezeichnet werden.

Eine weitere von mir zur Diskussion gestellte These lautet, daß, insoweit das deutsche Völkerbundsdenken ein uneingeschränktes Bekenntnis zum Gedanken eines „echten" Völkerbunds enthielt, es auf die Idee des Schlichtungsobligatoriums eingeschworen war, und daß ihm durchweg der Zugang für das Verständnis des politischen Gehalts einer Weltfriedensorganisation verschlossen war, die auf dem Prinzip des Friedensmoratoriums beruht.

---

[7] Vgl. hierzu abschließend: Carl Schmitt, Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum, Köln 1950², S. 232ff.

[8] In den am 28. Mai 1919 in Versailles überreichten Gegenvorschlägen heißt es in dem Teil II (3) unter der Überschrift „Völkerbundsgeist", daß von einem wahren Völkerbund ohne eine deutsche Beteiligung nicht gesprochen werden könne; vielmehr handele es sich bei der Covenant of the League of Nations nur um eine Fortdauer der gegnerischen Koalition, die den Namen „Völkerbund" nicht verdient. Auch die innere Struktur verwirklicht nicht den wahren Völkerbund. Vgl. Deutscher Geschichtskalender Ergänzungsband „Der Europäische Krieg" 1919, S. 513: „Vom Waffenstillstand bis zum Frieden von Versailles".

[9] Hieraus erklärt sich auch, daß die Frage, ob Deutschland dem Völkerbund beitreten solle, in den ersten Jahren nach Abschluß des Versailler Friedensvertrags äußerst umstritten war und das Fehlen einer Aufforderung an Deutschland, der Genfer Liga beizutreten, keineswegs generell als Kränkung der deutschen nationalen Ehre aufgefaßt wurde. Charakteristisch für die zwiespältige Haltung Deutschlands zu diesem Problem dürften die Erklärungen sein, die Stresemann in der Reichstagssitzung vom 28. Februar 1924 abgegeben hat. (S. Schücking-Wehberg, Die Satzung des Völkerbunds, 3. Aufl., Berlin 1931, S. 325f. Dortselbst eine eingehende, auf umfangreiches Quellenmaterial gestützte Darstellung der Vorgeschichte des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.)

[10] Vgl. hierzu insbesondere Erich Kaufmann, Der Völkerbund, zuerst veröffentlicht 1932, wieder abgedruckt in: Gesammelte Schriften, Band 2, Göttingen 1960, S. 224ff., insbes. S. 226f.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III

Selbst in pazifistischen deutschen Kreisen hatte man sich an den kurz vor Ausbruch des Weltkriegs viel erörterten Bryan-Verträgen nicht erwärmen können[11]. In ihnen wurde ein Kriegsverzicht für die Dauer der Investigationen angeregt, deren Ziel es sein sollte, die Fakten zu klären, die einem akuten friedensbedrohenden internationalen Konflikt zugrunde lagen. Während des Krieges blieben die in ähnlicher Richtung laufenden Bemühungen der amerikanischen League to enforce Peace weitgehend unbekannt. Dies gilt auch für das am 27. Mai 1916 abgelegte Bekenntnis Woodrow Wilsons zu den Zielen der League to Enforce Peace – die erste grundsätzliche Stellungnahme des amerikanischen Präsidenten zum Problem der Kriegsverhütung.

Die deutsche wissenschaftliche Literatur und politische Publizistik neigten und neigen dazu, bei der historischen Analyse des Völkerbundes so gut wie ausschließlich auf Woodrow Wilson und seine 14 Punkte zu verweisen[12]. Die anglo-amerikanische Literatur zur Vor- und Frühgeschichte des Völkerbundes ist sich jedoch seit langem darüber einig, daß Wilson alles andere als der alleinige geistige Vater des Völkerbundes gewesen ist, so überragend bedeutsam seine Rolle als dessen Propagandist auch gewesen sein mag[13]. Will man das Prinzip des Friedensmoratoriums, so

[11] Die Eingangsformel der Bryan-Verträge lautete wie folgt: „Die hohen vertragschließenden Parteien kommen daher überein, daß alle zwischen ihnen auftauchenden Dispute gleichwie welcher Art (mit alleiniger Ausnahme solcher Dispute, deren Regelung in anderen zwischen den hohen vertragschließenden Parteien getroffenen Vereinbarungen vorgesehen und erfolgt ist), falls diplomatische Methoden zu ihrem Ausgleich erfolglos geblieben sind, an eine ständige internationale Kommission zwecks Durchführung einer Investigation und Abfassung eines Berichts überwiesen werden . . ., und sie kommen dahin überein, für die Dauer dieser Investigation und bis zum Eingang des Berichts keinen Krieg zu erklären oder Feindseligkeiten zu beginnen." Zu den Bryan-Verträgen vgl. Alfred Zimmern, The League of Nations and the Rule of Law, London 1939, S. 128ff.

[12] So heißt es in dem im Jahre 1923 im Verlag Kohlhammer Stuttgart veröffentlichten umfangreichen Werk von B. W. von Bülow, „Der Versailler Völkerbund, eine vorläufige Bilanz": „Der Gedanke eines Völkerbunds wurde während des Krieges von Wilson entwickelt. Andere Staatsmänner haben seinen Ausführungen nichts Wesentliches hinzugefügt. Das ganze Programm des amerikanischen Präsidenten, seine Leitsätze für die Liquidierung des Weltkriegs, in erster Linie seine 14 Punkte, waren Grundlage und zugleich Voraussetzung der Verwirklichung des Völkerbundsgedankens." (Seite 2.)

Die Mount Vernon-Rede vom 4. Juli 1918 scheint ihm unbekannt geblieben zu sein; hingegen ergeht er sich in längeren Ausführungen über die Ähnlichkeiten, die angeblich zwischen dem Völkerbund und der Heiligen Allianz, ja sogar zwischen Wilson und Alexander I. bestanden hätten: „Beide waren eitel und zeigten neben dem Hang zur Despotie eine Schwärmerei für Völkerglück und Menschenwohl. Beide besaßen einen ausgeprägten Sinn für den eigenen Vorteil, und beide vereinigen eine ausgesprochene Sinnlichkeit mit starken pietistischen Neigungen." (S. 9f.).

Bis zu dem Erscheinen des Völkerbundskommentars von Schücking-Wehberg war das Werk von Bülows das deutsche „Standard"buch über den Völkerbund.

[13] Wilsons Biograph, Arthur S. Link, hat hierzu ausgeführt: „Wilson war häufig nicht originell. Er war kein Bahnbrecher neuer Ideen und der öffentlichen Meinung nicht weit voraus. Sein Hauptbeitrag lag darin, Gedanken und Ideen dadurch zusammenzufassen, daß

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie es in der Satzung des Völkerbundes zum Ausdruck gelangte, vertieft verstehen, ist es unerläßlich, sich zusätzlich mit den Gedanken auseinanderzusetzen, die u. a. von der von Morel maßgeblich inspirierten englischen Union of Democratic Control ausgingen und die in den Schriften Lord Grey's und des Südafrikaners Smuts „The League of Nations, A Practical Suggestion" detailliert entwickelt worden sind. An Originalität der Gedankenführung und begrifflicher Klarheit stellt Smuts Woodrow Wilson weit in den Schatten[14].

Nicht minder unzutreffend ist es, stets und von neuem nur auf Wilsons 14-Punkte-Rede vom 8. Januar 1918 zu verweisen und darüber die in den Reden vom 11. Februar, 4. Juli und 27. September 1918 enthaltenen 13 Zusatzpunkte zu vernachlässigen. Eine Beschränkung auf die 14-Punkte-Rede führt schon allein deshalb in die Irre, weil sie weitgehend eine durch tagespolitische (deshalb allerdings welthistorisch nicht minder bedeutsame) Erwägungen bestimmte Polemik gegen Lenin und Trotzki darstellt[15]. Der Schlüssel der Wilsonschen Völkerbundspropaganda ist nicht in der polemisch zugespitzten Rede vom 8. Januar, sondern in der Mount Vernon-Rede vom 4. Juli zu finden, in deren viertem Punkt, wie er selber hervorhebt, seine leitenden Ideen zusammengefaßt sind. Er lautet:

> „Wir streben nach der Herrschaft des Rechts, gegründet auf die Zustimmung der Regierten Völker und aufrechterhalten durch die organisierte öffentliche Meinung der Menschheit."

Sofern nur sichergestellt ist, daß nach Ausbruch einer ernsthaften diplomatischen Krise

---

er sie in einer Sprache auszudrücken verstand, die die Herzen bewegte und die Stimmabgabe der Wähler beeinflußte. Er verstand es, praktische Methoden aufzuzeigen, die sich dazu eignen, Ideale zu realisieren. Dies gilt auch für Wilsons Beziehungen zu dem liberalen Friedensprogramm, dessen grundlegende Forderungen bereits in Europa und Amerika von kriegsgegnerischen Gruppen erfaßt und eingehend diskutiert worden waren, bevor Wilson sich öffentlich dieses Programm zu eigen machte." Vgl. Arthur S. Link, Wilson the Diplomatist, Baltimore 1957, S. 92.

[14] In dem führenden historischen Werk über den Völkerbund führt F. P. Walters über Smuts aus: „Smuts' Schrift stellt von jedem denkbaren Gesichtspunkt aus betrachtet den Höhepunkt aller Betrachtungen und Arbeiten dar, die vor der Pariser Friedenskonferenz mit dem Problem des Völkerbunds im Zusammenhang standen. Die Pläne, die von den englischen, unter Leitung von Phillimore, und von den französischen, unter Leitung von Bourgeois, stehenden Ausschüssen ausgearbeitet worden waren, und die Entwürfe von Wilson und House waren alle geheimgehalten worden. Das Buch „The League of Nations – A Practical Suggestion" von Smuts war daher der erste Plan des Völkerbunds, der von einem Manne publiziert wurde, der eine überragend große öffentliche Position einnahm, der in der Führung des Krieges eine hervorragende Rolle gespielt hatte und der einzigartige Erfahrungen in militärischen und politischen Fragen besaß. Der Inhalt der Schrift von Smuts war aber noch bemerkenswerter als ihr Autor. Hier lag endlich eine Arbeit vor, die der Größe der Aufgabe entsprach." F. P. Walters, A History of the League of Nations, London 1952, Vol. 1, S. 27.

[15] Vgl. hierzu das grundlegende Buch von Arno Mayer, Political Origins of the New Diplomacy 1917–1918, New Haven 1959, Kapitel 9: Wilson issues a Countermanifesto, S. 329ff., insbes. S. 353f.: „Es ist deshalb unumgänglich, die 14 Punkte nicht künstlich von den Adressaten zu trennen, an die sie gerichtet waren . . . Die Aussprache zwischen Wilson auf der einen und Lenin und Trotzky auf der anderen Seite hatte begonnen."

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. in voller Weltöffentlichkeit je nach Lage der Sache ein Vermittlungs-, Schlichtungs- oder Gerichtsverfahren in die Wege geleitet wird;
2. während Laufes dieser Verfahren und einer zusätzlichen Abkühlungsfrist keine Nation zum Kriege schreiten darf, ohne als Störer des Völkerfriedens zur Verantwortung gezogen zu werden;
3. eine neu zu gründende internationale Organisation bereit und in der Lage ist, wirksame Sanktionen gegen einen jeden Staat zu verhängen, der unter Nichtbeachtung dieser Verfahrensvorschriften eine Aggression vornimmt,

ist der entscheidende Schritt zur Friedenssicherung getan[16]. Den Nachweis, daß nach Ansicht von Wilson, Smuts und Lord Cecil die „World Public Opinion" das geeignete Mittel sein sollte, um mittels der Repressalie des moralischen Boykotts die Völkerbundsordnung als Bestandteil einer neuen Völkerrechtsordnung zu sanktionieren, habe ich in meiner Abhandlung über „Öffentliche Meinung und Internationale Politik" zu führen versucht, auf deren Inhalt ich hinweisen möchte[17].

Die Völkerbundstheorie des Friedensmoratoriums vertraut sehr viel weniger auf den mit jedem Schlichtungsobligatorium unlösbar verbundenen Rechtszwang; sie verläßt sich primär auf die gesellschaftliche Macht der öffentlichen Meinung. Völkerbund und UN sind ihrem Wesen, ihrer Idee, ihrer Satzung und ihrer Realität nach völkerrechtliche Verbindungen *souveräner* Staaten. Eine jede Völkerbundskritik, die diese schlechthin fundamentale Tatsache zu verschleiern, zu verbergen oder gar zu vertuschen sucht, läuft Gefahr, sich in Utopien zu verlieren.

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, möchte ich klarstellen:

1. Weder die Satzung des Völkerbunds noch die der UNO enthalten die Verpflichtung eines Mitgliedsstaates, sich auf ein Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren einzulassen, ohne daß er einem solchen Verfahren durch einen Kompromiß zugestimmt hat.
2. Es gibt im geltenden Völkerrecht keinen Einlassungszwang.
3. Die Zustimmung zu einem solchen Verfahren kann generell erfolgen oder nur für einen Einzelfall gelten.
4. Sie kann auch generell mit Vorbehalten vorgenommen werden, z. B. mit dem Vorbehalt der Ehrenklausel oder der Existenzklausel. Deutschland hat sich auf den Haager Konferenzen geweigert, eine Generalklausel mit einer Ehrenklausel

[16] Viscount Cecil (Lord Robert Cecil), A Great Experiment, London 1941, chapter II: The Making of the League, S. 47ff. Der Völkerbundsentwurf Lord Cecil's vom 14. Jan. 1919 ist abgedruckt in David Hunter Miller, The Drafting of the Covenant, Bd. 2, London 1928, S. 61. Dieser Band enthält die wichtigsten Dokumente aus der Vorgeschichte des Völkerbunds, u. a. auch die verschiedenen Entwürfe Wilsons, den Phillimore-Plan vom 20. März 1918, der für die britische Stellungnahme richtungweisend war, den Smutsplan, vor allem aber auch die Protokolle der Sitzungen der Völkerbundskommission und des Plenums der Pariser Friedensvertragskonferenz. Der Text der deutschen Vorschläge findet sich in deutscher und englischer Sprache auf Seite 744f. (Dokument 35). Für die französische Einstellung sind insbesondere die Kommissionsprotokolle bedeutsam. Vgl. auch Maja Bachofen, Lord Robert Cecil und der Völkerbund, Zürich 1959, S. 48ff.

[17] Ernst Fraenkel, Öffentliche Meinung und Internationale Politik, in: Recht und Staat, Heft 255/6, Tübingen 1962.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu akzeptieren – eine dogmatische Haltung, die uns unter Berücksichtigung des Einflusses der militärischen auf die politische Ideologie voll verständlich ist.

Die Idee des Schlichtungsobligatoriums schließt im Prinzip die Möglichkeit aus, Schiedsgerichtsverträge mit Vorbehaltsklauseln anzuerkennen[18]. Wie immer diese Vorbehaltsklauseln auch formuliert sein mögen, sie sind ihrem Wesen nach dazu bestimmt, den souveränen Staaten die letzte Entscheidung darüber zu überlassen, was sie als „politisch", d. h. nicht-justiziabel ansehen. Konsequent zu Ende gedacht, eliminiert die Idee eines Schlichtungsobligatoriums die Politik aus dem Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen. Damit taucht aber die Frage auf, ob der gleicherweise gegen den Völkerbund und die UN erhobene Vorwurf der Unwahrhaftigkeit nicht selbst auf einer Unwahrhaftigkeit beruht. Die auch heute noch herumspukende Idee eines „echten Völkerbundes" ist zum mindesten insoweit dem Vorwurf ausgesetzt, schizophren zu sein, als sie einerseits an dem Gedanken eines Schlichtungsobligatoriums festhält, andererseits jedoch niemals zu erkennen gegeben hat, daß sie den Souveränitätsanspruch der Mitgliedsstaaten einer solchen Organisation ablehne.

Die kontinentaleuropäische Völkerbundstheorie findet sich bereits in der Papstnote vom 1. August 1917 und tauchte im Jahre 1919 nicht nur in Projekten auf, die in der Schweiz und in Skandinavien ausgearbeitet worden waren; sie findet sich insbesondere in den Völkerbundsschriften von Erzberger und Schücking und stellt das kennzeichnende Merkmal des von der deutschen Liga für Völkerrecht ausgearbeiteten und des von der deutschen Friedensdelegation in Versailles überreichten Völkerbundsplanes dar[19]. Der letztere beginnt mit den Worten:

---

[18] Richtungweisend war der englisch-französische Schiedsgerichtsvertrag von 1903, der vorsah, daß in allen Kontroversen, die ihrer Natur nach rechtlichen Charakter besaßen, insbesondere soweit es sich um die Anwendung oder Auslegung von internationalen Verträgen handelte, die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts begründet sein solle, außer wenn lebenswichtige Interessen, die Unabhängigkeit oder die Ehre einer der vertragschließenden Parteien berührt werde. In mehreren im Jahre 1908 von den USA abgeschlossenen Schiedsgerichtsverträgen (Root Treaties) lautet die Reservationsklausel: „provided nevertheless that they do not offset the vital interests, the independence or the honor of the two contracting states and do not concern the interests of third parties".

[19] Die Idee des Schlichtungsmoratoriums kommt besonders klar in Artikel 30 bis Artikel 33 des deutschen Entwurfs zum Ausdruck. Artikel 30 lautet: „Das regelmäßige Organ für die Abschaffung von zwischenstaatlichen Rechtsstreitigkeiten ist der Internationale Gerichtshof. Jedes Mitglied des Völkerbunds hat hier ein Recht zur Klage, *auf die sich der Gegner einlassen muß* . . . Das gleiche gilt für das Verfahren vor dem Vermittlungsamt." Gemäß Art. 33 gehören Rechtsfälle von überwiegend politischer Bedeutung und reine Interessenkonflikte vor das Vermittlungsamt, alle anderen Streitigkeiten vor den Internationalen Gerichtshof. (Der Entwurf ist abgedruckt in: Kraus-Rödiger, Urkunden zum Friedensvertrag von Versailles, Berlin 1920, Bd. 1, S. 209ff. sowie in: Deutscher Geschichtskalender, Der Europäische Krieg, Ergänzungsband 1919, S. 434). Der Entwurf wurde zuerst veröffentlicht in der Deutschen Allgemeinen Zeitung v. 24. April 1919 und am gleichen Tage dem Vorsitzenden der Friedenskonferenz übermittelt. In seiner Antwort vom 22. Mai 1919 hat Clemenceau in seiner Eigenschaft als Präsident der Friedenskonferenz den Gedanken der Errichtung eines Vermittlungsamts ebenso zurückgewiesen wie den Plan einer obligatorischen Schiedsgerichtsbar-

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Völkerbund soll durch obligatorische Schlichtung internationaler Streitigkeiten unter Verzicht auf Waffengewalt den dauernden Frieden zwischen seinen Mitgliedern auf die sittliche Macht des Rechts gründen und als internationale Arbeitsgemeinschaft dem geistigen und materiellen Fortschritt der Menschheit dienen.

Daß die Idee eines mit einem Schlichtungsobligatorium ausgestatteten Völkerbunds im kontinentaleuropäischen Denken auch nach 1918 lebendig geblieben ist, beweist die enthusiastische Aufnahme, die das im Jahre 1924 von Benesch und Politis ausgearbeitete, u. a. auch von Frankreich ratifizierte Genfer Protokoll gefunden hat. Es ist an dem Widerstand Englands und seiner Dominions gescheitert[20].

Die systematisch-theoretische Bedeutung des Protokolls ist darin zu erblicken, daß anläßlich seiner Planung und Formulierung die immanenten Zusammenhänge zwischen arbitrage, sécurité und désarmement exemplarisch klar aufgezeigt worden sind. Ohne Schlichtungsobligatorium mit Einlassungszwang und wirksamem Vollstreckungsapparat keine Sicherheit – ohne Sicherheit keine Abrüstung. Die deutsche Völkerbundskritik war nur allzu geneigt, in der Theorie die Abrüstungsfrage zu isolieren, und setzte sich hierdurch dem Vorwurf aus, sie in der Praxis zu blockieren. Die historisch-politische Bedeutung des Protokolls beruht darin, daß sein Scheitern den Anstoß zur Errichtung des Paktsystems von Locarno und dessen allerdings regional begrenzten Schlichtungsobligatoriums gegeben hat.

Das kontinentaleuropäische und namentlich das deutsche Denken über ein wirksames Kriegsverhütungsrecht ist durch seinen juristischen Perfektionismus gekennzeichnet. Es beruht auf der Konzeption eines geschlossenen widerspruchslosen Systems einer universalen Friedensgarantie. Es ist aus einem Rechtsdenken gespeist, das in der Planung, Erläuterung und Anwendung kodifizierter Gesetzestexte seine vornehmste Aufgabe erblickt. Der so häufig gegen Wilson erhobene Vorwurf, er sei ein sturer Dogmatiker gewesen, gilt nicht für seine Mitarbeit an der Völkerbundssatzung. Steht doch letztere weitgehend mit dem das pragmatische common law-Verfassungsdenken beherrschenden Prinzip des „trial and error" im Einklang.

IV

Universalhistorisch betrachtet, stellt der Wilsonianismus eine Reprise der Revolten des 17. und 18. Jahrhunderts gegen die Arkanpolitik des Absolutismus dar, allerdings mit der radikalen Ausdehnung der ihr zugrunde liegenden Prinzipien auf das, was Locke „the federative power" genannt hat – die auswärtige Gewalt. Mit der Begründung, daß unter der Herrschaft des monarchischen Prinzips die Führung der Außenpolitik der öffentlichen Kritik und Kontrolle entzogen sei, hat Wilson in

keit, von dem gesagt wurde, er sei „pas réalisable à l'heure actuelle" (Kraus-Rödiger, S. 258; Deutscher Geschichtskalender, S. 522). Die deutsche Antwortnote vom 28. Mai 1919 hält an ihrem Plan fest und konfrontiert den Völkerbundsentwurf der assoziierten und alliierten Mächte mit dem Ideal des „wahren" Völkerbunds (Kraus-Rödiger, a.a.O., S. 447; Deutscher Geschichtskalender, S. 573).

[20] Vgl. hierzu neuerdings Rudolf Bindschedeler, Grundfragen der kollektiven Sicherheit in: Rechtsfragen der Internationalen Organisation, Festschrift für Wehberg 1956, S. 80.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Punkt 1 der Mount Vernon-Rede erneut eine Umbildung der deutschen Verfassungsstruktur gefordert und hierdurch maßgeblich zum Sturz der deutschen Monarchie beigetragen.

Indem die englischen radicals – und ihnen folgend Wilson – den Kampf gegen die Geheimdiplomatie zum Ausgangspunkt ihrer Kriegsverhütungsprojekte machten, bewegten sie sich im Rahmen des traditionell anglo-amerikanischen Demokratieverständnisses, das ja nicht fordert, daß das Volk regiere, vielmehr lediglich darauf besteht, daß die Regierung mit Zustimmung der Regierten „with the consent of the governed" ausgeübt wird[21]. Zustimmung setzt Kenntnis der Regierungsmaßnahmen, d. h. aber deren Publizität voraus.

Den deutschen Völkerbundskritikern ist es gewiß nicht zu verübeln, daß sie stets und von neuem auf die praktische Undurchführbarkeit des ersten der 14 Punkte hingewiesen haben, der nicht nur die Publizität aller internationalen Verträge, sondern auch die Öffentlichkeit aller Verhandlungen forderte, die dem Abschluß solcher Verträge vorausgingen. Sie haben jedoch nicht ausreichend berücksichtigt, daß Wilson die in den Tagen von Brest Litowsk demagogisch zugespitzte Formel „Open covenants openly arrived at" kurz darauf erheblich abgeschwächt und modifiziert hat[22]. Vor allem haben sie es aber unterlassen, den demokratisch-progressiven und friedensfördernden Charakter der Forderung anzuerkennen, aus der Vertraulichkeit zwischenstaatlicher Verhandlungen keinen Fetisch zu machen und nicht zu dulden, daß die jeder Berufsdiplomatie innewohnende Tendenz zur Geheimhaltung ihrer Betätigungen zu einem Mysterium entarte. War doch spätestens im Jahre 1916 offenkundig geworden, daß im Zeitalter des Massenkrieges die Massen nicht mehr hermetisch von der Ausübung der auswärtigen Gewalt abgeschlossen werden konnten[23].

Genuines Völkerbundsdenken ist durch die Neigung gekennzeichnet, die Methoden der Innenpolitik auf die Führung der Außenpolitik zur Anwendung zu bringen. Es war schon allein aus diesem Grunde all denen suspekt, für die der Primat der Außenpolitik die Gültigkeit eines Dogmas besitzt.

Es bleibt jedem unbenommen, mitleidig über den Gedanken zu lächeln, es sei möglich, den aus dem Gebiet des Arbeitskampfrechts stammenden Gedanken der Abkühlungsfrist und des Friedensmoratoriums in die Sphäre des Völkerrechts zu transponieren[24]. Er stellt im Zeitalter der Atomrakete eine unzeitgemäße Betrachtung dar.

---

[21] Vgl. hierzu insbes. A. D. Lindsay, The Essentials of Democracy, Second Edition, London o. J., S. 13ff.

[22] The Public Papers of Woodrow Wilson, War and Peace, Bd. 1, S. 192, Erlaß Wilsons an Staatssekretär Lansing vom 12. März 1918.

[23] Walter Lippmann, The Decline of Western Democracy, in: The Atlantic, Februar 1955, S. 31ff.

[24] Nach Philip C. Jessup soll seine Erfahrung mit Arbeitsproblemen William Jennings Bryan dazu veranlaßt haben, als Staatssekretär eine Reihe von Verträgen verhandelt zu haben, die Abkühlungsfristen und die Einsetzung von Kommissionen vorsahen, die zur authentischen Feststellung von Tatsachen berufen waren (A Modern Law of Nations, New York 1952, S. 7).

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

All dies ändert nichts an der Tatsache, daß seit der Zeit des Ersten Weltkriegs das Licht der Öffentlichkeit in einem vor 1914 unvorstellbaren Maße in die Gefilde der auswärtigen Politik eingedrungen ist. Die symptomatische Bedeutung des Völkerbunds ist nicht zuletzt darin zu erblicken, daß in ihm die Doppelgleisigkeit der zwischenstaatlichen Politik institutionalisiert worden ist. Stresemann war der erste und im Grunde genommen einzige deutsche Staatsmann, der auf beiden Klavieren zu spielen verstanden hat – dem Klavier der traditionellen und dem Klavier der „neuen Diplomatie".

Die traditionelle Diplomatie ist zwar nicht, wie die angelsächsischen Reformpolitiker dies erhofft hatten, durch eine auf dem Prinzip der Publizität basierende „neue Diplomatie" ersetzt worden; sie ist jedoch stärker, als die kontinentaleuropäischen Politiker dies noch 1919 geahnt haben, durch sie ergänzt worden. Vor allem darf Publizität und öffentliche Meinung nicht gleichgesetzt werden. Die Annahme, Demokratie sei gleichbedeutend mit Herrschaft der öffentlichen Meinung, ist mit der Erkenntnis des pluralistischen Charakters der modernen Massen- und Industriegesellschaft unvereinbar. Dies gilt vornehmlich für die Ausübung der auswärtigen Gewalt. Die Abwendung von der popularistischen Utopie einer Volksdiplomatie bedeutet jedoch noch längst nicht eine Hinwendung zu der absolutistischen Praxis einer Arkandiplomatie. Gewiß – auch für eine Repräsentativdemokratie ist es unerläßlich, bei Führung ihrer Außenpolitik die Gebote der Diskretion zu beachten. Sie sollte jedoch Sorge tragen, daß Verfahrensregeln der Diplomatie nicht mit der Substanz der zwischenstaatlichen Beziehungen identifiziert werden. Seitdem anläßlich der Begründung des Völkerbunds diese Problematik zum ersten Mal klar erkannt worden ist, hängt der spezifisch demokratische Charakter einer jeden Außenpolitik maßgeblich davon ab, wo jeweils die Demarkationslinie zwischen „öffentlich" und „geheim" gezogen wird.

V

Meine weitere These lautet, daß das mangelnde deutsche Verständnis für die Bedeutung einer zwischenstaatlichen Publizität sich nicht zuletzt daraus erklärt, daß während der „belle époque" in Deutschland keine politische Bewegung existierte, die mit den englischen „radicals" und den amerikanischen „progressives" verglichen werden kann, einem Typ von Reformpolitikern, den Taylor ebenso problematisch wie anregend „the trouble makers" genannt hat.

Wilson war einer jener „progressives", deren politischer Denkstil maßgeblich durch seine Anteilnahme an den so überaus erfolgreichen Bemühungen der „Muckrakers" geformt worden ist[25], mit brutaler Rücksichtslosigkeit öffentliche Mißstände aufzudecken, um sie mit Hilfe einer aufgerüttelten und mobilisierten öffentlichen Meinung radikal abzustellen. Morel[26] war ein „radical", dessen schonungslose

[25] Über „Muckraking" vgl. insbes. Eric F. Goldman, Rendezvous with Destiny, New York 1959, S. 133ff. Über „Progressivism" vgl. insbes. Richard Hofstadter, The Age of Reform, New York 1955, S. 173ff.

[26] Über E. D. Morel vgl. insbesondere A. J. P. Taylor, The Trouble Makers, London 1957,

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kritik der Kongogreuel zur Aufdeckung und Abstellung einer der größten Kolonialskandale aller Völker und Zeiten geführt hat. Morels Buch über die Marokkokrise hatte der englischen Öffentlichkeit die Gefahren der Geheimdiplomatie bereits zu einer Zeit ad oculos demonstriert, in der noch nicht publik war, daß England im Jahre 1914 zwar nicht rechtlich verpflichtet, aber gentlemanlike gebunden war, nach Maßgabe geheimgehaltener Militärabreden in einen Krieg gegen Deutschland einzutreten, und in der noch nicht geahnt werden konnte, daß England sich einmal durch Geheimabkommen festlegen werde, diesen Krieg solange zu führen, bis seine eigenen und die Annexionswünsche seiner Verbündeten restlos erfüllt wären.

Die mangelnde Resonanz, die der Gedanke des Friedensmoratoriums in Deutschland gefunden hat, erklärt sich zusätzlich aus dem Umstand, daß sie im inneren Zusammenhang mit einem viel erörterten Aspekt des Kriegsschuldproblems gestanden hat: den Greyschen Vermittlungsprojekten und der Anregung des Zaren, den deutsch-russischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu überantworten[27]. Die Ablehnung dieser Vorschläge war im Juli 1914 de lege lata nicht völkerrechtswidrig; sie stand jedoch zum mindesten im Jahre 1919 in Widerspruch zu einer communis opinio, die in dieser Frage lex lata und lex ferenda nicht klar zu unterscheiden vermochte.

Kap. 5, S. 132ff. Die Union of Democratic Control war die Avantgarde, die voranmarschierte, wo auch immer der Völkerbund diskutiert wurde (S. 141). Der erste Entwurf eines Völkerbunds stammt von Leonard Woolf, der ihn im Auftrag der wissenschaftlichen Abteilung der Fabian Society ausarbeitete. Dickinson begründete die League of Nations Society. Alle ihre bedeutsamen Mitglieder kamen aus der Union of Democratic Control. Über die League of Nations Society vgl. insbes. Henry R. Winkler, The League of Nations Movement in Great Britain 1914–1919, New Brunswick 1952, S. 50ff. Die englischen „radicals" erblickten namentlich in Wilsons großen Reden vom 22. Jan. 1917 und vom 8. Jan. 1918 weitgehend die Proklamierung ihrer eigenen Ziele. Wilsons Rede vom 27. Mai 1916 stand unter dem unmittelbaren Einfluß der englischen „radikalen" Kreise. Vgl. hierzu Lawrence H. Martin, Peace without Victory, Woodrow Wilson and the British Liberals, New Haven 1958, S. 127ff., S. 161f. und S. 110.

[27] Der Vorschlag Grey's an die Missionen in St. Petersburg, Paris, Wien, Nisch, Berlin und Rom vom 26. Juli 1914 ist abgedruckt in Imanuel Geiss, Julikrise und Kriegsausbruch 1914, Hannover 1964, Band 2, S. 71. Die deutsche Reaktion auf diesen Konferenzvorschlag findet sich in dem Erlaß Bethmann Hollwegs an Lichnowsky (abgedruckt ebenda, S. 103), in dem es heißt: „An einer solchen Konferenz können wir uns nicht beteiligen, da wir Österreich in seinem Serbenhandel nicht vor ein europäisches Gericht ziehen können. Der Vorschlag Nikolaus II, „es würde sich empfehlen, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz vorzulegen", vom 29. Juli 1914 (Geiss a.a.O., Bd. 2, S. 273) wurde deutscherseits mit dem Bemerken zurückgewiesen; „Der Gedanke an die Haager Konferenz wird natürlich in diesem Fall ausgeschlossen sein" (ebenda, S. 288). Auf diese Vorgänge wurde bei der Erörterung der Kriegsschuldfrage seitens der Gegner Deutschlands wiederholt hingewiesen, zuletzt in dem Bericht, welcher der Vorfriedenskonferenz von der Kommission vorgelegt wurde, die für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegende Sühne eingesetzt ist. (Abgedruckt in: Deutscher Geschichtskalender, Vom Waffenstillstand bis zum Frieden von Versailles, Leipzig 1919, S. 542f.). Unerfindlich ist, was der Hinweis auf „die Haager Konferenz" im Telegramm des Zaren bedeuten sollte, da es eine ständige Konferenz im Haag 1914 nicht gegeben hat.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eine deutsche Zustimmung zu dem Plan, völkerrechtlich die Rechtsüberzeugung zu kodifizieren, kriegerische Maßnahmen seien völkerrechtswidrig per se, solange nicht jede Möglichkeit einer friedlichen Regelung erschöpft und eine Abkühlungsfrist verstrichen sei, hätte nur allzu leicht als ein deutsches Eingeständnis einer Schuld am Ausbruch des Krieges interpretiert werden können.

Der Nachdruck, der in den primär von Walther Schücking inspirierten deutschen Völkerbundsprojekten der Jahre 1918/19[28] auf das Schlichtungsobligatorium gelegt wurde, geht auf die scharfe Kritik zurück, die nicht nur von pazifistischer Seite an der Haltung geübt worden ist, die Deutschland auf den Haager Friedenskonferenzen zum Schiedsgerichtsproblem eingenommen hat[29]. Sie kam noch im Jahre 1924 in dem dem Untersuchungsausschuß des Reichstags vorgelegten Gutachten des Schükkingschülers Hans Wehberg und der durch dieses Gutachten ausgelösten Diskussion zum Ausdruck[30]. Es war offenkundig das Bestreben der deutschen Friedensdelegation, sich von der deutschen Politik von 1907 so scharf wie irgend möglich zu distanzieren und die Siegermächte durch den Vorschlag eines globalen Schlichtungsobligatoriums ohne Vorbehaltsklauseln jedweder Art zu überrunden. Enthielt doch die deutsche Kritik an der Haltung des Kaiserreichs auf der Haager Friedenskonferenz von 1907 implicite zugleich eine Kritik an der Haltung der Siegermächte auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919.

Ich möchte mit der These schließen, daß diese Kritik bis auf den heutigen Tag nachwirkt und die an sich zutreffende Ansicht, daß der Völkerbund versagt habe, insofern verwirrt, als die Genfer Liga an einem Idealbild gemessen wird, das noch unrealistischer ist als die Utopien der orthodoxesten Anhänger der ersten und der zweiten Weltfriedensorganisation.

Was immer auch aus der UNO werden mag, in der einen oder anderen Form wird auch in der Zukunft eine globale Weltfriedensorganisation bestehen. Wie immer auch die durch die gegenwärtige Spaltung entstandenen Probleme der deutschen Staatlichkeit – sei es provisorisch, sei es endgültig – geregelt werden, eines Tages wird auch Deutschland dieser Organisation angehören. Bis dahin sollten wir uns bemühen, unser Geschichtsbild des Völkerbundes von den Übertünchungen zu reinigen, die vor einem knappen halben Jahrhundert nicht nur von den Verächtern, sondern auch von den Verfechtern der Völkerbundsidee vorgenommen worden sind. Unsere Kritik am Völkerbund darf nicht vor der Kritik Halt machen, die an ihm geübt worden ist.

---

[28] Walter Schückings grundlegendes Werk „Organisation der Welt" erschien bereits 1909 in Leipzig. Während des Krieges erschienen „Der Dauerfrieden", Leipzig 1917, „Der Weltfriedensbund", Leipzig 1917, „Internationale Rechtsgarantien", Hamburg 1918 und „Die Völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges", Leipzig 1918.

[29] Vgl. vor allem Philipp Zorn, Die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit, Hannover 1917, S. 32.

[30] Das Werk des Untersuchungsausschusses, 1. Reihe: Die Vorgeschichte des Weltkriegs, Fünfter Band, II, Berlin 1929, mit Gutachten von Wehberg, Montgelas, Zorn, Kriege und Thieme, vgl. insbes. die Ausführungen von Wehberg über die erste und zweite Haager Konferenz, S. 12, 51, 55.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

KLAUS SCHOLDER

DIE EVANGELISCHE KIRCHE IN DER SICHT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN FÜHRUNG BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH[1]

Es gehört zu den nachhaltigsten Eindrücken, die das Studium von Regierungs- und Parteiakten aus der Zeit des Dritten Reiches vermittelt, welche zentrale Bedeutung einer Äußerung, einer Weisung oder einem Befehl des Führers von Anfang an zukommt. Es scheint deshalb auch methodisch der richtige Weg, in der Frage nach dem Verhältnis der nationalsozialistischen Führung zur evangelischen Kirche von Hitlers Stellungnahmen und Entscheidungen auszugehen. Es soll deshalb im folgenden der Versuch gemacht werden, in großen Zügen das Bild zu rekonstruieren, das Hitler auf Grund seiner Informationen von der evangelischen Kirche hatte, und an Hand seiner Entscheidungen zu zeigen, welche Pläne er mit ihr verfolgte. Zugleich soll dabei deutlich werden, welche Fülle divergierender Meinungen in der Führungsschicht von Staat und Partei über die Kirchenfrage bestand[2].

Die meisten Darstellungen von Hitlers Ansichten über Christentum und Kirche orientieren sich vor allem an zwei Quellen: an Hermann Rauschnings bekannter Wiedergabe eines Gesprächs vom Abend des 6. April 1933 mit der bezeichnenden Überschrift: „Der Antichrist"; und an einer Reihe von Äußerungen aus den Jahren 1941 und 1942, die Henry Picker in seinen Tischgesprächen aus dem Führerhauptquartier notiert hat. Nach Rauschning soll Hitler in jenem nächtlichen Gespräch erklärt haben, daß er entschlossen sei, das Christentum in Deutschland „mit Stumpf und Stiel, mit allen seinen Wurzeln und Fasern" auszurotten[3]. Ganz ähnlich bezeichnet er im Dezember 1941 die Lösung der Kirchenfrage als „die letzte große Aufgabe unserer Zeit"[4] und nennt wenig später, im Februar 1942, Christentum und Kirchen eine „Kulturschande", die nach dem Krieg „beseitigt werden" müsse[5].

Wenn man von diesen Quellen ausgeht, die für den Anfang und für das Ende seiner Macht eine so gleichbleibende Meinung bezeugen, dann scheint an Hitlers grundsätzlichem Verhältnis zu Christentum und Kirche kein Zweifel bestehen zu können: es ist das einer tiefen und unauslöschlichen Feindschaft, die nur mit der Vernichtung des einen oder anderen enden konnte. Tatsächlich liegt diese Voraussetzung den meisten Darstellungen der Kirchenpolitik Hitlers und des national-

[1] Als Vortrag vor der kirchengeschichtlichen Sektion des 27. Deutschen Historikertages am 12. Oktober 1967 in Freiburg gehalten. Der Text wurde für den Druck leicht überarbeitet und um Quellen- und Literaturnachweise ergänzt.

[2] Die Quellen für die folgende Darstellung bilden neben dem, was da und dort bereits gedruckt vorliegt, im wesentlichen die bisher für diese Frage noch nicht ausgewerteten Akten der Reichskanzlei und der Kanzlei Rosenberg. Beide Bestände befinden sich im Bundesarchiv in Koblenz (BA), dem ich auch an dieser Stelle für sein Entgegenkommen und seine Hilfe ausdrücklich danken möchte.

[3] Hermann Rauschning, Gespräche mit Hitler, 1940, S. 50.

[4] Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42, [2]1965, S. 154.

[5] A. a. O., S. 176.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sozialistischen Regimes zugrunde. Hitler hätte demnach von Anfang an nichts anderes im Sinn gehabt als eine völlige und endgültige Vernichtung der Kirchen, ein Ziel, das er nur aus politischen Gründen zunächst noch zurückgestellt habe.

Diese Voraussetzung zwingt dann selbstverständlich dazu, alle Äußerungen und Entscheidungen, die diesem Grundverhältnis widersprechen, von vornherein als Taktik und Täuschung zu werten, die die wahren Absichten des Regimes lediglich zu verschleiern hatten[6].

Genau dieser offenbar so zwingende und einleuchtende Schluß aber scheint mir die Problematik dieses ganzen Ansatzes deutlich zu machen.

Ein Beispiel soll das erläutern.

Es steht nach der Quellenlage außer Zweifel, daß Hitler im Jahre 1933 bewußt auf die Schaffung einer deutschen evangelischen Reichskirche hingearbeitet hat.

So erklärte er im März 1934 gegenüber dem bayrischen Landesbischof Meiser, daß die Kirche ihn, Hitler, „in seinem Kampf allein gelassen" habe. „Er habe die Parole der Reichskirche ausgegeben. Statt dessen verharre man auf dem Standpunkt der Landeskirchen und sperre sich gegen jede starke Zentralgewalt . . ., obwohl doch schon Luther eine starke Reichskirche gewollt habe."[7]

Noch klarer formuliert findet sich das in der ersten Rede vor dem sogenannten „Großdeutschen Reichstag" vom 30. Januar 1939, wo Hitler wörtlich sagte: „Im übrigen hat dieser Staat nur einmal in die innere Ordnung der Kirchen eingegriffen, nämlich als ich selbst es versuchte, 1933 die ohnmächtig zersplitterten protestantischen Landeskirchen in Deutschland zu einer großen und machtvollen Reichskirche zusammenzufassen. Dies scheiterte am Widerstand einzelner Landesbischöfe."[8]

Und an dasselbe Ereignis erinnert sich Hitler noch einmal – nun freilich ganz unter negativem Aspekt – am 7. Juni 1942 in der Gesprächsrunde im Führerhauptquartier: „ Er [Hitler] sei ehrlich genug, zuzugestehen, daß auch er drauf und dran gewesen sei, in kirchlichen Dingen Ordnung zu schaffen. Er habe nämlich versucht, durch Einsetzung eines Reichsbischofs die unklaren Verhältnisse der Evangelischen Kirche zu bereinigen. Gerade der Blick auf Spanien lasse ihn heute aber froh sein, daß seine Bemühungen vergeblich gewesen seien und die Vorsehung damit wieder einmal ‚einen seiner Fehler habe mißlingen' lassen."[9]

Was immer Hitler sich 1933 unter einer evangelischen Reichskirche vorgestellt haben mag: von einer Ausrottung und Vernichtung der Kirche kann hier jedenfalls noch nicht die Rede sein. Und da er sich sonst seiner taktischen Geschicklichkeit gerne zu rühmen pflegt, hier aber ausdrücklich von einem „Fehler" spricht, dürfte auch die Interpretation als bloß „taktisches Vorgehen" ausfallen.

Tatsächlich scheint mir die Annahme eines ursprünglich positiven politischen

[6] So etwa K. D. Bracher in: Bracher, Sauer, Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, ²1962, S. 340f.; und B. Stasiewski, Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im Warthegau 1939–1945, in dieser Zeitschrift 7 (1959), S. 47.

[7] Nach einer Aufzeichnung Meisers bei H. Schmid, Apokalyptisches Wetterleuchten, 1947, S. 61.

[8] M. Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd II, 1, ²1965, S. 1060.

[9] Picker, a. a. O., S. 395.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verhältnisses Hitlers zum Protestantismus die Voraussetzung zum Verständnis der kirchenpolitischen Vorgänge der Jahre 1933/34. Das soll im folgenden in einem ersten Abschnitt ausgeführt werden.

1. Die Zeit der Reichskirchenpläne 1927–1934

Man wird, wenn man die Frage nach Hitlers Verhältnis zur Evangelischen Kirche stellt, davon ausgehen dürfen, daß dem österreichischen Katholiken der Protestantismus von Anfang an fremd gewesen und weithin fremd geblieben ist. *Eine* Verbindung freilich ergab sich sehr bald. Sie lag in der Tatsache begründet, daß (wie es der Reichsbischof 1934 im Rückblick formulierte) „schon rein zahlenmäßig die Anhänger Adolf Hitlers in der Mehrzahl evangelische Protestanten waren"[10]. Es ist allein aus diesem Grund schwer denkbar, daß Hitler sich um Struktur und Tendenzen des Protestantismus als eines wichtigen Wählerreservoirs nicht gekümmert haben sollte. Vielmehr ist es sehr viel wahrscheinlicher, daß er sich schon in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre über seine Möglichkeiten auf diesem Gebiet zu orientieren versuchte. Von wenigstens zwei solcher Orientierungen sind wir unterrichtet. Der spätere Reichsbischof Ludwig Müller, seit 1926 Wehrkreispfarrer des Wehrkreis-Kommandos I in Königsberg und als solcher Vermittler wichtiger Verbindungen zur Reichswehr, beruft sich in den Jahren 1933 und 1934 immer wieder auf längere Gespräche mit Hitler im Jahre 1927, bei denen er dem Führer die Konzeption einer evangelischen Reichskirche vorgetragen habe. Möglicherweise ist Hitlers Festhalten an Müller – selbst als er nur noch eine Belastung für das Regime bedeutete – dadurch erklärbar, daß damals für den Fall der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten zwischen den beiden Männern so etwas wie eine kirchenpolitische Konzeption für die nationalsozialistische Führung des deutschen Protestantismus ausgearbeitet wurde. Das würde bedeuten, daß die Berufung Müllers zum Bevollmächtigten Hitlers „für die Angelegenheiten der evangelischen Kirchen" im April 1933 nicht einem Akt augenblicklicher Verlegenheit, sondern einer klaren Vorstellung Hitlers von der zukünftigen Führung des deutschen Protestantismus entsprang. Dafür spricht auch, daß die offizielle Verlautbarung Hitlers ausdrücklich erklärt, daß Müller den besonderen Auftrag habe, „alle Arbeiten zur Schaffung einer evangelischen deutschen Reichskirche zu fördern"[11].

Ein zweites Orientierungsgespräch ist durch einen Brief des deutsch-christlichen Landesbischofs Sasse an Hitler vom 11. 4. 1934 belegt, in dem er auf eine Unterredung Hitlers mit den Thüringer Pfarrern Leffler und Leutheuser im Jahre 1930 Bezug nimmt, „bei der die Fragen besprochen wurden, die uns jetzt mehr denn je am Herzen liegen"[12].

Die Wahlergebnisse, die zahlreichen protestantischen Mitarbeiter seiner engeren Umgebung, die starken und offenkundigen nationalistischen Bestrebungen inner-

[10] Der Reichsbischof. Die Deutschen Christen. Die Reden des Reichsbischofs und des Reichsleiters der Deutschen Christen ... im Berliner Sportpalast am 28. Februar 1934, 1934 (Flugschrift), S. 7.

[11] J. Gauger, Chronik der Kirchenwirren, I, 1934, S. 74.

[12] BA, R 43 II/162.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halb des Protestantismus, und nicht zuletzt die Informationen durch nationalsozialistische Pfarrer konnten in Hitler die Vorstellung entstehen lassen, der Protestantismus warte nur darauf, mit staatlicher Hilfe als Reichskirche in den zukünftigen deutschen Führerstaat eingegliedert zu werden.

Wer die kirchliche Literatur der späten zwanziger Jahre unter diesen Voraussetzungen liest, der wird zugeben müssen, daß diese Annahme nicht gänzlich aus der Luft gegriffen war – zumal wenn man entgegenstehende Meinungen nach bewährter Manier als die Äußerungen der ewig Unverbesserlichen abtat.

Stichwort und Parole aber blieb der Begriff *Reichskirche*. Sie spielt in dem aufsehenerregenden Artikel des Gauleiters Kube, „Kirchenwahl 1932", im Völkischen Beobachter vom 10. Januar 1932 eine wichtige Rolle, wenn es dort heißt: „Die Kirche darf nicht eine Sinekure der christlich-sozialen und volkskonservativen Generalsuperintendanten bleiben. Wir brauchen eine evangelische Reichskirche für ganz Deutschland, die mit der Zersplitterung in anderthalb Dutzend Landeskirchen endlich Schluß macht."[13] Sie taucht als programmatische Forderung in den noch parteiamtlich genehmigten ersten Richtlinien der „Deutschen Christen" vom Juni 1932 auf: „Wir kämpfen für einen Zusammenschluß der im ‚Deutschen evangelischen Kirchenbund' zusammengefaßten 29 Kirchen zu einer evangelischen Reichskirche . . ."[14]; sie wird wiederholt im Aufruf der 1. Reichstagung der GDC, die Anfang April 1933 unter dem Ehrenprotektorat von Kube, Göring und Frick stattfand, und in der man verkündete: „Das Ziel . . . ist eine evangelische deutsche Reichskirche. Der Staat Adolf Hitlers ruft nach der Kirche, die Kirche hat den Ruf zu hören."[15]

Hitler selbst bezeichnet in seiner Bevollmächtigung für Müller die Schaffung einer Reichskirche als dessen besondere Aufgabe, und er hält, trotz aller Rückschläge, an diesem Ziel bis zum Oktober 1934 fest.

Von einigen wichtigen Stationen auf diesem Weg soll im folgenden kurz die Rede sein.

Am 22. April 1933 versucht der Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, Walter Granzow, durch die Einsetzung eines Staatskommissars die evangelisch-lutherische Kirche seines Landes gewissermaßen im Handstreich gleichzuschalten. Laut Aktenvermerk beauftragt Hitler auf Grund einer Beschwerde des mecklenburgischen Landesbischofs noch am gleichen Tag den Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Lammers, dem Ministerpräsidenten unmittelbar telefonisch seine, des Reichskanzlers, Mißbilligung zu übermitteln. Tatsächlich wird am 26. April nach schwierigen Verhandlungen der Staatskommissar höchst widerwillig zurückgezogen. Offenbar paßte dieser Einzelvorstoß nicht in Hitlers Konzept, der sich zudem durch sein persönliches Eingreifen den Ruf eines Schutzherrn kirchlicher Rechte und Freiheiten erwarb[16].

---

[13] Zitiert nach H. Buchheim, Glaubenskrise im Dritten Reich, 1953, S. 73f.

[14] Gauger, a. a. O., S. 67.

[15] Ebenda, S. 73.

[16] BA, R 43 II/161. Zum Ganzen vgl. auch Gauger, a. a. O., S. 70ff. Über lokale und persönliche Hintergründe der Aktion unterrichtet jetzt die Darstellung des seinerzeitigen Staats-

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Durch Hitler gedeckt dagegen scheint der weit folgenreichere Eingriff in Preußen gewesen zu sein, der mit dem Staatskommissariat Jäger die größte deutsche Landeskirche in die Hände Ludwig Müllers brachte. Da sich die Akten über diese Vorgänge in Potsdam befinden, lassen sich die Hintergründe im Augenblick noch nicht zuverlässig klären. Aber Hans Buchheim hat meines Erachtens mit Recht darauf hingewiesen, daß Hitler mit diesem Staatskommissariat ein doppeltes Ziel verfolgte: die durch die Wahl v. Bodelschwinghs zum Reichsbischof sich anbahnende Selbständigkeit der zukünftigen Reichskirche zu verhindern und zugleich seinen Beauftragten Ludwig Müller in die entscheidende Position zu bringen[17].

Beides gelang nach Wunsch; am 14. Juli wird die Verfassung der neuen Reichskirche durch ein von Hitler und Frick unterzeichnetes Reichsgesetz anerkannt und am gleichen Tag werden die Staatskommissare für die preußischen Provinzen zurückgezogen.

Die Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 vollenden den Aufbau der deutschen Reichskirche, deren Geschichte bis zu diesem Zeitpunkt in ihrer Mischung von Legalität, Scheinlegalität, Täuschung und Gewalt ein Musterbeispiel nationalsozialistischer Machtpolitik darstellt.

Unmittelbar vor der Wahl setzt die Partei ihren gesamten Apparat für die Deutschen Christen ein. Der Stellvertreter des Führers macht jedem evangelischen Nationalsozialisten die Teilnahme an der Kirchenwahl ausdrücklich zur Pflicht; vom Gauleiter bis zur letzten Ortsgruppe wird für die Deutschen Christen Propaganda gemacht. Ihren Höhepunkt erreicht diese Kampagne mit einer Rede Hitlers, der sich am Vorabend der Wahl von Bayreuth aus über alle deutschen Sender für eine einige Reichskirche unter deutsch-christlicher Führung einsetzt[18].

Das Ergebnis ist ein überwältigender Wahlerfolg der Deutschen Christen und eine zunächst fast völlige Resignation der oppositionellen Kräfte. Am 27. September tritt die Nationalsynode in Wittenberg zusammen und wählt einstimmig Ludwig Müller zum Reichsbischof. Hitler scheint am Ziel seiner Wünsche.

Aber der Höhepunkt der Entwicklung war damit bereits überschritten. Der starke persönliche Einsatz Hitlers und der Partei für die evangelische Reichskirche hatte bei den Deutschen Christen das Gefühl entstehen lassen, als seien sie vom Führer selbst als geistige Basis von Staat und Bewegung anerkannt. Charakteristisch für dieses Gefühl ist eine Erklärung des Reichskulturwarts der GDC am 20. August auf der Lutherfeier in Eisleben: in Zukunft werde „der 31. Oktober in Deutschland zum Staatsfeiertag erklärt und als Protestantentag gefeiert" werden[19].

Genau das aber, nämlich eine einseitige Inanspruchnahme seiner selbst und der Partei für eine evangelische Reichskirche durfte Hitler unter keinen Umständen

---

kommissars Dr. Bohm, die K. D. Schmidt unter der Überschrift „Eine folgenreiche Episode" in EvTh 22 (1962), S. 579ff. wiedergegeben hat.

[17] H. Buchheim, a. a. O., S. 106ff.

[18] Zahlreiche Beispiele bei Gauger, a. a. O., S. 92ff.

[19] Nach einem Zeitungsbericht über die Lutherfeier in Eisleben vom 20. Aug. 1933; BA, R 43 II/168.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dulden. Ein Besuch des Apostolischen Nuntius beim Reichsaußenminister konnte ihm das eindrücklich deutlich machen. Neuraths Vermerk für Hitler vom 7. September 1933 teilt über diesen Besuch mit, der Nuntius habe seiner Besorgnis darüber Ausdruck gegeben, daß die Lutherfeiern am 31. Oktober zu einer Art Nationalfeiern ausgestaltet werden sollten. Er, der Nuntius, sehe hier eine Trübung der Beziehungen zwischen Deutschland und dem Hl. Stuhl entstehen, ja „er ... fürchte sogar für die Ratifikation des Konkordats, falls diese Feier in großem Rahmen und mit staatlicher Beteiligung stattfinde"[20].

Hitler, der seine Reichskirche unter Dach wußte, sah nicht die geringste Veranlassung, sich um ihretwillen etwa mit dem Hl. Stuhl anzulegen. Und so beginnt nun ein ebenso plötzlicher wie vollkommener Rückzug der Partei aus allen deutsch-christlichen Stellungen. Den Anfang macht Alfred Rosenberg mit einem Artikel im Völkischen Beobachter vom 16. August, wonach sich die NSDAP aus dem „Kampf der konfessionellen Fragen herausziehen" werde[21]. Daß Rosenberg hiermit begann, ist kein Zufall; er war – wie aus den Akten seiner Kanzlei hervorgeht – von Anbeginn ein geschworener Gegner der Deutschen Christen, in denen er nicht zu Unrecht seine ideologischen Konkurrenten sah. Tatsächlich hat das Amt Rosenberg die Deutschen Christen weit mehr gehaßt als die Bekenntnisfront und hat gegen sie seit 1933 eine Fülle von Material gesammelt.

Auf Rosenbergs Artikel folgte am 26. September ein vertraulicher Erlaß des Reichsinnenministers an die Obersten Reichsbehörden, worin auf „besonderen Wunsch des Herrn Reichskanzlers" die Bitte ausgesprochen wird, „sich jeder Maßnahme der nachgeordneten Beamtenschaft gegenüber zu enthalten, die von ihr als amtliche Beeinflussung zum Wiedereintritt in die Kirche empfunden oder gedeutet werden könnte"[22].

Am 13. Oktober schließlich erließ der Stellvertreter des Führers eine offizielle Verfügung, den sogenannten Heß-Erlaß, der die strikte Neutralität gegenüber allen konfessionellen Fragen für die ganze Partei verbindlich machte[23].

Dieser plötzliche Rückzug von Staat und Partei aber machte nun mit einem Schlage offenbar, daß die Deutschen Christen einschließlich ihres Reichsbischofs fast ausschließlich von geliehener Autorität gelebt hatten.

Der Sportpalastskandal vom 13. November hatte den fast völligen Zerfall der ganzen deutsch-christlichen Organisation zur Folge und die Jahreswende 33/34 sah den gerade drei Monate im Amt befindlichen Reichsbischof in einer nahezu ausweglosen Situation.

Ohne Rückhalt in seiner Kirche, vom Reichspräsidenten für unfähig gehalten[24],

---

[20] BA, R 43 II/168.

[21] Gauger, a. a. O., S. 98.

[22] BA, R 43 II/150. Vollständiger Abdruck des Erlasses auch bei F. Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945, 1965, S. 268.

[23] Gauger, a. a. O., S. 106; Zipfel, a. a. O., S. 270. Die bei Zipfel abgedruckte Abschrift trägt fälschlicherweise das Datum des 17. Okt. 1933.

[24] Zur Haltung des Reichspräsidenten vgl. Jørgen Glenthøj, Hindenburg, Göring und die

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vom Reichsinnenminister desavouiert und von den Parteikreisen um Rosenberg als Reaktionär angegriffen, konnte in diesem Augenblick nur *ein* Mann den Reichsbischof noch retten, und das war der Führer selbst.

Wirklich ist es Hitler gelungen, auf dem berühmten Empfang der evangelischen Kirchenführer am 25. Januar 1934 durch den Einsatz seiner ganzen Autorität, verbunden mit einer geschickten Taktik, die Kirchenführer noch einmal geschlossen hinter den Reichsbischof zu bringen.

Ein Runderlaß des Reichsinnenministerium vom 12. Februar 1934 zeigt, wie dieses Ereignis hier verstanden wurde: Frick weist in diesem Schreiben die Obersten Reichsbehörden darauf hin, daß alles zu unterlassen sei, „was das Einigungswerk und den Aufbau der Kirche stören oder beeinträchtigen könnte. Dazu gehört, daß die früheren Meinungsverschiedenheiten nicht wieder aufgerührt werden, über bisherige Entgleisungen in diesem Kampf hinweggesehen wird und die Gegner von gestern sich in dem Willen zur künftigen einträchtigen Zusammenarbeit an den Werken und Aufgaben der Kirche versöhnt die Hand reichen." Unter Hinweis auf eine Weisung des Führers wird im folgenden den staatlichen Behörden zur Pflicht gemacht, sich jedes Eingriffs in innerkirchliche Angelegenheiten unbedingt zu enthalten, sofern es sich nicht „*offenkundig* um Verstöße gegen die staatliche Autorität"[25] handele[26]. Im krassen Gegensatz zu diesem ganz auf einen versöhnlichen Ton gestimmten Schreiben Fricks steht ein Rundschreiben Görings in seiner Eigenschaft als Chef der Gestapo vom 29. Januar 1934. In diesem Rundschreiben werden die Staatspolizeistellen zum ersten Mal zentral davon unterrichtet, daß sich „innerhalb der evangelischen Reichskirche Kräfte und Gruppen ausgesprochen reaktionärer Einstellung" gebildet hätten, die „unter dem Deckmantel geistig-kirchlicher Auseinandersetzungen einen durch diese Tarnung besonders gefährlichen politischen Angriff gegen Staat und Bewegung auf breiter Front eröffnet haben". Während das Schreiben Fricks noch ganz von einer positiven Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche ausgeht, enthält die Gestapo-Weisung Görings die ungemein charakteristische Formulierung: „Bei der großen politischen Bedeutung, die der beginnenden Auseinandersetzung des nationalsozialistischen Staates mit den Ansprüchen der Kirchen zukommt, lege ich großen Wert darauf, über die Vorgänge und Beobachtungen auf diesem Gebiet laufend unterrichtet zu sein ...". Die Stapostellen werden angewiesen, dabei ständig mit den Gau- und Kreisleitungen Fühlung zu halten[27].

In diesen beiden offiziellen Rundschreiben, die innerhalb von vierzehn Tagen ergehen, wird zum ersten Mal sichtbar, was für den politischen Aspekt des Kirchenkampfes im Dritten Reich entscheidend wichtig werden sollte: daß unterhalb der

---

evangelischen Kirchenführer, in: Zur Geschichte des Kirchenkampfes, Ges. Aufsätze, hg. v. H. Brunotte und E. Wolf (AGK 15), 1965, S. 44ff. und die dort S. 70ff. abgedruckten Dokumente.

[25] Im Original unterstrichen.

[26] BA, R 43 II/162.

[27] BA, R 43 II/162.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

höchsten Ebene der „Führerweisung" sehr verschiedene Gruppen mit sehr verschiedenen Zielen um Einfluß auf die Gestaltung der Kirchenpolitik rangen. Bis zum Ende des Dritten Reiches ist es übrigens – wie noch zu zeigen sein wird – keiner dieser Gruppen gelungen, Hitler ganz von ihrer Konzeption zu überzeugen und damit den entscheidenden Sieg zu erringen. Man wird sagen können, daß die Bekennende Kirche – politisch gesehen – ihr Überleben diesen unausgetragenen Rivalitäten verdankt.

Aber zurück zum Jahr 1934.

Der Reichsbischof benutzte bekanntlich seine neugestärkte Position, um zusammen mit seinem dubiosen Rechtswalter August Jäger durch Gleichschaltung der einzelnen Landeskirchen gewissermaßen auf dem Verordnungsweg zu dem von Hitler gewünschten Ziel, der einheitlichen deutschen evangelischen Reichskirche, zu gelangen. Mit den scheinbar fortschreitenden Erfolgen dieser Taktik nehmen die Auseinandersetzungen in der Evangelischen Kirche, vor allem in Süddeutschland, allmählich dramatische Formen an.

Die Reaktionen auf diese für die nationalsozialistische Führung höchst unerwünschten Vorgänge sind innerhalb der Führungsgruppen sehr verschieden.

Während Görings Gestapo die Ansicht vertritt, der Kirchenstreit müsse „mit allen Mitteln ... auch unter Einsatz der Autorität des Staates" unterdrückt werden[28], wird im Innenministerium das Vorgehen Ludwig Müllers offensichtlich mit tiefem Mißtrauen betrachtet[29]. Zwar erklärt sich auch Frick in einem Schreiben an den Reichsbischof bereit, ihn, wenn auch ungern, zu unterstützen und den Pfarrernotbund aufzulösen, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung, „daß sich die gesamten Anordnungen der Kirchenleitung in rechtlich nicht zu beanstandender Weise im Rahmen der Kirchenverfassung vom 11. Juli 1933 bewegen". Außerdem wird dem Reichsbischof in demselben Schreiben der Erlaß einer Friedenskundgebung aufgetragen, die „Evangelium und Bibel als Grundlagen der evangelischen Glaubenslehre feierlich" zu bestätigen hätte[30].

Die Reibereien zwischen Innenministerium und Reichskirchenleitung dauern das ganze Jahr 34 hindurch an. Am 24. Juli beschwert sich der Reichsbischof telegrafisch bei Hitler, daß er durch „verbietendes Eingreifen" des Innenministeriums an seinem freien amtlichen Wirken gehindert werde. Er erbittet Hitlers Intervention, die laut Aktenvermerk vom gleichen Tag prompt erfolgt: dem Innenministerium wird telefonisch mitgeteilt, *„daß auf Befehl des Führers"* das umstrittene Verbot sofort aufzuheben sei[31]. Offensichtlich ist Hitler also zu dieser Zeit noch fest entschlossen, an Reichsbischof und Reichskirche festzuhalten.

[28] Schreiben des Preuß. Ministerpräsidenten – Geheime Staatspolizei – an die Reichskanzlei vom 10. März 1934. BA, R 43 II/162.

[29] Zur Stellung des Innenministeriums im Kirchenstreit vgl. Walter Conrad, Der Kampf um die Kanzeln, 1957, v. a. S. 12ff.

[30] Schreiben des RMdI an den Reichsbischof vom 21. März 1934. BA, R 43 II/162. Die geforderte „Friedenskundgebung" erläßt der Reichsbischof am 13. April 1934 (Vgl. Gauger, a. a. O., S. 170f.)

[31] BA, R 43 II/162. Unterstreichung im Original.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch den höheren Parteidienststellen gelingt es in dieser Zeit nicht, Hitler in ihrem Sinne zu beeinflussen. Das Amt Rosenberg sammelt verdrießlich Material über den Mißbrauch nationalsozialistischen Ideengutes durch den Reichsbischof und die Deutschen Christen, ohne mit seinen Klagen das geringste zu erreichen[32]. Eine Beschwerde der Reichsleitung der NSDAP, wonach der Reichskanzler keinesfalls Schreiben der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche entgegennehmen dürfe, wird Hitler zwar vorgelegt, bleibt aber unbeantwortet[33]; während Präses Koch in Oeynhausen mit seinem vollen Titel der Empfang seiner Eingaben bestätigt wird[34]. Wenn Hitler schließlich doch zur allgemeinen Überraschung Ende Oktober 1934 seine Reichskirchenpläne aufgab und den Reichsbischof fallenließ, so geschah dies nicht auf Drängen der Partei, sondern ausschließlich auf Grund der Interventionen des Auswärtigen Amts.

Ein erster ausführlicher Bericht über die verheerenden Auswirkungen des Kirchenstreites auf die auswärtigen Beziehungen des Reiches insbesondere zu Skandinavien und den angelsächsischen Ländern wurde Hitler am 21. Juni 1934 vorgelegt[35]. Weitere Berichte der deutschen Gesandtschaften in Kopenhagen und Stockholm vom 4. und 5. September über die Weltkirchenkonferenz auf Fanö klangen ebenfalls außerordentlich besorgt[36]. Die Folgen dieser Warnungen werden unmittelbar greifbar in einer Unterredung des Außenministers mit dem Reichsbischof, von der Hitler am 22. September Kenntnis erhält. In dieser Unterredung macht v. Neurath dem Reichsbischof schwere Vorwürfe wegen seiner Kirchenpolitik und besonders wegen bestimmter antikatholischer Äußerungen, die geeignet seien, „die ganze Abstimmung an der Saar zu unseren Ungunsten zu gestalten".

Daß Hitler selbst hier eine Gefahr für seine Außenpolitik sah, geht aus dem Ende der Aufzeichnung des Außenministers hervor, wo es heißt: „Zum Schluß der Unterredung sagte ich dem Reichsbischof, daß ich von dem Herrn Reichskanzler beauftragt sei, ihm folgendes mitzuteilen: Wenn es ihm nicht gelinge, die Einheit der evangelischen Kirche auf friedlichem Wege herbeizuführen und wenn er etwa noch solche Reden halten würde wie in Hannover[37], so werde er in Zukunft keiner [sic!] Unterstützung mehr seitens des Herrn Reichskanzlers erfahren und habe ihn

[32] Ein Memorandum von Stabsleiter Urban vom 10. Juli 1934, betr.: Deutsche Christen, macht konkrete Vorschläge, was gegen diesen Mißbrauch zu tun sei. BA, NS 8/257.

[33] Schreiben der Reichsleitung der NSDAP, Abtlg. v. Pfeffer, vom 16. Juli 1934 an Staatssekretär Lammers. BA, R 43 II/162.

[34] Der Staatssekretär in der Reichskanzlei (i. A. Min.rat. Wienstein) an den Präses der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche, Herrn D. Koch, v. 10. Aug. 1934, BA, R 43 II/162.

[35] Der Reichsminister des Auswärtigen an Reichsminister Dr. Frick, 18. 6. 1934, abschriftlich an die Reichskanzlei. Vorlagevermerk „Der Herr Reichskanzler hat Kenntnis" von Lammers am 21. 6. 1934. BA, R 43 II/162.

[36] Deutsche Gesandtschaft Kopenhagen (gez. Duckwitz) an AA, 4. Sept. 1934; Deutsche Gesandtschaft Stockholm (gez. Brunhoff) an AA, 5. Sept. 1934. BA, R 43 II/150.

[37] Es handelt sich um eine Rede des Reichsbischofs am 18. Sept. in Hannover, wo Müller wörtlich erklärte: „Was wir wollen ist eine romfreie deutsche Kirche." Vgl. Gauger, a. a. O., Bd. II S. 310.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum letzten Mal gesehen."[38] Diese Bemerkung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließ, ist in doppelter Hinsicht von Bedeutung: sie zeigt, daß der Reichsbischof bisher tatsächlich unmittelbar von Hitler selbst gestützt wurde, daß aber nun offensichtlich der Punkt erreicht war, wo andere, wichtigere Dinge ein weiteres Festhalten an den Reichskirchenplänen problematisch erscheinen ließen.

In dieser Meinung mußte Hitler auch durch ein Telegramm seines Saarbevollmächtigten, des Gauleiters Josef Bürckel, bestärkt werden, in dem es kurz und bündig hieß: „Situation an der Saar gestattet keine weitere Belassung des Reichsbischofs Müller."[39]

Was den Reichsbischof trotz dieser deutlichen Warnungen bewog, seine Gleichschaltungspolitik weiterzuverfolgen, ja sie eher noch zu forcieren, ist schwer zu sagen.

Anfang Oktober jedenfalls spitzen sich die Dinge in den süddeutschen Landeskirchen gefährlich zu. Am 6. Oktober wird über den württembergischen Landesbischof Wurm durch die politische Polizei der Hausarrest verhängt. Am 12. Oktober berichtet die deutsche Botschaft in London von einer ernsten Warnung des Bischofs von Chichester, Bell[40], dessen Erklärungen – wie es im Telegramm der Botschaft heißt, „die in Berichterstattung Botschaft ständig betonte ausschlaggebende Bedeutung einer baldigen Beilegung Kirchenkonflikts" als unbedingt erforderlich wiederum bewiesen hätten[41].

Am gleichen Tag, an dem dieses Telegramm aus London in Berlin eingeht, wird in München nun auch der bayerische Landesbischof Meiser durch die politische Polizei sistiert.

Daraufhin bittet am 16. Oktober der Erzbischof von Canterbury den gerade vom Urlaub zurückgekehrten deutschen Botschafter Hoesch um eine Unterredung, in der er ihm eröffnet, daß am 24. Oktober eine Bischofskonferenz stattfinde, wo der Weltprotestantismus von ihm eine Stellungnahme zu den kirchlichen Vorgängen in Deutschland erwarte. Er, der Erzbischof, sehe nicht, „wie eine allgemeine Absage an die deutsche evangelische Kirche vermieden werden solle, wenn nicht bis zum 24. Oktober neue Tatsachen in Deutschland eingetreten seien, die geeignet wären, den unaufhaltsamen Lauf der Dinge zu ändern". Es ist ein klares Ultimatum

[38] Aufzeichnung des Reichsministers des Auswärtigen, Freiherrn v. Neurath, über seine Unterredung mit dem Herrn Reichsbischof, 20. 9. 34, Herrn Staatssekretär Dr. Lammers zur Vorlage beim Reichskanzler. BA, R 43 II/162.

[39] Bürckel nimmt dabei ebenfalls Bezug auf die Rede des Reichsbischofs in Hannover. Das Telegramm ist am 21. 9. 34 in Berlin eingegangen. BA, R 43 II/162.

[40] Über George K. A. Bell, den Bischof von Chichester, und seine Haltung vgl. E. Bethge, Dietrich Bonhoeffer, 1967, S. 413ff. Franz Hildebrandt, Bonhoeffers Freund, war am 11. Oktober nach London gekommen, um Bischof Bell als Präsidenten des Ökumenischen Rates über die Entwicklung in Deutschland zu unterrichten (Bethge, a. a. O., S. 455). Bell hat offensichtlich sofort reagiert.

[41] Das geheime Telegramm aus London ist nicht vom Botschafter selbst (der sich gerade in Urlaub befand), sondern von seinem Stellvertreter Bismarck unterzeichnet. Es ist mit einem Schreiben Neuraths am 13. Okt. Hitler über Lammers zugeleitet und von diesem lt. Vermerk am 16. Okt. dem Führer zur Kenntnis gegeben worden. BA, R 43 II/163.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an Hitler, wenn der Erzbischof nach dem Bericht des Botschafters im weiteren Verlauf der Unterredung als solche neuen Tatsachen „die Rückgängigmachung der gegen die Bischöfe Meiser, Wurm und Dr. Koch getroffenen Maßregeln oder die Ausschaltung Dr. Jäger" nennt.

Dieses Telegramm, das einen persönlichen Dringlichkeitsvermerk v. Neuraths trägt, wird Hitler am 18. Oktober vorgelegt. Seine Reaktion läßt sich aus dem eigenhändigen Randvermerk von Lammers erschließen: „Empfang des Reichsbischofs und der Landesbischöfe auf 23. 10., 12 Uhr, angesetzt."[42]

Wir können hier auf die weiteren Vorgänge nicht im einzelnen eingehen. Offensichtlich hat hinter den Kulissen noch eine heftige Auseinandersetzung stattgefunden, ehe mit der telegrafischen Einladung der renitenten Bischöfe Wurm und Meiser und dem Hannoverschen Bischof Mahrahrens vom 26. Oktober nach Berlin und dem am gleichen Tag erfolgten Rücktritt Jägers Hitler selbst seine bisherige Kirchenpolitik liquidierte. – Das Resultat war ein theologisches, politisches und vor allem rechtliches Chaos innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche, über dessen Beseitigung offensichtlich zunächst völlige Unklarheit bestand. Als der badische Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner, bis zu diesem Zeitpunkt ein entschiedener Förderer der bisherigen deutsch-christlichen Reichskirchenpolitik, am 14. November in einem vertraulichen Schreiben den Führer persönlich um Weisung über sein weiteres Verhalten im Kirchenstreit bittet, erhält er von der Reichskanzlei nur die lakonische Mitteilung, „daß Weisungen des Führers über das weitere Verhalten ... dem Kirchenstreit gegenüber nicht zu erwarten seien"[43] – eine Antwort, die die Ratlosigkeit Hitlers und der obersten Reichs- und Parteiführung über die weitere Behandlung der Kirchenfrage deutlich erkennen läßt. –

Grundsätzlich waren jetzt zwei Wege denkbar: Entweder die völlige Trennung von Staat und Kirche unter Wegfall aller kirchlichen Privilegien wie Besteuerungsrecht, Staatszuschüssen usw.; oder die Schaffung einer evangelischen Staatskirche nach englischem Vorbild – oder besser: so wie Hitler dieses Vorbild verstand. Noch im Führerhauptquartier erklärte er ja im Dezember 1941, daß er „gegen eine absolute Staatskirche, wie sie die Engländer" hätten, nichts habe[44]. Offensichtlich sind Ende 1934 beide Möglichkeiten ernsthaft erwogen worden. Jedenfalls halten es die deutsch-christlichen Bischöfe im November für angebracht, Hitler in einem eigenen Gutachten vor den „verhängnisvollen Folgen einer Trennung von Staat und evangelischer Kirche" zu warnen[45].

In diesen Auseinandersetzungen, die sich in den Akten nur indirekt widerspiegeln,

[42] BA, R 43 II/163.

[43] Vermerk Wiensteins vom 20. 11. 1934. BA, R 43 II/163.

[44] Picker, a. a. O., S. 154.

[45] Dieses Gutachten, „I. A. überreicht von Lic. Dr. Dietrich, Landesbischof v. Nassau-Hessen", ist von der „Konferenz der Bischöfe der Deutschen Evangelischen Kirche vom 7. Nov. 1934 in Berlin" erstattet worden. Es ist der erste Hinweis auf diese bisher unbekannt gebliebene Konferenz. Der Reichsstatthalter in Hessen, Sprenger, schickt das Gutachten am 17. Nov. mit einem kurzen Anschreiben an Hitler. BA, R 43 II/163.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kündigen sich die Fronten an, die dann bis zum Ende des Dritten Reiches für die NS-Kirchenpolitik bestimmend bleiben werden.

Zunächst aber entscheidet noch einmal Hitler selbst und er entscheidet eindeutig für die Staatskirche.

2. *Staatskirchenpläne 1935–1937*

Die Grundlage der Entscheidung Hitlers für die Staatskirche bildete eine umfangreiche Denkschrift von Dr. Wilhelm Stuckart, 1933 kurzfristig Staatssekretär bei Rust, nach einem Zerwürfnis mit seinem Minister seit 1934 Oberlandesgerichtspräsident in Darmstadt. Diese Denkschrift[46], die Ende Januar 1935 Hitler von Stuckart persönlich erläutert wurde, geht davon aus, daß für die Lösung der Kirchenfrage „die Schaffung einer in Reich und Ländern sowie von Partei wegen allein zuständigen Stelle für Staatskirchenfragen" notwendig sei. Die Ordnung der äußeren Kirchenorganisation und Kirchenverwaltung müsse „nach den Grundsätzen der nationalsozialistischen Volks- und Staatsordnung in der Weise" erfolgen, daß „die Kontrolle dessen, was in der Kirche vorgeht, für den Staat leicht ermöglicht" werde. Zu diesem Zweck sieht das Gutachten folgende Maßnahmen vor, deren Verwirklichung die Umwandlung der Deutschen Evangelischen Kirche in eine Staatskirche bedeutet hätte:

1. Reichszuständigkeit für alle Kirchenangelegenheiten und Schaffung einer allein zuständigen Stelle im Reichsinnenministerium,
2. Neuregelung der staatlichen Zuschüsse durch ein „Reichsdotationsgesetz", das Staatszuschüsse nur noch für die Reichskirche vorsieht,
3. Übergang des Besteuerungsrechtes von den Landeskirchen auf die Reichskirche,
4. Staatliche Kontrolle über die Verwendung des Kirchenvermögens und der Kirchensteuer, wobei der Staat das Recht erhält, die Höhe der staatlichen Zuschüsse jährlich neu festzulegen,
5. Staatliche Einwirkung auf die kirchliche Gesetzgebung, Rechtsprechung und Ämterverwaltung (wobei als Anstellungsbedingung für Geistliche ein parteiamtliches Unbedenklichkeitszeugnis vorzusehen ist),
6. Schaffung einer obersten weltlichen Verwaltungsspitze der Kirche, die dem Reichsbischof gegenüber selbständig ist.

Zwei Gesetzentwürfe, die diesen Grundsätzen eine juristische Form geben, ein Ermächtigungsgesetz in Kirchenangelegenheiten für den Innenminister und ein Reichsgesetz betreffend „die Ausübung der Staatshoheitsrechte und die Verwaltung in geistlichen Angelegenheiten" der evangelischen Kirche sind dem Gutachten beigefügt[47].

Nach ausführlichen Beratungen in Berlin werden diese Gesetzentwürfe von Stuckart noch einmal überarbeitet und am 20. Februar von der Reichskanzlei „im

[46] Eine Verwandtschaft dieser Denkschrift mit dem in Anm. 45 erwähnten Gutachten ist unverkennbar. Stuckart scheint hier von Dietrich informiert worden zu sein.

[47] BA, R 43 II/163. Auf die Bedeutung der Stuckartschen Denkschrift hat mich Pastor Dr. Claus-Hinrich Feilcke dankenswerterweise aufmerksam gemacht.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auftrag des Führers und Reichskanzlers" dem Reichsinnenminister zur Kenntnisnahme übersandt. Auf Grund der Aktenvermerke ist die Annahme erlaubt, daß Hitler sich die Grundüberzeugungen Stuckarts weithin zu eigen gemacht hat. In den folgenden Jahren tauchen jedenfalls immer wieder einzelne Anregungen der Denkschrift in der internen Diskussion oder auch in der Gesetzgebung auf, ohne daß freilich der Grundgedanke des Memorandums – „Notwendig ist eine klare, staatliche Willensbildung und eine ebenso klare und einheitliche Durchführung dieses Willens" – jemals ganz verwirklicht worden wäre. Man wird sicher nicht fehlgehen, wenn man für das schließliche Scheitern der Staatskirchenpläne, neben dem kirchlichen Widerstand, politisch vor allem die Rivalitäten unter den obersten Reichs- und Parteibehörden verantwortlich macht, die sich jetzt in zunehmendem Maße auszuwirken beginnen.

Dazu – zur Durchführung der Stuckartschen Gedanken und zu ihren Gegenspielern – wird nun im folgenden einiges zu sagen sein.

Der erste Komplex, der aus der Stuckart-Denkschrift herausgegriffen wird, ist die staatliche Finanzaufsicht. Sie erfolgt für Preußen mit dem „Gesetz über die Vermögensverwaltung in den Evangelischen Landeskirchen" vom 11. März 1935, das die Bildung von staatlichen Finanzabteilungen innerhalb der kirchlichen Verwaltung bestimmt[48].

Den nächsten Schritt, die Ermächtigung des Reichsinnenministers, hatte Frick mit einem Gesetzentwurf über die „Entwirrung der Rechtslage in der Deutschen Evangelischen Kirche" für die Sitzung des Reichskabinetts am 26. Juni 1935 vorbereiten lassen. In der Begründung, die diesem Gesetzentwurf beigegeben war, begegnet man wiederholt den Grundgedanken des Stuckartschen Memorandums[49].

Dieser Gesetzentwurf wird jedoch laut Protokoll der Kabinettssitzung vom Innenminister „nach Rücksprache mit dem Führer und Reichskanzler" zurückgezogen. Dafür wird durch Reichsgesetz eine Beschlußstelle in Rechtsangelegenheiten der Evangelischen Kirche beim Innenministerium eingerichtet[50], auf Grund deren kirchliche Verfahren in Zukunft der ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogen wurden, die im übrigen aber für den Innenminister (wie sich bald herausstellen sollte) nur eine magere Abfindung war.

Denn keine vier Wochen später, am 16. Juli 1935, wird der wichtigste Gedanke des Stuckart-Memorandums, die Einrichtung einer mit außerordentlichen Vollmachten ausgestatteten staatlichen Zentralstelle für alle kirchlichen Angelegenheiten, durch die Gründung des Reichskirchenministeriums mit dem bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Hanns Kerrl an der Spitze verwirklicht. Und das Gesetz zur Sicherung der DEK vom 24. September 1935, gewissermaßen das Grundgesetz des neuen Ministeriums, enthält genau jene Ermächtigung, die dem

[48] Text: Kirchliches Jahrb. für die Evang. Kirche in Deutschland 1933–1944, hg. v. J. Beckmann, 1948, S. 95f.

[49] BA, R 43 II/163a.

[50] Ebda; das „Gesetz über das Beschlußverfahren in Rechtsangelegenheiten der Evangelischen Kirche" KJ, S. 96f.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Innenminister im Juni offensichtlich verweigert worden war[51]. Zu dieser Ermächtigung, die dem Minister das unbeschränkte Gesetzgebungsrecht für die DEK übertrug, trat laut Erlaß vom 5. September auch noch die Entscheidungsbefugnis in allen polizeilichen Angelegenheiten, die die Kirche betrafen – praktisch also ein Weisungsrecht gegenüber Stapo und Sipo, die für alle Maßnahmen im kirchlichen Raum vorher die Zustimmung des Ministers einzuholen hatten[52].

Mit diesen Vollmachten ausgestattet geht Kerrl ans Werk. Sein Ziel ist eine nationalsozialistische und christliche Staatskirche, die er durch Zusammenfassung der kirchlichen Mitte mit kirchlichen Kräften selbst zu verwirklichen hofft. Es ist hier nicht der Ort, die unglückliche Geschichte des Reichskirchenausschusses darzustellen. Sie bildet, innerkirchlich gesehen, den problematischsten Abschnitt des Kirchenkampfes, weil am Für und Wider zur Ausschußpolitik Kerrls die Einheit der Bekennenden Kirche zerbrach. Im Rückblick geben die staatlichen Akten dem Nein der entschiedenen Bekennenden Kirche zu den Ausschüssen recht – aber das sei hier gewissermaßen nur am Rande vermerkt.

Wichtig für unseren Zusammenhang ist, daß die Ausschußpolitik Kerrls schon Ende 1936 als gescheitert angesehen werden muß. Die Gründe für dieses Scheitern liegen im kirchlichen wie im politischen Bereich. Die Weigerung sowohl der radikalen Deutschen Christen (Thüringer Richtung) als auch vor allem der preußischen Bekennenden Kirche, an dem sogenannten „Einigungswerk" mitzuarbeiten, bringt den Reichskirchenausschuß innerkirchlich in eine unhaltbare Lage. Wichtiger freilich ist die offenkundige Tatsache, daß der Kirchenminister sich immer weniger gegen die unverhohlen antichristliche und antikirchliche Propaganda und Praxis der Partei durchzusetzen vermochte und so zunehmend das zunächst vorhandene Vertrauen der kirchlichen Mitte verlor.

---

[51] Gründungserlaß und Sicherungsgesetz in KJ, S. 101 f. Über die Person, die Absichten und die Wirksamkeit des Reichskirchenministers fehlt bis heute jede zusammenhängende Darstellung. Die stark divergierenden Meinungen darüber sind möglicherweise darauf zurückzuführen, daß Kerrl sich in den sechs Jahren seiner Amtszeit sehr gewandelt hat. Jedenfalls wird das in der Biographie von Theodor Ellwein angedeutet, der als Oberkonsistorialrat in der Kirchenkanzlei seit 1936 einer der engsten kirchlichen Mitarbeiter Kerrls gewesen ist. (Theodor Ellwein, Freiheit und Bindung des Christen in der Politik. Aus dem Nachlaß hg. v. Thomas Ellwein, 1964, S. 225.) In der Tat ist der Abstand zwischen den selbstbewußten Tiraden des Reichsministers 1935 (etwa bei K. D. Schmidt, Dokumente des Kirchenkampfes II, Die Zeit des Reichskirchenausschusses, 1. Teil, 1964, S. 76–94) und seinen letztwilligen Verfügungen, über die Ellwein berichtet (a. a. O., S. 225 f.), kaum anders als durch eine tiefe innere Wandlung zu erklären. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang auch eine Darstellung der Rolle des Staatssekretärs im Kirchenministerium, Dr. Muhs, über den ebenfalls zuverlässige Nachrichten fehlen. Klarheit wird hier vermutlich erst der Einblick in die gegenwärtig nicht zugänglichen Akten des Kirchenministeriums bringen, die in der Historischen Abteilung I des Deutschen Zentralarchivs in Potsdam verwahrt sind.

[52] Die Existenz dieses Erlasses geht aus einem Schnellbrief des Reichskirchenministers vom 4. 12. 35 hervor, in dem Kerrl sich darauf beruft, daß ihm „im Einverständnis mit dem Reichsminister des Innern für eine Übergangszeit die Entscheidung in allen polizeilichen Angelegenheiten, die die Kirchen betreffen, übertragen worden" sei. Derselbe Erlaß wird auch in einem Schreiben Kerrls an das Gestapa Berlin v. 9. 4. 1936 zitiert. BA, R 58/266.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Und so beginnt Kerrl, noch vor dem offiziellen Rücktritt des Reichskirchenausschusses am 12. Februar 1937, mit der Vorbereitung eines neuen Gesetzes, das die obersten Reichsbehörden in den folgenden Wochen intensiv beschäftigt.

Mit Schreiben vom 27. Januar 1937 legt er dem Reichsjustizministerium einen geheimen Verordnungsentwurf vor, der alle Punkte des Stuckart-Gutachtens in verschärfter Form enthält. Unter dem Stichwort „Ausdehnung der Staatsaufsichtsrechte gegenüber den evangelischen Kirchen" geht es in diesem Entwurf um die rechtliche Fixierung einer reinen Staatskirche. Der § 1 Absatz 1 sieht vor: „Kirchengemeinden, Kirchenverbänden und Landeskirchen können die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts entzogen werden, wenn nicht mehr die Gewähr geboten ist, daß sie nach Grundsätzen verwaltet werden, die für öffentliche Körperschaften im nationalsozialistischen Staat maßgebend sein müssen."

Das Gutachten des Justizministeriums, das von Gürtner persönlich abgezeichnet ist, erhebt zwar trotz einer Fülle von Verstößen gegen das geltende Staatskirchenrecht im einzelnen keine Einwände, sieht aber ganz richtig, daß „die Verordnung ihrem ganzen Inhalte nach eine grundsätzliche Änderung der Stellung der Evangelischen Kirche im Verhältnis zum Staat enthält" und meldet aus diesem Grund Bedenken an[53].

Aber bevor dieser Entwurf zur Beratung ins Kabinett kommt, greift Hitler völlig überraschend noch einmal persönlich in die kirchlichen Auseinandersetzungen ein. Es ist das letzte Mal, daß er sich in dieser Form öffentlich für ein bestimmtes Vorgehen in der Kirchenfrage einsetzt.

Am 15. Februar 1937 erscheint zur allgemeinen Verblüffung ein in Berchtesgaden ausgefertigter Erlaß des Führers und Reichskanzlers, daß „nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben" solle, und daß der Reichskirchenminister zu diesem Zweck ermächtigt werde, „die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten"[54].

Leider hat sich bisher weder in der Literatur noch in den Akten der geringste Hinweis finden lassen, wer oder was Hitler zu diesem überraschenden Schritt veranlaßt hat. So bleiben wir auf die Interpretation von Kerrl angewiesen, die darauf hindeutet, daß Hitler sich durch Volkswahlen eine Wiederholung des Wahlsiegs vom Juli 1933 erhoffte, mit dessen Hilfe er dann durch eine willfährige Synode die Staatskirche mit dem Schein der Legalität errichten konnte. Aber das bleibt Vermutung, da offenbar auch Kerrl über die Pläne Hitlers nicht unterrichtet war[55].

Sicher ist nur, daß Hitler unmittelbar nach seiner Rückkehr vom Obersalzberg die Lösung der Kirchenfrage mit Nachdruck vorantrieb. Am 22. Februar fand bei ihm eine Besprechung über Kirchenangelegenheiten statt, an der Heß, Goebbels,

---

[53] Anschreiben und Verordnungsentwurf des Reichskirchenministeriums und Gutachten des Reichsjustizministeriums BA, R 22/4008.

[54] KJ, S. 162.

[55] So H. Brunotte, Der kirchenpolit. Kurs der Deutschen Evangelischen Kirchenkanzlei von 1937–1945, in: Zur Geschichte des Kirchenkampfes, Ges. Aufsätze, a.a.O., S. 95.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kerrl, Lammers, Stuckart, Himmler, Heydrich, Bormann und Muhs teilnahmen. Eine weitere Besprechung, an der auch Schirach teilnehmen sollte, wurde zunächst auf die folgende Woche angesetzt, dann auf den 11. März verschoben und schließlich auf Weisung des Führers ohne weitere Begründung abgesagt[56]. Inzwischen bereitet Kerrl auf Wunsch des Führers eine Wahlordnung und eine Wahlanweisung für die Kirchenwahlen vor, die am 16. März Hitler von Lammers vorgetragen werden und mit Korrekturvorschlägen und dem Bescheid zurückgehen, „daß der Führer sich eine endgültige Stellungnahme noch vorbehalten" möchte[57].

Am 20. März 1937 erläßt Kerrl die 13. Durchführungsverordnung, die nach dem Rücktritt der Kirchenausschüsse bis zur Kirchenwahl eine Übergangsregelung für die Kirchenleitung treffen soll und die praktisch jede Veränderung des bestehenden Zustandes in der Kirche verbietet[58].

Von diesem Augenblick an aber scheint Hitlers Interesse an den Kirchenfragen jäh und völlig unerklärlich erloschen. Den eindrucksvollsten Beweis dafür liefern die beiden eben genannten Schreiben Kerrls, die in der Reichskanzlei zu einem Vorgang verbunden wurden. Sie tragen mehr als ein Dutzend Wiedervorlagevermerke, bis sie am 24. Mai 1940, also nach mehr als drei Jahren, endlich „vorläufig zu den Akten" genommen werden[59]. In einer 16. Durchführungsverordnung vom 25. Juni 1937 werden alle Kirchenwahlvorbereitungen bis zur (nie mehr erfolgten) Veröffentlichung des Wahltermins unter Strafe gestellt[60].

Das ist das Ende der persönlichen, erkennbar geplanten Kirchenpolitik Hitlers. Wo er im folgenden zu kirchlichen Fragen Stellung nimmt, da trifft er nur noch pragmatische Einzelentscheidungen, die keine Konzeption mehr erkennen lassen.

Zugleich aber – und das ist das Entscheidende – überläßt er damit von nun an das Feld der evangelischen Kirche den rivalisierenden Gruppen in Partei und Staat, die unter Berufung auf die verschiedensten Führerweisungen jeweils ihre kirchenpolitischen Ziele durchzusetzen versuchen.

3. Rivalisierende Gruppen im Kampf um die Evangelische Kirche

Die beiden wichtigsten Gruppen, die sich im Kampf um die zukünftige Gestalt der Evangelischen Kirche und ihr Verhältnis zu Partei und Staat gegenüberstanden, waren auf der einen Seite der Reichskirchenminister und seine Anhänger in Partei, Kirche und Wehrmacht, auf der anderen Seite die Gruppe um Heß, Bormann und Rosenberg, die in dieser Frage eng zusammenspielten und immer mehr in den Vordergrund rückten.

Die Konzeptionen beider Gruppen waren diametral entgegengesetzt. Während das Ministerium Kerrl weiterhin einen staatskirchlich-zentralistischen Kurs steuerte,

[56] So die Aktenvermerke der Reichskanzlei. BA, R 43 II/160.

[57] Schreiben des Staatssekretärs und Chefs der Reichskanzlei an den Reichs- und Preußischen Minister für die kirchlichen Angelegenheiten – persönlich! – vom 17. März 1937. BA, R 43 II/160.

[58] Text: KJ, S. 165.

[59] BA, R 43 II/160.

[60] KJ, S. 190.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

arbeiteten Heß, Bormann und Rosenberg auf eine strikte Trennung von Staat und Kirche hin mit dem Ziel, durch Entzug aller staatlichen Privilegien, durch Dezentralisierung und Privatisierung die Kirche auf das Niveau eines Vereins zu drücken, der dann irgendwann einmal ohne Schwierigkeiten vollends liquidiert werden konnte.

Da Hitler selbst sich seit 1937 jeder grundsätzlichen Stellungnahme enthielt, hofften beide Gruppen, die letztentscheidende Instanz schließlich doch noch auf ihre Seite zu bekommen und damit *ihrer* Konzeption zum Sieg zu verhelfen. Bis dahin galt es, möglichst viele vollendete Tatsachen zu schaffen – und genau darum wurde in den folgenden Jahren gerungen mit all der Zähigkeit und Heimtücke, deren insbesondere Bormann fähig war.

Aus der Fülle des dazu vorliegenden Aktenmaterials seien hier einige Beispiele angeführt.

Anfang 1938 versuchte Kerrl, durch ein Gesetz, die 18. Durchführungsverordnung, einen staatlichen Disziplinarhof bei der Kirchenkanzlei der Deutschen Evangelischen Kirche zu schaffen, der für alle Landeskirchen verbindliche Entscheidungen treffen und damit einen Schritt auf dem Weg zur Vereinheitlichung der Deutschen Evangelischen Kirche bedeuten sollte. Am 21. April 1938 schickt die Kanzlei des Stellvertreters des Führers diesen Gesetzentwurf an Rosenberg mit dem Hinweis, daß solche Disziplinardinge immer auch in Fragen der kirchlichen Lehre eingriffen und der Stellvertreter des Führers jede staatliche Einmischung in diese Dinge grundsätzlich ablehne. Er, Rosenberg, möge doch bitte ebenfalls dazu Stellung nehmen. Rosenberg schließt sich in einem an Heß gerichteten Schreiben vom 26. April dieser Meinung selbstverständlich „vollinhaltlich" an, wobei er seinerseits dazu bemerkt, daß das Führungsrecht der Kirchenkanzlei innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche „keineswegs unbestritten" sei, und „eine Reihe von Kirchen . . . auf dem immerhin bemerkenswerten Standpunkt" stünden, „daß die Frage der Führung einer Kirche nicht gänzlich unabhängig von dem Gesichtspunkt der Lehre der Kirche behandelt werden" könne[61].

Daraufhin richtet Heß am 17. Mai ein scharfes Schreiben an Kerrl, in dem er seine Ablehnung gegenüber der geplanten 18. Durchführungsverordnung zum Ausdruck bringt.

Im Geheimen Vermerk der Reichskanzlei zu diesem Vorgang aber findet sich die Feststellung, das Schreiben von Heß zeige, „daß der Stellvertreter des Führers in der Kirchenpolitik eine von der Auffassung des Reichskirchenministers völlig abweichende Haltung einnimmt und jede staatliche Einmischung in die kirchlichen Dinge ablehnt"[62].

Am 1. September 1938 richtet Bormann „eingeschrieben" und „persönlich" ein Schreiben an Lammers, in dem es heißt: „Seit langem werden von seiten des Reichskirchenministers Pläne verfolgt, die eine Unterstellung der deutschen evangelischen Kirche unter staatliche Behörden zum Ziele haben. Der Führer hat

[61] BA, NS 8/179.
[62] BA, R 43 II/169.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich bei früherer Gelegenheit gegen derartige Pläne ausgesprochen und dahin zielende Pläne des Reichskirchenministeriums abgelehnt." Wie ihm, Bormann, mitgeteilt worden sei, wolle Kerrl in den nächsten Tagen dem Führer abermals „derartige Vorschläge zur Genehmigung" unterbreiten. „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auf diese Vorschläge Ihr besonderes Augenmerk richten und darauf hinwirken würden, daß eine Anhörung des Stellvertreters des Führers erfolgt, bevor eine Entscheidung des Führers über sie herbeigeführt wird."[63]

Dieses Schreiben ist deshalb besonders interessant, weil es zweifelsfrei beweist, daß Hitler sich tatsächlich noch *nicht* entschieden hat und daß beide Parteien in dieser Auseinandersetzung um Einfluß und Gehör bei ihm ringen.

Welche grotesken Formen der Kampf Ende 1938 bereits angenommen hatte, macht der folgende Vorgang deutlich.

Angesichts der schwierigen Situation, in die die Bekennende Kirche durch das Abrücken der süddeutschen Landesbischöfe von der Gebetsliturgie der VKL geraten war[64], sieht Kerrl die Gelegenheit gekommen, sich des radikalen Flügels der Bekennenden Kirche zu entledigen und „einen vernichtenden Schlag" gegen die Bekenntnisfront zu führen. Er wendet sich deshalb an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin und bittet förmlich um Auflösung der VKL und der hinter ihr stehenden Bruderräte. Heydrich jedoch erklärt, daß er „wegen der Bedeutung der Sache ohne Führer-Vortrag die Verantwortung für eine solche Maßnahme nicht übernehmen" könne[65]. Daß Heydrich dieses förmliche Ersuchen Kerrls ablehnte, hatte seinen Grund zweifellos weniger in einer Scheu vor der Verantwortung, sondern vielmehr in dem Entschluß, alles zu vermeiden, was Kerrls Stellung stärken konnte – und sei es auch das Verbot der illegalen Kirchenleitung der Bekennenden Kirche.

Am 11. Dezember 1938 notiert sich Lammers handschriftlich die Eindrücke eines Gesprächs mit Kerrl, die die Unversöhnlichkeit der Standpunkte auch für diesen gewiegten Vermittler deutlich macht: „Min. Kerrl", so heißt es da, „suchte mich Ende der vorigen Woche auf und teilte mir mit, daß der Stellvertreter des Führers ihm gegenüber hinsichtlich aller seiner beabsichtigten kirchenpolitischen Maßnahmen einen völlig ablehnenden Standpunkt eingenommen habe. Es habe daher gar keinen Zweck, daß er den Stellvertreter des Führers um Stellungnahme ersuche. Nach den Äußerungen des Stellvertreters des Führers, die Min. Kerrl mir vorlas, konnte ich nicht umhin, dem zuzustimmen."

Liest man den Vermerk bis hierhin, so scheint er die allgemeine Vermutung zu bestätigen, daß die Lage des Reichskirchenministers nach dem Scheitern der Ausschüsse und angesichts des wachsenden Einflusses Bormanns schon 1938 unhaltbar geworden sei.

Aber so einfach liegen die Dinge offensichtlich nicht. Denn noch immer kann

[63] BA, R 43 II/169.

[64] Vgl. zu diesem Vorgang KJ, S. 263–273.

[65] Schreiben Reichsminister Kerrl an Chef der Sicherheitspolizei, Gruppenführer Heydrich, vom 9. Nov. 1938. Abschrift. BA, R 43 II/169. Vgl. dazu auch W. Niemöller, Die Evangelische Kirche im Dritten Reich, Handbuch des Kirchenkampfes, 1956, S. 364f.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich die Bormann-Gruppe nicht auf eine eindeutige Führerweisung berufen. Vielmehr scheint Hitler auch die Staatskirchenpläne Kerrls weiterhin zu erwägen; denn Lammers notiert sich im folgenden weiter: „Min. Kerrl teilte mir ferner mit, der Führer habe ihm im Jan. einen Vortrag über die kirchenpolitische Lage zugesagt. Vorher werde er keine irgendwie einschneidenden Maßnahmen treffen."[66]

Kerrl hat also zu dieser Zeit noch keineswegs aufgegeben. Und er ist auch nicht ohne Freunde in der Partei, wie etwa ein Brief des Staatssekretärs beim Reichsstatthalter in Bayern, Ritter v. Epp, beweist, der noch 1940 seine und die Übereinstimmung seines Chefs mit Kerrls Kirchenpolitik bekundet und meint, daß es bloß „eine – allerdings sehr aktive – Minderheit" sei, „die die Partei in diesen Fragen dauernd zu terrorisieren" trachte[67].

Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß sich Kerrls Position im Laufe des Jahres 1939 verschlechtert.

In seiner großen Rede am 30. Januar kommt Hitler auch auf die Kirchenfrage zu sprechen und droht – nachdem er die beträchtlichen staatlichen Zuwendungen an die Kirchen herausgestellt hat – zum ersten Mal öffentlich mit einem Wechsel der Kirchenpolitik im Sinne der Parteigruppe: „Wenn aber wirklich die deutschen Kirchen diese Lage für sie als unerträglich ansehen sollten, dann ist der nationalsozialistische Staat jederzeit bereit, eine klare Trennung von Kirche und Staat vorzunehmen, wie dies in Frankreich, Amerika und anderen Ländern der Fall ist."[68]

Kerrl interpretiert diese Rede im September 1939 in einem vertraulichen Schreiben an Wilhelm Stapel dahingehend, daß ihm die Befugnis zur zwangsweisen Durchführung seiner staatskirchlichen Pläne entzogen worden sei. „Der Führer hält seine Bemühungen, die Evangelische Kirche zur Vernunft zu bringen, für mißlungen und die Evangelische Kirche mit Rücksicht auf ihren Zustand mit Recht für einen nutzlosen Sektenhaufen." (Dieses vertrauliche Schreiben Kerrls ist übrigens auf unbekannte Weise in die Hände Rosenbergs gelangt, der es mit entsprechenden Bemerkungen über das parteischädigende Verhalten Kerrls und der Bitte um „eingehende Prüfung" an den Stellvertreter des Führers weiterleitet.)[69]

Tatsächlich verliert Kerrl nach einer heftigen internen Auseinandersetzung im Frühjahr 1939 die Kompetenz in den kirchlichen Angelegenheiten der angeschlossenen und besetzten Gebiete, eine Entscheidung, die zunächst nur für Österreich und das Sudetenland gilt, später aber der Parteigruppe die Möglichkeit gab, ihre kirchenpolitischen Vorstellungen im Warthegau gewissermaßen modellartig zu verwirklichen[70].

---

[66] Der Vorgang trägt weiter den handschriftlichen Vermerk von Lammers: „Wv. am 15. 1. 39 (Vortrag des Min. Kerrl beim Führer?)". BA, R 43 II/169a.

[67] BA, zu R 79 (EAP 251 – a/302).

[68] M. Domarus, a. a. O., Bd. II 1, S. 1059.

[69] BA, NS 8, 182. Im Wortlaut und mit Randglossen Rosenbergs wiedergegeben in: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs 1934/35 und 1939/40, hg. v. H.-G. Seraphim, 1964, (dtv Dokumente), Anhang, S. 177ff.

[70] Vorgänge dazu BA, R 22/1907. Zur Kirchenpolitik im Warthegau vgl. von kath. Seite B. Stasiewski (oben Anm. 6) und P. Gürtler, Nationalsozialismus und evangelische Kirchen

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Andererseits unterliegt Bormann im Mai und Juni 1939, als er versucht, zusammen mit dem badischen Gauleiter Robert Wagner eine Neuregelung des Kirchensteuerrechts in Baden durchzusetzen, die im Sinne seiner Vorstellungen entsprechend den Regelungen in der Ostmark und im Sudetengau nur noch das Beitragsverfahren für die Kirche vorsah. Auf Kerrls scharfe Intervention hin lehnt Lammers es kategorisch ab, den Vorschlag Bormanns beim Führer auch nur zum Vortrag zu bringen[71].

Im Gegenzug macht Bormann Rosenberg im Oktober 1939 den Vorschlag, möglichst bald eine allgemeinverständliche Abhandlung über den religiösen Charakter der nationalsozialistischen Weltanschauung zu verfassen, um damit die immer wiederholte Behauptung Kerrls, Religion und Weltanschauung seien verschiedene Dinge, endgültig zu widerlegen. „Wenn wir dann dafür sorgen – und das würde ich tun –, daß diese Broschüre in entsprechendem Umfang innerhalb der Partei verbreitet wird, dann verhindern wir allgemein, daß Reichsminister Kerrl mit seinen törichten Behauptungen die Öffentlichkeit beunruhigen kann."[72]

Diese Broschüre ist dann freilich ebensowenig erschienen wie das in den Katalogen der Evangelischen Buchhandlungen zu Weihnachten 1939 bereits angekündigte Buch von Kerrl: „Weltanschauung und Religion. Nationalsozialismus und Christentum" – eine Art Anti-Rosenberg –, dessen Erscheinen durch das Zusammenwirken von Bormann, Rosenberg und Goebbels in letzter Minute verhindert wurde[73].

Mit diesen letzten Vorgängen ist die selbstgewählte Zeitgrenze des Kriegsausbruches bereits überschritten. Die Kriegszeit bringt nichts grundsätzlich Neues mehr: Hitler selbst, der Kirchenstreitigkeiten während des Krieges unbedingt verhindert sehen will, vermeidet weiterhin jede eindeutige Stellungnahme, wenn freilich der Einfluß Bormanns auch in dieser Frage zunehmend stärker wird. Trotzdem bleibt seine und die Aktivität der Parteigruppe im wesentlichen auf die besetzten und angegliederten Gebiete beschränkt, während im Altreich das Verhältnis von Staat und Kirche prinzipiell im allgemeinen nicht angetastet wird. Mit dem Tode Kerrls im Dezember 1941 verliert das Kirchenministerium den Rest seiner politischen Bedeutung. Die grundsätzliche Lösung der Kirchenfrage sollte, wie Hitler versicherte, dann endlich nach dem Kriege erfolgen. Einen unmittelbaren Befehl zur Vernichtung von Christentum und Kirche in Deutschland aber hat er bis zu seinem Tode niemals erteilt. –

Es ging – das war die Aufgabe – bei dieser Darstellung um rein politische Fragen, deren kirchlich-theologische Relevanz sich erst im Rahmen einer Gesamtdarstellung des Kirchenkampfes erweisen kann.

Aber dem Kirchenhistoriker sei zum Schluß doch wenigstens noch *ein* theologischer

---

im Warthegau (AGK 2) 1958. Leider haben beide Arbeiten die im BA und im Polit. Archiv des AA reichlich vorhandenen staatlichen Akten nicht benützt.

[71] Vorgänge BA, R 43 II/152.

[72] Schreiben vom 7. 10. 1939, BA, NS 8/182.

[73] Zu diesem Buch Kerrls vgl. H. Brunotte, Der kirchenpolitische Kurs . . ., a. a. O., S. 107 f. Die Schreiben Bormanns, Rosenbergs und Goebbels' dazu BA, NS 8/182.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hinweis erlaubt. So achtbar sich im Gesamtzusammenhang der nationalsozialistischen Politik die Bemühungen eines Mannes wie Kerrl auch ausnehmen mögen – was Kirche wirklich ist, haben ihre intransigenten Gegner in der Partei zweifellos richtig und schärfer gesehen. Als Beweis dafür mag am Schluß ein Zitat aus Rosenbergs „Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage" vom 13. Mai 1937 stehen[74], der „einzige(n), bisher bekannte(n), zusammenhängende(n) Darstellung des Kirchenkampfes aus nationalsozialistischer Sicht"[75]. Es wird da im 7. Abschnitt unter der Überschrift: „Gefahrenpunkte" auch auf die Diskussion um den Arierparagraphen in der Kirche eingegangen. Nach einem kurzen Bericht über die 72 Leitsätze Hans Ehrenbergs zur judenchristlichen Frage[76] fährt der Bericht wörtlich fort:

„Die entscheidende Sorge der Bekenntnisfront sind also die Judenchristen. Hat eine Kirche auf deutschem Boden wirklich keine anderen, besseren Sorgen? Vielleicht muß Kirche, will sie wirklich Kirche sein, so reden und handeln. Um so gewichtiger erhebt sich noch einmal die Frage: Ist Kirche, die im biblisch bekenntnismäßigen Sinne Kirche sein will, auf deutschem Boden auf die Dauer ohne schwere Gefahr für die seelische Gesundheit des deutschen Volkes möglich?"[77]

In der Tat ist mit dieser Frage politisch und theologisch das Grundproblem des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Christentum gesehen, eines Verhältnisses, das hier nur in der geschichtlichen Entfaltung *eines* Aspekts darzustellen war.

---

[74] Abgedruckt bei F. Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland, a. a. O., Dok. Nr. 36, S. 384–411.
[75] Ebda, Anm. 58.
[76] Abgedruckt bei K. D. Schmidt, Die Bekenntnisse . . . des Jahres 1933, 1934, S. 66ff.
[77] Zipfel, a. a. O., S. 399.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIETRICH GEYER

DIE RUSSISCHE REVOLUTION ALS ZEITGESCHICHTLICHES PROBLEM*

Die historische Wissenschaft hat in den vergangenen fünfzig Jahren, und namentlich in letzter Zeit, große Anstrengungen daran gewendet, die Vorgeschichte der Russischen Revolution, ihre Ereignisgeschichte im Ablauf des Jahres 1917 und schließlich die Konsequenzen der Revolution für die folgende Umformung Rußlands zu erforschen und eingehend zu beschreiben. Der gedruckte Ertrag dieser Arbeiten ist inzwischen fast unübersehbar geworden, und der Satz, wonach diese Revolution einen nicht wieder umkehrbaren Wendepunkt in der Geschichte Rußlands markiert, bedarf längst keiner gelehrsamen Fußnote mehr. Es versteht sich, daß hinter all diesen Bemühungen ein weitergehendes Interesse stand und steht, die Frage nämlich, wie dieser Wendepunkt russischer Geschichte in größere, über Rußland hinausgreifende Zusammenhänge historisch einzuordnen sei. Wer von den Begebenheiten nicht nur berichten, sondern zu Maßstäben und Urteilen kommen will, wird nach der Bedeutung dieser Revolution für die Weltgeschichte unserer Zeit zu fragen haben. Das freilich ist ein weites Feld, und eine Antwort, derer man tatsächlich sicher bleiben dürfte, findet sich nicht leicht. Was die folgenden Erörterungen anbieten, ist denn auch nicht als Thesenkatalog gedacht, sondern als ein Versuch der Bestandsaufnahme zu unserem Problem.

Nun läßt sich gewiß nicht übersehen, daß diese Frage keineswegs jedermann problematisch erscheinen muß. Denn wer die Botschaft der Revolutionäre akzeptiert, für die die weltgeschichtliche Bestimmung ihres Sieges nie in Frage stand, oder wer sich zu jenen Axiomen bekennt, an denen die Zukunftsgewißheit der Erben dieser Revolutionäre Halt gefunden hat, der wird mit seinem Urteil wenig Mühe haben: Nach sowjetischer Auffassung hat die Revolution, der Sieg der Bolschewiki im Roten Oktober, nicht nur eine neue Epoche für die Völker Rußlands eröffnet, sondern eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte überhaupt, und diese soll, wie bekannt, als Ouvertüre eines kommunistischen Weltzeitalters begriffen und erfahren werden. Dem entspricht denn auch, daß hier die Neigung groß geblieben ist, die Verheißung von Karl Marx nicht fahren zu lassen, wonach alle voraufgegangene Geschichte seither in bloßer Vorgeschichte aufgehoben sei. „Der Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution", so sagt es ein deutscher Professor[1], „war der Anfang vom Ende aller bisherigen, auf Ausbeutung von Menschen durch Menschen gegründeten Gesellschaftsordnungen. Die Vorgeschichte der Menschheit war abgeschlossen, die wahre Menschwerdung, die Epoche des Sozialismus und Kommunismus, begann ihren Siegeslauf. Ihr das Tor aufgestoßen zu

* Vortrag, gehalten auf dem 27. Deutschen Historikertag in Freiburg, 14. Oktober 1967.

[1] A. Schreiner, Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland vor und während der Novemberrevolution, in: Die Oktoberrevolution und Deutschland, Akademie-Verlag Berlin 1958, S. 17.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

haben – darin liegt die weltgeschichtliche Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, und das macht sie zur bedeutendsten Revolution der Menschheit."

Das sind große Worte, und sie werden nicht nur in Moskau und Berlin, sondern in vielen Teilen der Welt auch diesmal, am 7. November, widerklingen, wenn auf den Jubelfeiern, von blumengeschmückten Tribünen herunter, die Jubiläumsreden vom Blatt verlesen werden, sehr ernst und feierlich, vielleicht ein wenig nachdrücklicher als zuvor, weil man anders als früher nun fürchten muß, daß Widerspruch die stolze Freude, die große Perspektive der Menschheit, trüben möchte. Vor zehn Jahren noch hatte man Mao Tse-tung auf dem Leninmausoleum inmitten der Gratulanten gesehen und ihn sagen hören, daß die Errungenschaften, die die Sowjetunion seither erkämpft, „der Stolz der ganzen Menschheit" sei[2]. Heute weiß die Welt, daß unterdessen die Kinder der Revolution einander die Erbschaftsrechte streitig machen. Wer nach Peking sieht, wird gewahr, daß das Vermächtnis des Roten Oktober hier nicht im sowjetisch geprägten Wohlstandssozialismus, sondern in der „Großen Proletarischen Kulturrevolution" bewahrt werden soll; der mächtige Ostwind, der gegen den Westwind weht, trägt es fort, und in der Einkreisung der Weltstädte durch die Dörfer, die ländlichen Zonen der Welt, im revolutionären Aufbruch Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, im Sturm auf die Metropolen der Weißen erfülle sich, was 1917 begann. Die Dissonanz, die hier sich zeigt, mag andeuten, daß auch dort, wo der weltgeschichtliche Rang der Oktoberrevolution ganz außer Frage steht, die Qualität dieses Umbruchs undeutlich zu werden beginnt.

Wenn wir die Horizonte derer verlassen, die mit dem Sieg der Bolschewiki „die wahre Menschwerdung" anheben sehen, dann freilich wird es um vieles schwieriger, zu einer Bestandsaufnahme der Urteilsweisen zu gelangen. Abseits der kommunistischen Perspektive treffen, wie man weiß, höchst unterschiedliche Auffassungen aufeinander, und bei den gelernten Historikern überwiegt die behutsame Reflexion, die professionelle Zurückhaltung. Tatsächlich kann an raschen Antworten niemandem gelegen sein, und mancher mag darauf verweisen, daß die Distanz eines halben Jahrhunderts nicht ausreiche, um wissenschaftlich Auskunft darüber zu geben, was das weltgeschichtlich Bedeutsame an der Russischen Revolution gewesen sei. Hat es nach 1789 nicht auch erst eines weiteren Abstandes und Überblicks bedurft, um dann mit Jakob Burckhardt sagen zu können, daß seither „eigentlich alles Revolutionszeitalter" sei? Und hat nicht die Forschung erst in unseren Tagen, mit Robert Palmer etwa, die weltgeschichtliche, will sagen: die „atlantische" Dimension dieses „Age of Democratic Revolution" in neuer Weise bewußt gemacht?[3] Fünfzig Jahre nach dem Sturm auf die Bastille war außer Adolphe

[2] Mao Tse-tung, Rede anläßlich des 40. Jahrestags der Oktoberrevolution in Moskau, in: Die Presse der Sowjetunion (Berlin 1957), S. 2818ff. Zur „Kulturrevolution" in China vgl. die Analyse von J. Schickel, Dialektik in China, Mao Tse-tung und die Große Kulturrevolution, in: Kursbuch 9/1967, S. 45–129; dazu die Dokumentationen von K. Mehnert, in: Osteuropa 16 (1966), Nr. 11/12, von L. Labedz, in: Survey, A Journal of Soviet and East European Studies, Nr. 63, April 1967.

[3] R. R. Palmer, The Age of the Democratic Revolution, A Political History of Europe and America, 1760–1800, The Challenge, Princeton, N. J. 1959.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Thiers' Histoire noch nicht viel getan; man fand sich angerührt von der schönen Moralität Carlyle's und von den farbenprächtigen Genreszenen seiner Revolution. Und dennoch war, wie wir heute sehen, Tocquevilles berühmtes Amerikabuch dem Kern der Dinge schon recht nah gekommen.

Wie immer man über Nutzen und Nachteil historischer Entfernung denken mag: im Blick auf die Russische Revolution herrscht, bei aller Divergenz im einzelnen und ganzen, in vieler Hinsicht doch auch manche Übereinstimmung. Solches Einvernehmen dürfte vorauszusetzen sein, wenn man sagt, daß die Oktoberrevolution nicht bloß für ein innerrussisches Ereignis gelten kann, daß sie in Ursache und Wirkung vielmehr in großen, in weiten historischen Zusammenhängen steht, daß ihr, mit anderen Worten, historische Tiefe, internationale Spannweite, weltgeschichtliche Bezüge eigen sind. Dem schließt sich die wiederkehrende Erfahrung an, daß unser gegenwärtiges Zeitalter im ganzen von dieser Revolution betroffen und gezeichnet ist. Wie dieses Betroffensein indes auf den historischen Begriff zu bringen sei – in dieser Frage stecken die Probleme.

Mit Wortschöpfungen, wie sie auf Titelblättern gerne stehen, ist, wie bekannt, nur wenig auszurichten; sie verdecken eher, was erst aufzudecken wäre, oder sind doch nur Signale allgemeinster Art, in denen tieferliegende Schichten des geschichtlichen Bewußtseins sich einen ersten Ausdruck suchen. „Wendepunkt der Geschichte" (history's turning point) – so hat der hochbetagte Kerenskij sein jüngstes Alterswerk über das Jahr seines Aufstiegs und Elends genannt[4]. Und kürzlich ist es geschehen, daß deutsche Teilnehmer an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, mit dem Selbstvertrauen derer, die dabei gewesen, ihre Erinnerungen publizierten, und daß andererseits die westdeutsche Rankegesellschaft die Vorträge ihrer Jahrestagung über Monarchie, Weltrevolution und Demokratie unter dem gleichen Titel hinausgehen ließ wie jene ehrwürdigen Veteranen: Weltenwende, Weltwende 1917: erst ein Blick auf den Inhalt hebt den Eindruck auf, daß sich mit der Identität der Benennung auch die Positionen angenähert hätten[5]. Daß der Wahl solcher Begriffe, die das universale Ausmaß der Wende andeuten, nichts Zufälliges anhaften muß, mag aus dem Programm des von Theodor Schieder vorbereiteten „Handbuchs der Europäischen Geschichte" sichtbar werden: der 7. Band dieses Werks, der 1917/18 beginnen soll, wird unter dem Leitthema „Europa im Zeitalter der Weltrevolution" stehen[6], und dergestalt mit einer Formulierung ausgestattet sein, zu der sich, aus vergleichbarem Anlaß, selbst unsere Moskauer Kollegen nicht leicht entschließen dürften. Gleichwohl läßt sich von hier aus sehen,

[4] Die Kerenski-Memoiren, Rußland und der Wendepunkt der Geschichte, Wien und Hamburg 1966; aus der Fülle älterer Selbstrechtfertigungen vom gleichen Autor: The Catastrophe, New York 1927, The Crucifixion of Liberty, New York 1934.

[5] Weltenwende – wir waren dabei, Erinnerungen deutscher Teilnehmer an der Großen Sozialistischen Oktoverrevolution und an den Kämpfen gegen Interventen und Konterrevolutionäre 1917–1920, Berlin 1962; Weltwende 1917, Monarchie, Weltrevolution, Demokratie, Hrsg. v. H. Rößler, Göttingen 1965.

[6] Handbuch der Europäischen Geschichte, Hrsg. von Th. Schieder, Union Verlag Stuttgart, Bd. VII, Europa im Zeitalter der Weltrevolution, (In Vorbereitung).

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß bei allen prinzipiellen Unterscheidungen dennoch sogar ein gewisses Einvernehmen zwischen den Historikern in „Ost und West" besteht, das man für die wissenschaftliche Diskussion über die Barrieren hinweg nicht gering achten sollte. Auf beiden Seiten geht man offensichtlich davon aus, daß eine tiefe weltgeschichtliche Zäsur – wie immer motiviert – dort anzusetzen sei, wo die Russische Revolution aus der großen Krise des Ersten Weltkriegs hervorbricht.

Wie erinnerlich, hat Hans Rothfels erstmals 1951, soweit ich sehe, in seinen Tübinger Vorlesungen über „Gesellschaftsform und auswärtige Politik" den Versuch einer grundsätzlichen Begründung der Epochenwende von 1917 unternommen[7]. Er verwies auf „die beiden so beziehungsreich koordinierten Ereignisse vom Frühjahr 1917", auf den Sturz des Zarenregimes und den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg – Ereignisse, die, wie er andeutete, den ideologischen und sozialen Frontbildungen der Zeit nun einen *universalen* Charakter gaben; hier wurde Ernst gemacht „mit dem westlichen so sehr vom Gesellschaftlichen her gesehenen Kreuzzugsgedanken", mit dem Aufbau einer Weltanschauungsfront, bei der es darum ging, die Welt – gegen die Mächte der Finsternis, der Reaktion, der Autokratie – für die Demokratie sicher zu machen. Das neue Rußland, von Wilson begrüßt, gehört in diesen ideologisch begründeten Zusammenhang eines Weltbundes demokratischer Völker. Seit dem Oktoberumsturz sieht Rothfels dann neue Tiefenprobleme wirksam werden, und der Zeitpunkt gilt ihm – wie 1789 – als ein Meilenstein, hinter den die Geschichte nicht mehr zurückgehen werde. Im Aufkommen einer neuen, von Rußland her geprägten klassenkämpferischen Front, die das Wilsonsche Konzept der Weltdemokratie mit der Idee der Weltrevolution konfrontiert, habe sich „die grundsätzliche Antithese auf der Linie Moskau – Washington" erstmals dargetan. So bleibe es für den geschichtlichen Betrachter immer ein Grundphänomen, „daß seit 1918 und nicht erst seit 1945 zwei prinzipiell verschiedene gesellschaftliche Systeme in der Welt der großen Mächte nebeneinander bestehen", die Welt mithin durchzogen ist von großen sozialen und ideologischen Querströmungen, von Horizontalen, die an Staaten- und Völkergrenzen nicht stehen bleiben. Damit – so sagt er – „hat unsere Gegenwart erst eigentlich begonnen."

In diesem Sinne hat Rothfels wenig später dem Begriff der „Zeitgeschichte" wie der sich anschließenden Forschung einen nicht bloß formal-chronologischen Rahmen, sondern ein programmatisch-inhaltliches, eben ein historisches Fundament gegeben[8]. Daß diese Sehweise seit den fünfziger Jahren bei uns weit über die Zunftbezirke hinaus als geschichtsbezogene Gegenwartsorientierung zu großer Wirkung kam, muß hier nicht eigens noch verdeutlicht werden. In der Geschichtswissenschaft haben die Anregungen, die aus dieser auf 1917 gerichteten Perspektive kamen, sich da und dort auch verselbständigen können, und andere Deutungen sind hinzugetreten – so etwa in den Arbeiten von Erwin Hölzle, der beschränkt

[7] H. Rothfels, Gesellschaftsform und auswärtige Politik, Laupheim, Württ. 1951 (Abdruck der beiden Schlußvorlesungen), die folgenden Zitate ebenda, S. 8f.

[8] H. Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 1–8.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf ideengeschichtliche Stilfiguren der Macht- und Mächtepolitik, von der Begegnung *zweier* Weltrevolutionen spricht: von einer russischen und einer amerikanischen, beide Revolutionen in der Geschichte dieser großen Flügelmächte der alten Welt schon angelegt, beide auf Weltveränderung zielend, seit sie im Weltkrieg aufeinander trafen[9]. Bei Fernerstehenden bildeten sich mitunter auch Vorteile oder doch Mißverständnisse aus; manchem kam es vor, als ob „Zeitgeschichte" nunmehr gleichsam institutionalisierbar wäre, so daß im Umkreis von Lehrstühlen dieses Namens die Geschichte, die dem Epochenjahr 1917 vorangegangen ist, im Grunde nichts als Vorgeschichte sei.

Indessen kann kein Zweifel sein, daß die Russische Revolution vom Begriff der Zeitgeschichte her nun doch in einem universalhistorischen Horizont erschien, daß sie als säkularer Vorgang sichtbar wurde, der gegen das vom Westen geprägte Gesellschaftsdenken, gegen dessen Normen und Institutionen steht, daß der russische Umbruch mithin auch von traditionalen und konservativen Positionen aus als eine der großen Revolutionen der Weltgeschichte sich begreifen ließ. Dabei mochte die Polarität von bürgerlicher Demokratie und proletarischer Diktatur, von Wilson und Lenin, demokratischem Sozialismus und Sowjetkommunismus, von Völkerbund und Komintern, Demokratie und totalitärem System, freier Welt und Ostblock in der Tat als die große, übermächtige Signatur der mit 1917 beginnenden Zeitgeschichte erscheinen, einer Epoche, die „Grenzsituationen" menschlicher Existenz und grenzüberschreitende Bürgerkriegssituationen zur Gegenwartserfahrung der Mitlebenden hat werden lassen. Es ist leicht zu sehen, daß die deutsche Mittellage im Schnittpunkt des Weltdualismus der fünfziger Jahre solche Akzentsetzungen allenthalben veranschaulicht hat. Im populär gefaßten und amtlich geförderten Verständnis konnten Faschismus und Kommunismus im Modell des Totalitarismus mitunter dicht zusammenrücken und von dem, was man sein und wofür man einstehen wollte, prinzipiell geschieden werden.

Daß bei solcher Betonung der Bipolarität der Blick auf die fortwirkende Vielfalt des gegenwärtigen Zeitalters keineswegs verlorenging, darf nicht unterschlagen werden. So hat Hermann Heimpel im Todesjahr Stalins, kurz nach dem 17. Juni, in einer Göttinger Rektoratsrede gefragt, ob die von Hans Rothfels formulierte universale und horizontale Tendenz nicht durch kräftige vertikale und nationale Gegeninstanzen aufgehoben werde, durch jenen gesteigerten Nationalismus zumal, der in den Emanzipationsbewegungen der außereuropäischen Welt vom kolonialen oder hegemonialen Imperialismus der Großen Mächte sich zu erkennen gebe[10]. Heute wird man sagen dürfen, daß die sechziger Jahre diesen Hinweis in der Tat aufs eindrücklichste bestätigt haben. In unseren Tagen kommt heraus, daß das Zeitalter des Nationalstaats und der Nationalismen weder 1917 noch 1945 zu Ende

[9] E. Hölzle, Die amerikanische und die russische Weltrevolution, in: Weltwende 1917 (s. o. Anm. 5), S. 169–184; vgl. vom gleichen Verfasser: Die Revolution der zweigeteilten Welt, rde 163, Hamburg 1963 und seine dort rubrizierten Aufsätze.

[10] H. Heimpel, Entwurf einer deutschen Geschichte, Der Mensch in seiner Gegenwart, Sieben historische Essais, Göttingen 1954, S. 171f.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ging, sondern daß sich seine Tendenz, die in Europa schon erloschen schien, nun auf die Welt im ganzen erweitert hat und zu einem der großen universalen Themen unserer Zeit geworden ist. Die Dynamik dieser Vertikalen, für die sich Wortbildungen wie „Pluralismus" oder „Polyzentrismus" gefunden haben, scheint die großen Weltblöcke nicht nur zu unterlaufen, sondern zu verwandeln, wenn nicht zu sprengen. Neue Solidaritäten bilden sich aus, ältere gewinnen ihre Kraft zurück. Entschlüsse zur Zukunft, prinzipielle Orientierungen, politische Interessen haben sich von der Bipolarität der Weltmächte zu emanzipieren begonnen; Bürgerkriegssituationen haben sich nicht nur multipliziert, sondern auch verselbständigt, ohne nach dem Bild des Menschen zu fragen, das im Moskauer Parteiprogramm oder in der Idee der atlantischen Gesellschaft aufgehoben ist. In Vietnam, in Bolivien, in den jemenitischen Bergen, in den Stammeskämpfen Schwarzafrikas, ja in den Slums der amerikanischen Metropolen hat das westliche Demokratiemodell sein Gesicht verloren oder nie eines getragen, ohne daß man deshalb sagen könnte, daß nun das sowjetkommunistische Modell Aussicht hätte, auf den leer gebliebenen Plätzen Fuß zu fassen. Auch ist bekanntgeworden, daß das sozialistische System den Anspruch seiner eigenen Begriffe bisher nicht ausgehalten hat; die Attraktionskraft, die von ihm ausgeht, ist nicht groß. Für viele Menschen, mit denen wir in Zeitgenossenschaft stehen, sind Dollar und Rubel, Waffen und Napalm, aus welchen Zentren sie auch kommen mögen, austauschbar geworden, und wo immer rebelliert oder protestiert werden mag gegen das, was mächtig ist und drückt, da fordern Botschaften aus dem Kreml oder aus dem Weißen Haus niemanden mehr zu prinzipieller Entscheidung auf. Selbst jene Instruktionen, die aus Pekinger Zentralen kommen, treffen nicht überall Adressaten an, und die rote Fibel des „Großen Steuermanns" Mao Tse-tung wurde wohl kaum dafür gemacht, um dem love-in der Hippies, den Happenings der Provos und Kommunarden als dekoratives Stimulans für eine eher neurotische Selbstdarstellung zu dienen.

So mag es scheinen, als ob dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts der Blick für die Epochenbedeutung des Jahres 1917 mehr und mehr abhanden komme, als ob denn auch die Russische Revolution nicht mehr ein Problem der Zeitgeschichte sei, sondern ein Vorgang, der den Problemen abgeschlossener Vergangenheit zugehöre. Auch denen, die von der Oktoberrevolution in unmittelbarstem Sinn betroffen wurden, hat das halbe Jahrhundert zwischen damals und jetzt neue Katastrophen gebracht und neue Wunden geschlagen. Die Beobachtung hat an Eindrücklichkeit gewonnen, daß die Menschen in den Generationen und über die Erde hin höchst verschiedene Begriffe davon haben, wann ihre Gegenwart begonnen hat. Der Vorschlag, nun doch das Jahr 1945 als die große Epochenscheide anzusehen[11], wird, wie ich denke, die Konstitutionsschwäche universaler Gegenwartsbegriffe nicht beheben helfen.

Indessen muß an der Aporie, an die wir hier geraten, unsere Frage nach der zeitgeschichtlichen Qualität der Russischen Revolution keineswegs verlorengehen.

---

[11] W. Besson, in: Fischer-Lexikon Geschichte (1961), S. 269.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Es ist daran zu erinnern, daß uns namentlich die moderne sozialgeschichtliche Forschung gerade hinsichtlich des Revolutionsproblems vor neue Horizonte und zu neuen Epochenbegriffen geführt hat. Das Interesse gilt hier nicht so sehr den Knoten- und Wendepunkten der Geschichte, sondern historischen Prozessen und Strukturen, die ihrem Wesen nach von langer Dauer sind. Unter Aufnahme soziologischer Theoreme, wie sie etwa von Hans Freyer kommen, und in enger Kommunikation mit der in die Breite gewachsenen Methodendiskussion hat in Deutschland vor allem Werner Conze die Frage neu gestellt. Er hat auf den Vorgang jener erdumfassenden Revolution aufmerksam gemacht, die mit der Ausbildung und Expansion der industriellen Welt seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert verbunden ist[12]. Dabei werden, was grundsätzlich wichtig bleibt, die Wirkungen, die von ihr ausgehen, keineswegs nur auf die bloß technisch-ökonomischen Phänomene hin geprüft. Vielmehr wird gesagt, daß dieser weltumspannende Prozeß als „praktisch angewandte Aufklärung" zu verstehen sei, daß er im Zug seiner Ausbreitung überall die traditionellen Ordnungen durchstoße und in Wirtschaft und Technik, wie in der Demokratisierung der politischen und gesellschaftlichen Verfassung in gleicher Weise in Erscheinung komme. In diesem Sinn spricht Conze von „Weltrevolution", von „moderner Weltrevolution", und man könnte hinzufügen, daß die Sachzwänge, unter denen dieser Vorgang steht, diesen als „Revolution in Permanenz" erscheinen lassen. Ideengeschichte, Sozial- und Verfassungsgeschichte, politische und Wirtschaftsgeschichte finden in dieser strukturgeschichtlichen Methode wieder zueinander. Die großen Vorzüge liegen auf der Hand, und ein Blick über die deutsche Geschichtswissenschaft hinaus zeigt zugleich, daß die Fragestellung, die hier vorliegt, auch im westlichen Ausland sehr verwandten Ansätzen der Forschung begegnet. So meint der amerikanische Terminus „modernization" (bis zu den Entwicklungs- und Infrastrukturtheorien hin) im Grunde das gleiche Modell. Es bliebe zu fragen, ob diese neutralere Wortbildung dem befrachteten und vielfach überanstrengten Begriff der „Weltrevolution" nicht vorzuziehen sei. Die Definition von Modernisierung mag verwendungsfähiger sein als die der Revolution.

Jedenfalls geht es nun namentlich für die Historiker darum, den großen Zusammenhang dessen zu begreifen, was in der von Palmer beschriebenen „atlantischen Revolutionsbewegung" im ausgehenden 18. Jahrhundert seinen Ursprung hat und seither als politisch-soziale wie als technisch-industrielle Revolution über die Erde hin wirksam geblieben ist. Die Russische Revolution, auf die es uns ankommt, hat im Kontext dieses Gesamtprozesses ihren Ort. Als Kuriosum sei im Vorübergehen angemerkt, daß die deutschen SED-Historiker diese, wie sie sagen, „imperialistische Lehre vom Industriezeitalter", die zur „formierten Gesellschaft" führe, durchaus nicht mögen. Nur als ein Zeichen der Schwäche des Imperialismus, so schreibt der Direktor des Marxismus-Leninismus-Instituts der Greifswalder Universität, Werner Imig, könne es gewertet werden, wenn seine Ideologen unter den Bedingungen des wachsenden Friedenskampfes in der kapitalistischen Welt „sehr

[12] Vgl. W. Conze, Das deutsch-russische Verhältnis im Wandel der modernen Welt, Göttingen 1967, S. 10ff.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schnell die Rothfelssche, vom Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg und der Verknüpfung dieses Eintritts mit der Revolution in Rußland ausgehende Datierung des Beginns der modernen Epoche auf 1917 wieder fallenließen"[13].

Die russische Revolution von 1917 im Sinn- und Strukturzusammenhang der modernen Weltrevolution, im Prozeß, im Stufengang universaler Modernisierung! Tatsächlich hat diese Perspektive in den letzten 20 Jahren vor allem in der amerikanischen Forschung zunehmende Bedeutung erlangt. Das russische Revolutionsproblem, die Transformation der russischen Sozialordnung wie der politischen Verfassung, wird seither immer wieder mit anderen Modernisierungsvorgängen konfrontiert: nicht nur mit zeitlich früheren im Westen Europas, sondern auch mit gleichzeitigen, mit Japan beispielsweise, und mit späteren, wie jenen in der jetzt im Umbruch befindlichen „dritten Welt". So hat der aus Deutschland stammende Historiker Theodor von Laue Rußland als das erste große Beispiel eines Entwicklungslandes beschrieben: die russische Revolution als „Revolution von außen", als „eine neue Kategorie der modernen Revolution", als Revolution in einem rückständigen Land[14]. Den Vorgang selbst wie die politische Konsequenz seit 1917 will von Laue in diesem Sinn auch strukturell unterschieden sehen von den westlichen Revolutionen, von der französischen zumal, die zwar nicht gänzlich ohne äußere Anregung gewesen sei, die sich aber dennoch im gesellschaftlichen wie im ideologischen Anstoß aus einer genuin französischen Krise entwickelt habe. Bei Rußland dagegen sei die Einwirkung von außen schlechterdings nicht fortzudenken, der Westen wirkt als „die primäre revolutionäre Kraft". Wie man sieht, berührt sich diese Sicht mit dem von Hans Freyer gezeichneten Bild der „Weltgeschichte Europas", während sie von jenen dünn gebohrten Formeln, wie sie uns unter dem Leitsatz „Ost minus West gleich Null" gelegentlich angeboten wurden, schon aufgrund der Ernsthaftigkeit des Problembewußtseins einen denkbar weiten Abstand hält.

Es ist verständlich, daß von hier aus der Epocheneinschnitt 1917 ein verändertes Gesicht bekommt. Er wird eingeordnet nicht nur in eine nach Osten hin expandierende Revolutionsbewegung, vielmehr rückt die Oktoberrevolution nun auch im engeren russischen Bezug in einen weiter gespannten Zeitbogen revolutionärer Umformung hinein. Statt der herkömmlichen Stufenfolge: 1905, Februar 1917, Oktober 1917, bzw. bürgerliche, demokratische und sozialistische Revolution, – kommt jetzt eine größere in sich verbundene Periode heraus, und auf diese wird der strukturgeschichtliche Revolutionsbegriff bezogen. Die zaristischen Minister Sergej Witte und Petr Stolypin wie die Stalinschen Plankommissare sind mit einem gemeinsamen Problem befaßt gewesen, mit einer Aufgabe, die zwischen 1890

[13] W. Imig, An der Schwelle unserer Epoche, Zum 50. Jahrestag der Aprilthesen W. I. Lenins, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 9 (1967), S. 412.

[14] Th. v. Laue, Die Revolution von außen als erste Phase der russischen Revolution 1917, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 4 (1956), S. 138–158; ders., Why Lenin? Why Stalin? A Reappraisal of the Russian Revolution, 1890–1930, Philadelphia und New York 1964.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und 1930 absolute Priorität besaß und mithin die Zäsur von 1917 übergreift: Es kam darauf an, die Industrialisierung und Modernisierung eines rückständigen, zurückgebliebenen Agrarlandes in kurzer Zeit, mit äußerster Beschleunigung zuwege zu bringen. Der protektionistische, der marktwirtschaftliche und der sozialistische Weg technisch-ökonomischer Umformung wurden in dieser Zeit nacheinander erprobt; es ist in unserem Zusammenhang nicht näher auszuführen, mit welcher Problematik, mit welchen Methoden und Opfern die schließlich erfolgreiche „Revolution von oben" unter dem Gesetz der Stalinschen Produktionspläne verbunden war.

Bei der Erörterung unseres Forschungsproblems sei dagegen nicht übergangen, daß der eben skizzierte Ansatz mit höchst aktuellen Gegenwartsbezügen ausgestattet ist. Die Perspektive, Rußland als Entwicklungsland zu sehen, geht mit der Frage nach den politischen und wirtschaftlichen Alternativen zusammen, die für die unterentwickelten Länder heute bestehen. So ist die Neigung mitunter groß, Wünsche und Hoffnungen, die man heute für diese Länder hegen mag, durch historische Exempel nicht schon zerstört zu finden, und es scheint mir nützlich zu sein, sich davon Rechenschaft zu geben, daß im Streit um die Beurteilung, etwa der Stolypinschen Reformen, sehr gegenwartsbezogene Interessen ausgetragen werden, oft genug auf der Stufe eines Bewußtseins, das zur Aufklärung über sich selbst noch nicht gekommen ist. Walt Rostows Stadientheorie des wirtschaftlichen Wachstums ist dafür ein lehrreiches, aber keineswegs beherzigenswertes Beispiel[15]. Auch aus methodischen Gründen mag angeraten sein, bei der Einbettung des russischen Revolutionsproblems in die Entwicklungsländerforschung das historische Augenmaß nicht zu verlieren. Die Grenzen und Möglichkeiten vergleichender Untersuchung sind auf diesem weiten Feld noch wenig ausprobiert, und so werden auch Anregungen, wie sie jetzt vor allem von ökonomischen Entwicklungstheorien kommen, erst noch den Prüfstand der Historiker zu durchlaufen haben. Um moderne Einsichten in makroökonomische Größenbeziehungen, wie Hans Raupach vorschlägt, auch auf vergangene Wirtschaftsprozesse anzuwenden, fehlt uns, das sei gerne eingestanden, nicht selten einfach noch das Handwerkszeug.

Nach alledem könnte es den Anschein haben, als sei die Zäsur von 1917 im Forschungsinteresse unserer Zeit in jenem weitausholenden Prozeß moderner Weltrevolution und Modernisierung aufgegangen. Deshalb mag es angebracht sein, den Gegenstand selbst, die russische Revolution als zeitgeschichtliches Problem, aus dem strukturgeschichtlichen Modell noch einmal herauszuholen und zurückzulenken auf die Ausgangsfrage, ob und inwiefern jene Tage im Oktober, die, wie John Reed schrieb, die Welt erschüttert haben, im historischen Begriff als weltgeschichtliche Epoche einsichtig bleiben.

In diesem Sinne regt, wie mir scheint, vor allem die erwähnte Deutung der russischen Revolution als einer „Revolution von außen" zu weiterführenden Betrachtungen an. Bei der Zuweisung Rußlands zum Revolutionskomplex der

[15] Zur Kritik an Rostows Stufentheorie vgl. D. Rothermund, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 332f.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rückständigen Länder wird ja doch vorausgesetzt, daß im Jahre 1917 ein *neuer* Typus moderner Revolution in Erscheinung komme, ein Modernisierungsvorgang, bei dem die vom 18. Jahrhundert ausgehende westliche Revolutionsbewegung an ihre Grenzen gerate. Diese zuerst in Rußland erfolgte Verwandlung des ursprünglichen Modells läßt sich denn auch verdeutlichen und konkretisieren: Sie zeigt sich im Scheitern des parlamentarischen Experiments der liberalen Regierung wie in der raschen Erosion der sozialistischen Rätedemokratie. Sie offenbart sich darin, daß die klassischen Begriffe der bürgerlichen wie der proletarischen Revolution sich hier verkehren – in jenem weiten Raum agrarischer Gesellschaft, der ohne konsistentes Bürgertum wie überhaupt ohne moderne gesellschaftliche Klassen geblieben ist. Der soziale Kern des revolutionären Umschlags äußert sich, wie das russische Beispiel erweist, als Agrarrevolution kleinbäuerlicher Massen, sein politischer Kern in der Aktion elitärer Minderheiten. Das fehlende gesellschaftliche Mandat wird durch den Anspruch der Revolutionäre ersetzt, die Interessen der übergroßen Mehrheit des Volkes zu vertreten; die Diktatur der Partei substituiert den Willen einer Bevölkerung, die zu eigener Organisation und Orientierung noch nicht gekommen ist. Die politische Macht etabliert sich mit Hilfe plebiszitär motivierter Notstandsmaßnahmen; sie beginnt ihre eigenen bürokratischen Herrschaftsinstrumente und Steuerungsmechanismen herzustellen und sich ihrer zu bedienen. Dabei kommt es ihr darauf an, die entbundenen Massenbewegungen durch den Apparat, den Funktionär, durch Erziehung und Arbeitszwang zu erfassen und sie den programmierten Entwicklungs- und Modernisierungszielen verfügbar zu machen. Die neue Gesellschaft, die entsteht, entsteht als Dienstleistungsbetrieb, dessen Räson in den mitwachsenden Macht- und Sicherheitsinteressen und im Modell der geplanten Zukunft aufgehoben ist.

Man könnte also sagen, daß die Anstöße, die vom Westen, die „von außen" kamen, sich in den großen eurasischen Entwicklungsräumen Rußlands gebrochen haben; daß die „moderne Weltrevolution" seither eine neue Qualität gewinne; daß mit dem russischen Oktober die Gegenwart der anderen, der non-Western civilization beginnt – Zeitgeschichte, die insofern unsere eigene ist, als die revolutionären Konvulsionen nun ihrerseits „von außen" her auf die alte Welt zurückschlagen. Mithin bestätigt sich, daß auch die moderne strukturgeschichtliche Forschung die Epochenwende von 1917 als eingreifende Zäsur im Vorgang der „modernen Weltrevolution" versteht. Der Gedanke, daß in der Oktoberrevolution die bipolare Spannung unserer Gegenwart bereits enthalten sei, klingt hier wieder auf, nun allerdings nicht mehr allein auf machtpolitische und ideologische Gravitationszentren bezogen, sondern auf die großen Strukturtypen des *einen* universalen Vorgangs moderner Weltveränderung. In historischer Perspektive wird die russische Revolution – die Revolution in einem kontinentalen Raum, der Europäisches und Außereuropäisches in sich schließt, als eine Übergangsphase und Transmissionszone zwischen diesen beiden Grundtypen aufzufassen sein, – mit Wirkungen nach „Westen" wie nach „Osten" hin. Das heißt zugleich, daß die russische Revolution mit beiden hier skizzierten Revolutionszusammenhängen in engster Fühlung steht.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das außerrussische Europa ist, wie wir wissen, in den politischen und sozialen Strukturkrisen der Nachkriegszeit mit vielen Problemen befaßt geblieben, die Rußland seit der Oktoberrevolution in sich austrug. Es genügt, sich daran zu erinnern, daß das Scheitern der parlamentarischen Demokratie, das zur Bilanz des Jahres 1917 in Rußland gehört, sich wenig später als ein weit über Rußland hinausgreifendes Phänomen unserer Zeitgeschichte, auch der deutschen Geschichte, erwiesen hat. In der Tat war ja schon 1917, mitten in einem verheerenden Krieg, dieses Europa in unmittelbarstem Sinn von dem revolutionären Umschlag betroffen worden. Der Ruf der Bolschewiki, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg *gegen* den Imperialismus zu verwandeln, meinte nicht nur die Massen an der osteuropäischen Peripherie, nicht nur die Völker in den europäischen Ausbeutungsgebieten und Kolonien, sondern dieser Appell galt vor allem und zuerst der Revolution im Westen, der Befreiungsaktion der proletarischen Klassen in den Industrieländern. Ohne diese europäische Revolution werde, wie man glaubte, die russische verloren sein. So wurde denn auch in Lenins Theorie ein gewaltiger, im Wortsinn weltweiter Zusammenhang revolutionärer Emanzipation mit prognostischer Sicherheit schon dargetan: der Aufstand der Arbeiter und Bauern in Rußland sollte die Weltrevolution in Bewegung setzen, die proletarische Revolution im Westen und der Aufbruch der Völker Asiens sollten damit zusammenschlagen und gegen den einen gemeinsamen Feind gerichtet sein: gegen das Verbundsystem von bürgerlicher Klassenherrschaft, kapitalistischer Weltwirtschaft und imperialistischer Weltpolitik. Die chinesische Perspektive von heute orientiert sich noch immer an diesem weiten Horizont, doch gehört das Produkt der russischen Revolution, das gegenwärtige Sowjetsystem, in Pekinger Sicht nun schon in die Nähe derer, die gegen die Emanzipation der armen, der ausgebeuteten Masse der Menschheit stehen.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Seit 1917 hat der von 1776/89 ausgehende Modernisierungsprozeß, im Zeichen bürgerlich-demokratischer Emanzipation und kapitalistischer Rationalität, an den Rändern Europas und in den kolonialen Durchdringungsräumen der alten Mächte eine neue Kategorie der Revolution hervorgebracht: die zuerst in Rußland ausgebildete Form der Weltveränderung nach programmierten Zukunftsentwürfen elitärer Kleingruppen. Dieser zweite und jüngere Typus hat Denkmuster, Methoden und Zielvorstellungen aufgenommen, die aus der älteren atlantisch-westlichen Revolutionsbewegung kommen: sozialistische, marxistische, kommunistische vor allem, und er hat unter den besonderen Bedingungen der sich ihm öffnenden neuen Welt jeweils seine eigene Praxis ausgebildet. Dazu gehört, daß er sich ganz wesentlich als Aufstand gegen die herrschenden Mächte der alten Welt versteht, ja daß er in dieser Frontstellung seine eigentliche Methode findet: Revolution als Befreiungsbewegung der vom imperialistischen System geknechteten Massen. Zugleich aber hat dieser Prozeß im Zuge seiner Ausbreitung in die Welt hinaus alle Gleichförmigkeit verloren. Nationale Traditionen, kulturelles und geistiges Erbe, machtpolitische Ambitionen, wirtschaftliche Faktoren mischen sich ein und bringen Möglichkeiten zutag, die

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der zeitgenössischen Weltrevolution eine eher noch größere Vielfalt gegeben haben, als sie der westlich-atlantischen Revolution seit dem 18. Jahrhundert jemals eigen war. Diese neue Vielfalt wird zur Signatur unserer Zeitgeschichte zu zählen sein.

1850 hatten Marx und Engels gemeint, daß der chinesische Sozialismus sich dereinst zum europäischen verhalten werde wie die chinesische Philosophie zur Hegelschen[16]. Heute hat sich zwischen Havanna und Rangoon eine Fülle anderer Varianten aufgetan. „Wenn unsere europäischen Reaktionäre", schrieb Marx, „auf ihrer demnächst bevorstehenden Flucht durch Asien endlich an der chinesischen Mauer ankommen . . ., wer weiß, ob sie nicht darauf die Überschrift lesen: République chinoise – Liberté, Egalité, Fraternité." Heute ergibt sich, daß dieser „reaktionäre" Westen, ja daß nun sogar Rußland, an der chinesischen Mauer, aber doch auch anderwärts, ihre eigenen Kinder nicht wiederfinden. Die Identitätskrise, in der wir stehen, mag eng damit zusammenhängen. Sie reflektiert eine Zukunft, die in der „Weltgeschichte Europas" nicht mehr aufgehen will.

[16] Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, Berlin 1960, S. 222.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszellen

HANS WOLFRAM VON HENTIG

BEITRÄGE ZU EINER SOZIALGESCHICHTE DES DRITTEN REICHES

Trotz der Tatsache, daß die Literatur über den Machtapparat des NS-Regimes im allgemeinen und im besonderen über die SS ständig wächst[1], ist man bisher in der Erforschung der sozialen und ideologischen Herkunft ihrer Mitglieder über Ansätze und Thesen nicht hinausgekommen. Der Grund dazu mag darin liegen, daß bisher zu wenig und zu wenig einheitliches Material vorlag, um daran eine gleichsam empirische Untersuchung dieses Gegenstandes vornehmen zu können.

Mit der folgenden Erhebung soll nun versucht werden, eben dazu einen Ansatz zu schaffen. Auf Grund eines zwar immer noch nicht sehr umfangreichen Materials, das gleichwohl reichhaltig genug ist, um eine statistische Auswertung zu erlauben, wird es unternommen, das Bild zweier Gruppen von SS-Angehörigen zu differenzieren. Bei den untersuchten Gruppen handelt es sich einmal um Mitglieder der SS-Totenkopfverbände, also jenes Teils der SS, der mit der Verwaltung und der Bewachung der Konzentrationslager befaßt war, zum anderen und als Gegenstück dazu wird auf gleiche Weise eine Gruppe näher betrachtet werden, deren Mitglieder zu Einsatzgruppen oder zum Personal von Vernichtungslagern (die von ihnen sozusagen „abstammen") gehörten.

Die Quellen

Die Erhebung wertet Lebensläufe aus, die den Akten von Gerichtsverfahren[2] entnommen sind, die seit 1948 mit den Taten der Betreffenden zwischen 1933 und 1945 befaßt waren. Die Lebensläufe sind, dieser Tatsache entsprechend, verhältnismäßig vollständig. In einigen Fällen fehlten Daten soziologischer Relevanz, die das Bild abgerundet hätten. Ihr Fehlen fällt indessen nicht übermäßig ins Gewicht.

Der Gegenstand

Bei dem untersuchten Gegenstand selbst handelt es sich um 85 Lebensläufe der ersten erwähnten Gruppe, sowie um 130 der zweiten Gruppe. Zwar stellt vor allem die erste Gruppe, nämlich der SS-Totenkopfleute, nur einen geringen Bruchteil

[1] Jüngst die Bücher von Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf, Gütersloh 1967 und von George H. Stein, The Waffen SS, Ithaca 1966; noch nicht überholt ist der Aufsatz von Karl O. Paetel: Geschichte und Soziologie der SS, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 1–33.

[2] Insgesamt 79 (50, 29). Die aufgrund des Entgegenkommens einzelner Gerichte dem Institut für Zeitgeschichte zur internen Auswertung für die wissenschaftliche und gutachtliche Tätigkeit in Straf- und anderen Verfahren zur Verfügung gestellten Urteilsschriften sind vertraulich zu behandeln. In einigen Fällen hat sich das Institut sogar dazu verpflichtet, von einer Auswertung für wissenschaftliche Zwecke abzusehen. Daran hat sich der Verf. gehalten, obgleich in der vorliegenden Untersuchung das Einzelschicksal in der Statistik aufgegangen wäre. Um die Benützungsvorbehalten zu entsprechen, wurde von einer Namensnennung in den einzelnen angeführten Fällen generell abgesehen.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der gesamten Masse dieser Gliederung dar, doch ist es fraglich, ob sich in absehbarer Zeit eine wesentlich breitere Grundlage schaffen lassen wird. Anders dagegen steht es mit dem Verhältnis der zweiten Gruppe zu der Gesamtmenge der Mitglieder von Einsatzgruppen und dem Personal von Vernichtungslagern. So bestand z. B. die Einsatzgruppe D unter Ohlendorf aus 4–500 Mann, das SS-Personal der Vernichtungslager betrug, sieht man von Birkenau bei Auschwitz ab, meistens noch weniger. In der Tat handelt es sich hier um ein krasses zahlenmäßiges Mißverhältnis zwischen Opfern und Tätern. Die zweite Auswahl kann also schon eher als repräsentativ gelten. Während die Daten zur ersten Gruppe allem verfügbaren Quellenmaterial entnommen sind, wurde bei der zweiten Gruppe eine Auswahl getroffen: es wurden alle jene – es ist keine sehr umfangreiche Gruppe – ausgeschieden, die man den sogenannten Schreibtischtätern zurechnen könnte, die sich also nicht mit ihrer Person an der Durchführung der Vernichtungsmaßnahmen beteiligt haben.

Insgesamt haben wir die Generation, geboren zwischen 1890 und 1920 (bzw. 1922) vor uns, wobei die Mitte, etwa zwischen 1903 und 1914 die größte zahlenmäßige Stärke aufweist. Wenden wir uns zunächst der Gruppe der SS-Totenkopfleute zu: Von den 85 Angehörigen, deren Lebensläufe zur Verfügung stehen, gehörten weitaus der größere Teil einer sozialen Stufe an, die man als ‚Untere Mittelschicht' bezeichnen kann. Ihre Väter waren zumeist kleine Gewerbetreibende und Handwerker oder Facharbeiter, untere Beamte und Angestellte bei Behörden (davon 7 bei der Bahn, 1 Gefangenenaufseher, 2 Polizeibeamte), Ladenbesitzer, Gastwirte (4). 15 weitere Mitglieder lassen sich, soweit das Material den Schluß zuläßt, zur ‚Unterschicht' rechnen, jedenfalls läßt es proletarische Herkunft vermuten. Lediglich 3 lassen sich mit den gleichen Vorbehalten einer mittleren ‚Mittelschicht' zuzählen. Mindestens 13 – hier ist das Material lückenhaft – entstammen Familien mit mehr als fünf Kindern, mindestens 10 waren Erstgeborene, 4 waren illegitim geboren. Ein recht hoher Anteil (12) entstammte sogenannten volksdeutschen Familien, sie waren also im Ausland, vor allem in Polen und in der Tschechoslowakei geboren. Zum weiteren Werdegang ließen sich folgende Zusammenfassungen herauslösen: Sämtliche in Frage stehenden Personen haben die Volksschule besucht. Eine Reihe (24) besuchte, zumindest eine Zeitlang, eine weitere Bildungsanstalt (höhere Schule, Berufs- oder Fortbildungsschule), 10 sogar akademische oder andere höhere Lehranstalten. Ungefähr 65 haben in ihrer Ausbildungszeit eine Lehre durchgemacht, die allerdings nicht in allen Fällen beendet wurde. Mindestens 36 haben ihre Tätigkeit vor dem Zweiten Weltkrieg öfter als drei Male gewechselt und mindestens 43 waren während der wirtschaftlichen Depression zu Beginn der 30er Jahre zur einen oder anderen Zeit arbeitslos. Dazu ist zu bemerken, daß häufiger Berufswechsel und Arbeitslosigkeit zumeist miteinander gekoppelt waren. Der allgemeine Eindruck bei der Sichtung des Materials bestätigt die Ergebnisse der Erhebung: die soziale Mobilität ist gering, die meisten Mitglieder der Gruppe haben keine Berufe erlernt, die einen sozialen Aufstieg über den Status ihrer Väter hinaus ermöglichen konnten. Immerhin gibt es trotzdem

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einen Ansatz dazu bei fünf Personen, die eine akademische oder sonstige Bildungseinrichtung nach der Schule besucht haben. Das Ereignis, das für die große Mehrzahl der Kandidaten als der bestimmende Faktor für ihren beruflichen Werdegang, ihre gesellschaftlichen und ideologischen Bindungen angesehen werden muß, war die wirtschaftliche Depression, ein Ereignis, das der gesamten Generation widerfuhr. Zum beruflichen Aspekt ist noch zu bemerken, daß 2 Mitglieder der Gruppe zur einen oder anderen Zeit im Justizvollzugsdienst tätig gewesen waren, 4 weitere sich früher oder später einmal dem Schlachterhandwerk gewidmet hatten.

Damit kommen wir zum politisch-ideologischen Werdegang der Gruppe. Die Untersuchung ergibt, daß die Mehrzahl um 1932/33 zur Partei oder einer ihrer Gliederungen gestoßen ist. Zur Differenzierung des Eindrucks, den die Statistik vermittelt, ist zu erwähnen, daß von den zwischen 1890 und 1900 geborenen Personen alle während des ersten Weltkriegs Soldaten gewesen waren, gleichwohl gehörten sie nicht alle zur „Bürgerkriegs-SS" (Kogon), die 8, die bei der SA angefangen hatten, verteilen sich ebenfalls über mehrere Jahrgänge und gehören z. T. schon der zweiten Hälfte der Generation an. Das gleiche gilt für die 15 Namen, die als ‚Hilfspolizisten' 1933 in die SS gelangt sind, eine Gruppe, die sich z. T. wiederum mit den 23 deckt, die zwischen 1933 und 1938, also in der ersten Phase des Systems der Konzentrationslager, in diesen Dienst getan haben. Die ‚Volksdeutschen' wurden alle nach 1938 zur Waffen-SS eingezogen. Unter diesen waren zuvor zwei Offiziere und einer Soldat in der tschechischen Armee gewesen, ein weiterer Matrose in der polnischen Kriegsmarine.

In dem verfügbaren Material finden sich nur verstreut Angaben über die Gründe des Beitritts zur Partei oder einer ihrer Gliederungen. Jedoch ergibt sich bei deren Prüfung, daß es sich selten um rein ideologische Gründe handelte. Es seien einige Beispiele genannt: N. N., geboren 1909, hatte 5 ältere und 3 jüngere Geschwister. Nach dem Besuch der Volksschule folgte eine Schlachterlehre. Danach war er als Geselle in verschiedenen Orten als Schlachter tätig. Als er im Mai 1932 arbeitslos wurde, trat er der SA und der NSDAP bei, weil er glaubte, auf diesem Wege zu Arbeit zu kommen. Da sich jedoch seine Hoffnung nicht erfüllte, trat er im Juni 1934 zur SS-Verfügungstruppe über und wurde daraufhin als Wachmann im Konzentrationslager Esterwegen verwendet. Später kam er nach Sachsenhausen und nach Neuengamme. – Erwähnt sei ein weiterer, interessanter Fall: N. N., 1922 in kleinbürgerliche Verhältnisse hineingeboren, wurde nach dem Tode des Vaters 1935 allein durch die Mutter erzogen. Nach der Volksschule arbeitete er ein Jahr in einer Stuhlfabrik und widmete sich seit 1938 einer Schlosserlehre, die er 1941 mit der Gesellenprüfung abschloß. Da er musikliebend war, war er Mitglied des Spielmannszuges beim Jungvolk und bei der HJ. Bereits mit 16 Jahren wurde er in die allgemeine SS übernommen, wo er ebenfalls Spielmann war. Angeblich hatten beide Eltern den Nationalsozialismus abgelehnt, so daß es nach der Ansicht des Betreffenden nicht zu diesen Bindungen gekommen wäre, wenn sie noch gelebt hätten. Nach Abschluß seiner Lehre meldete er sich freiwillig zur Waffen-SS im Mai 1941. Er kam zur Leibstandarte Adolf Hitler, wurde an der Ostfront eingesetzt

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und war nach einer bald darauf erlittenen Verwundung nicht mehr kriegsdienstverwendungsfähig. Er wurde dann bei der Zentralmarketenderei als Kraftfahrer verwendet und wurde schließlich 1944 zum Wachbataillon nach Sachsenhausen versetzt. Obwohl wir diesen Mann getrost den ideologisch gefestigten Fällen zuzählen dürfen, war sein Einsatz im Konzentrationslager Zufall. – Ähnlich liegt ein dritter Fall: N. N., geboren 1906, durchlief nach dem Besuch der Volks- und Mittelschule eine Lehre als Einzelhandelskaufmann und war dann bei verschiedenen Firmen tätig. 1933 trat er der motorisierten SS bei, um seiner Neigung zum Motorradsport weiter nachgehen zu können. Zu Kriegsbeginn wurde er zur Waffen-SS-Verfügungstruppe einberufen und nahm am Frankreichfeldzug teil. Wegen Krampfadern verlor er die Kriegsverwendungsfähigkeit und wurde 1940 entlassen, 1941 jedoch wieder eingezogen und kam bald zum Wachbataillon Sachsenhausen. Die Ideologie dieses Mannes war der Motorradsport, sein Verhängnis seine Krampfadern. Auf ähnliche Weise kam ein anderer Mann zu den Totenkopfleuten: 1934 trat er in die allgemeine SS ein, weil er gute Bekannte dort hatte. Ein Jahr später wurde er Mitglied der NSDAP. Vor seiner Heirat 1937 erwog er angeblich eine Zeitlang, aus der SS auszutreten, weil die Heiratsgenehmigung auf sich warten ließ. Zu Kriegsbeginn kam er zur Waffen-SS, wurde aber wegen eines früheren doppelten Unterschenkelbruches „garnisonverwendungsfähig-Heimat" geschrieben und zum Wachbataillon Oranienburg kommandiert. – Gelegentlich spielen wirtschaftliche Gründe beim Eintritt eine Rolle: Seit dem Beginn der 30er Jahre war ein Mann arbeitslos, der zuvor als Vertreter gearbeitet hatte. Mitte 1932 trat er der NSDAP und der SS bei, weil es für ihn auf diesem Wege möglich war, durch die Vermittlung eines anderen SS-Mitgliedes eine Anstellung bei einer Versicherungsgesellschaft zu erhalten. Da ist ferner der Fall eines Mannes, der sich um die Aufnahme in den Zolldienst beworben hatte und, um eine Einstellung zu sichern, der SS beitrat. Das Material gibt noch drei weitere, ähnliche Fälle her, doch dürften es in Wirklichkeit mehr sein. So mag es Opportunismus gewesen sein, wenn ein Kandidat, da ihn die Wehrmacht auch nach Kriegsbeginn wegen einer Vorstrafe nicht wieder aufnahm, sich freiwillig zur SS meldete. Ob dabei auch noch ideologische Gründe eine Rolle spielten, wird nicht erwähnt, doch ist es beinahe wahrscheinlich, daß dies nicht der Fall war. Zusammenfassend ließe sich sagen, daß in der Tat, vor allem bei den jüngeren, kaum die reine Ideologie im Vordergrund steht, sondern vielmehr wirtschaftliche und gesellschaftliche Beweggründe ausschlaggebend gewesen sind[3]. Um zu zeigen, daß die Motive zum Beitritt uneinheitlich waren – obgleich die Mehrzahl der Lebensläufe eine Reihe von stereotyp wiederkehrenden Parallelen aufweist, die das ‚Hängenbleiben' in der SS beinahe als zwangsläufigen Vorgang erscheinen lassen – sollen im folgenden eine Reihe vollständiger Lebensläufe aneinandergereiht werden, die die individuelle Verschiedenheit der einzelnen Fälle zeigen. Es sind mit Absicht ‚normale' Beispiele gewählt worden, wie sie in der Hauptsache in dem vorliegenden Material vor-

[3] Was schon Benedikt Kautsky andeutet, in: Teufel und Verdammte, Wien 1948, S. 35 u. 91.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen, also gerade nicht die bizarren und sozusagen pathologischen Fälle, die es ebenfalls gibt[4].

1. N. N., geboren 1890 als Sohn eines Stationskommandanten der Württembergischen Gendarmerie und als eines von 8 Kindern. Nach dem Besuch der Volks- und Mittelschule bis zum 14. Lebensjahr, begann er eine Lehre als Buchbinder. Von 1910–12 diente er als Soldat, danach war er als Buchbinder in Genf tätig. 1914 meldete er sich freiwillig zur Feldartillerie und brachte es während des Krieges bis zum Vizewachtmeister. Nach dem Kriege war er in verschiedenen Berufen tätig. Er heiratete 1923. Wohl um 1933 herum trat er, nachdem er zunächst vergeblich Anschluß an die Deutsche Turnerschaft gesucht hatte, dem Beispiel sympathischer Kameraden folgend, in die allgemeine SS und in die NSDAP ein. 1933 erhielt er eine Anstellung bei der Deutschen Arbeitsfront als Sachbearbeiter im Reichsschatzamt. Nach dem ‚Anschluß' 1938 wurde er als Wachverstärkung zum SS-Wachbataillon Oranienburg einberufen. Danach tat er mit Unterbrechungen bis zum Kriegsende in mehreren Konzentrationslagern Dienst und stieg bis zum Range eines Hauptscharführers auf. Nach kurzer Kriegsgefangenschaft war er Zeitschriftenabonnentenwerber. 1960 wurde er zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Ähnlich ist der Fall 2:
2. N. N., geboren 1910 als Sohn eines Schmiedemeisters in Königsberg. Nach der Volksschule absolvierte er eine 4jährige Uhrmacherlehre, die er mit der Gehilfenprüfung abschloß. Danach war er als Uhrmachergehilfe tätig. 1932 trat er einem Motorsportverein bei und – bei dessen Auflösung – 1933 gemeinsam mit den übrigen Vereinsmitgliedern in die allgemeine SS über. 1937 ließ er sich in die NSDAP aufnehmen. 1935 siedelte er nach Rosenheim in Oberbayern über, wo er 1937 die Meisterprüfung ablegte. Danach wurde er Werkstattleiter in einem bedeutenden Uhrmachergeschäft in Düsseldorf und heiratete 1938. 1939 wurde er zu einer SS-Einheit einberufen, da er sich aber als ‚nicht kriegsverwendungsfähig' erwies, Anfang 1940 zum Wachbataillon Sachsenhausen versetzt. Nach einer Kriegsgefangenschaft bei den Amerikanern und Engländern wurde er von diesen den Russen übergeben, die ihn 1947 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilten. Nach einem Aufenthalt im Lager Workuta wurde er 1956 als ‚nichtamnestierter Kriegsverurteilter' nach Düsseldorf entlassen. 1960 wurde er zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt.
3. N. N., geboren 1906 in Hof als Sohn eines Metzgers und Gastwirts. Nach der Volksschule absolvierte er eine Tapeziererlehre und arbeitete danach als Tapezierer. Sodann war er in verschiedenen Berufen tätig und 1931 zeitweise arbeitslos. Im Sommer 1932 trat er der allgemeinen SS bei und wurde nach der ‚Machtübernahme' als SS-Hilfspolizist von der Stadtpolizei in Hof eingesetzt. Im November 1933 wurde er als Mitglied der Bewachungsmannschaft nach

[4] Vgl. Kautsky, a. a. O., S. 126ff., der mit voller Absicht keine ‚normalen' Fälle anführt, mit dem nicht ganz von der Hand zu weisenden Argument, daß es Normalität ohnehin kaum gebe, daß sie sich jedenfalls nicht definieren lasse. – Vgl. auch Eugen Kogon, Der SS-Staat, 3. Aufl. Frankf. 1948, S. 338, 343ff.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dachau versetzt und tat dann dort und in einigen anderen Lagern in verschiedenen Stellungen Dienst und rückte bis zum Obersturmführer auf. Nach Kriegsende setzte er sich in Zivilkleidern ab und arbeitete als Land- und Hilfsarbeiter in Bayern und Württemberg. Er hatte 1939 geheiratet, kehrte aber nach dem Kriege nicht mehr zu seiner Familie zurück, sondern lebte mit einer anderen Frau zusammen, die 2 uneheliche Kinder von ihm hat. Von einer dritten Frau hatte er im Jahre 1946 ein weiteres Kind. Er wurde 1961 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

4. N. N., geboren 1914 als Sohn eines Arbeiters in Ostpreußen. Nach der Volksschule war er in verschiedenen Berufen tätig und auch zeitweise Schlosserlehrling. 1932 wurde er arbeitslos und trat im Mai 1933 auf Wunsch des Vaters, der dadurch für ihn neue Arbeit erhoffte, in die allgemeine SS ein. Er bekam diese auch in einer Sperrholzfabrik, 1934 ging er für 1½ Jahre zur Reichswehr. Danach war er wieder arbeitslos. Von der SS soll ihm der Eintritt in einen Totenkopfverband nahegelegt worden sein – im März 1936 wurde er dann zu einem solchen einberufen. Nach der Ausbildung tat er zunächst Wachdienst im KL Lichtenburg, später auch in anderen, wo er verschiedene Funktionen in den Stäben bekleidete. 1944 wurde er zu einer SS-Nachrichtenabteilung ins Feld versetzt. Nach der Verwundung, Kriegsgefangenschaft und Internierung wurde er von der Spruchkammer 1948 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und danach abermals festgenommen. Er hatte 1939 geheiratet und war bis zum Oberscharführer aufgestiegen.
5. N. N., geboren 1910 als Sohn eines Arbeiters in der Nähe von Danzig. Nach der Volksschule war er eine Zeitlang Streckenarbeiter bei der Bahn, danach Bäckerlehrling. Bis 1939 blieb er als Geselle bei seinem Lehrmeister. 1936 heiratete er und trat in die allgemeine SS ein, weil er sich davon Vorteile bei der Arbeitsbeschaffung in einem städtischen Betrieb erhoffte. Darauf wurde er auch Arbeiter bei der städtischen Straßenbahn. Im Juli 1939 wurde er bei der Polizeireserve ‚hilfsdienstverpflichtet'. Nach einem kurzen Einsatz im Polenkrieg war er Wachmann in verschiedenen Lagern, vom Frühjahr 1940 an im damaligen ‚Arbeitserziehungslager' Stutthof, das 1942 in ein staatliches KL umgewandelt wurde, worauf auch er in einen Totenkopfsturmbann der Waffen-SS übernommen wurde. Er tat in mehreren Lagern in verschiedenen Funktionen Dienst und stieg bis zum Unterscharführer auf. Gegen Kriegsende wurde er im Kampf um Königsberg eingesetzt und geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Dort wurde er Ende 1949 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, im April 1950 aber vorzeitig entlassen. Von da an fristete er sein Leben als Betonarbeiter. 1955 wurde er zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt.
6. N. N., geboren 1893 als Sohn eines Eisenbahnobersekretärs im Landkreis Neustadt/Aisch als eines von 6 Kindern. Nach der Volksschule besuchte er die Präparandenschule, um Lehrer zu werden, mußte den Schulbesuch aber aus finanziellen Gründen aufgeben. Nach einer Praktikantenzeit bei Siemens-Schuckert in Nürnberg arbeitete er dort als Betriebsschlosser. Im 1. Weltkrieg

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war er Flieger und rückte bis zum Vizefeldwebel auf, wurde auch dekoriert. 1918 wurde er über Frankreich mit dem Flugzeug abgeschossen und kehrte erst 1920 aus der Gefangenschaft zurück. Nach einer Betätigung in verschiedenen Berufen plante er nochmals, Ingenieur zu werden, was aber angeblich wieder aus finanziellen Gründen gescheitert sein soll. Schließlich machte er sich als Werkzeughändler selbständig. Obwohl er ‚politisch nicht interessiert' gewesen sein will, trat er 1934 auf Anraten eines Kriegskameraden der allgemeinen SS bei, wodurch er 1937 automatisch Mitglied der NSDAP wurde. Nach Kriegsbeginn wurde er zum Wachbataillon Sachsenhausen eingezogen, wo er nach kurzer Zeit bis zum Obersturmführer aufstieg und maßgebliche Funktionen innehatte. Nach dem Kriege war er unter falschem Namen bei einer englischen Arbeitseinheit tätig, wurde aber 1952 entdeckt und 1954 zu 4 Jahren und 3 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Schließlich der Fall eines Volksdeutschen:

7. N. N., geboren als ältester Sohn eines Gastwirts in Wien. Nach der Volksschule in Franzensbad im Sudetenland besuchte er weitere 5 Jahre die Oberrealschule in Eger, wo sich seine Eltern mittlerweile niedergelassen hatten. Danach wurde er Lehrling, später Assistent bei verschiedenen Zahnärzten, um Dentist zu werden. Von 1924–25 leistete er seinen Wehrdienst in der tschechischen Armee ab und stieg bis zum Sanitätsunteroffizier auf. Von da an bis 1934 war er als Gehilfe eines Zahnarztes, später eines Dentisten tätig. 1929 hatte er geheiratet, 1934 sein Examen als Dentist abgelegt und eine eigene Praxis eröffnet. 1935 war er in die Sudetendeutsche Partei eingetreten und 1939 automatisch von der NSDAP übernommen worden, kurz danach trat er auch dem NSKK bei. Der Aufforderung eines SS-Standartenführers, sich als Standarten-Dentist zur Verfügung zu stellen, folgte er bald danach und wurde im September 1939 zur SS-Sanitätsabteilung in Freimann bei München einberufen. 1941 wurde er zur Kommandantur des KL Flossenbürg versetzt, war dort aber auch im Wachdienst und in der Schreibstube eingesetzt, schließlich sogar in der Politischen Abteilung. Nach dem Kriegsende war er 4 Jahre in Internierungshaft, die auf seine Strafe (1957) von 5½ Jahren Zuchthaus angerechnet wurden.

Soweit die Lebensläufe. Sie illustrieren die kleinen Verhältnisse, aus denen die Betreffenden stammen, den engen Horizont, die offenkundige Autoritätsgläubigkeit, wirtschaftliche Mißstände, in der Mehrzahl der Fälle einen nicht ohne weiteres verwerflichen Opportunismus und eine ganz gewöhnliche Gleichgültigkeit, kurzum, jene erschreckende Normalität, auf die Hannah Arendt vor einiger Zeit mit besonderem Nachdruck aufmerksam gemacht hat[5]. Wir sehen ferner, daß selbst bei den älteren, ideologisch stärker festgelegten Jahrgängen die Ideologie nicht immer ein vorherrschendes Motiv ihres Partei- oder SS-Beitritts gewesen ist. Wir sehen schließlich, welche Rolle Zufälle spielen können, ferner, daß die Dynamik der

[5] Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt/M., 2. Aufl. 1957, S. 664, Anm. 120; vgl. auch: Eichmann in Jerusalem, München 1964, S. 326.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ideologie und des Apparats die einzelnen Personen individuell verschieden erfaßt hat.

Zur Abrundung des Bildes seien noch einige Daten genannt: 18 Probanden steigen während ihrer Laufbahn in der SS zum Offiziersrang auf, darunter finden wir einen Obersturmbannführer, 3 Sturmbannführer, 4 Hauptsturmführer, 7 Obersturmführer und 3 Untersturmführer. 7 waren zur einen oder anderen Zeit ihrer Laufbahn Kommandanten eines Konzentrationslagers. In der Mehrzahl jedoch waren sie (bei Kriegsende) Unteroffiziere: 14 Hauptscharführer, 22 Oberscharführer, 5 Scharführer, 15 Unterscharführer und ein Rottenführer. Nur ein Sturmmann ließ sich ermitteln. Zu sagen wäre noch, daß 45 der in Frage Stehenden während des Krieges früher oder später einmal Mitglieder einer kämpfenden Einheit im Felde waren und daß nach Kriegsende 65 von ihnen kürzere oder längere Zeit in Kriegsgefangenschaft oder anderweitiger Haft gewesen sind. Nicht weniger als 26 sind entweder noch vor Kriegsende untergetaucht oder nicht entdeckt worden, oder aber sind aus der Gefangenschaft geflohen oder haben zumindest einen Fluchtversuch unternommen. Die meisten haben nach ihrem Untertauchen oder nach ihrer Entlassung aus der Gefangenschaft ihren Lebensunterhalt durch Gelegenheitsarbeiten bestritten, nur wenige übten danach wieder ihren erlernten Beruf aus, soweit sich davon reden läßt. Anzumerken ist schließlich noch, daß 11 irgendwann einmal in eine Strafsache verwickelt gewesen sind, darunter zwei wegen Bigamie. Soweit die erste Gruppe.

Bei der zweiten untersuchten Gruppe handelt es sich in der Mehrzahl nun nicht um SS-Leute im engeren Sinne dieses Begriffes, sondern meistens um Mitglieder verschiedener Gattungen der Polizei, die freilich technisch sämtlich in die SS eingegliedert waren, die man wegen ihrer ‚politischen Zuverlässigkeit' ausgewählt hatte.

Es handelt sich bei deren 130 Mitgliedern nahezu um dieselbe Generation (bei beiden Gruppen fehlt der Jahrgang 1918). 5 Mitglieder lassen sich, mit den bereits angemeldeten Vorbehalten, zur ‚Unterschicht' rechnen, 12 zur ‚Mittelschicht' (darunter ist ein Kandidat aus einer baltischen Adelsfamilie) und der Rest, also 112, zur ‚Unteren Mittelschicht' zählen. Im Ausland geboren sind 6 Kandidaten, illegitim geboren sind ebenfalls 6, Erstgeborene sind mindestens 6 und aus Familien mit mehr als 5 Kindern sind mindestens 12 der in Frage kommenden Personen. Wiederum haben alle die Volksschule besucht. 60 sind immerhin auf einer höheren Schule oder Fortbildungsschule gewesen, 11 haben jedoch diese Schule ohne Abschluß verlassen. Das akademische Studium, das 21 begonnen hatten, haben 9 davon ebenfalls aus dem einen oder anderen Grunde nicht beendet. Eine Lehre haben 75 durchlaufen, freilich haben nicht alle sie auch abgeschlossen. 74 traten erst in den Polizeidienst ein, nachdem sie sich bereits in einem erlernten Beruf betätigt hatten, 25 hatten vor dem Kriege ihren Beruf öfter als dreimal gewechselt. Diese letzte Zahl deckt sich wiederum beinahe mit der jener, die während der Depression längere oder kürzere Zeit arbeitslos gewesen sind, nämlich 22. – Was den politisch-ideologischen Werdegang der Gruppe angeht, so ist festzustellen, daß keineswegs

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

alle Mitglieder einer Gliederung der Partei beigetreten waren, bevor die Polizei geschlossen in die SS übernommen wurde. Zwei sind zwar vor 1923 beigetreten, dagegen jedoch nur einer zwischen 1923 und 1925. Die große Masse, 40 Mann, trat 1933 bei, weitere 20 folgten zwischen 1934 und 1938. Von den 11, die den Ersten Weltkrieg mitgemacht hatten, ist jedenfalls keiner vor 1933 zu einer Gliederung der Partei gestoßen. Hingegen war ein Kandidat vor 1933 Mitglied der Gewerkschaft gewesen, ein weiterer Mitglied des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold", einer schließlich zeitweise mit einer Jüdin verheiratet. Kurzum, bei aller Gleichförmigkeit in den Biographien, bedingt durch soziale Herkunft sowie wirtschaftliche und politische Zustände und Ereignisse, gibt es genug bemerkenswerte Abweichungen im einzelnen. Im ganzen aber zeigt sich, daß wir es auch bei dieser Gruppe mit einer trivialen Erscheinung zu tun haben, was keineswegs eine Verharmlosung des Tatbestandes bedeutet, sondern viel eher eine Verschärfung. An einigen Beispielen soll im folgenden wieder deutlich gemacht werden, wie wenig pathologisch, wie alltäglich in jeder Beziehung die durchschnittliche Existenz jener Leute war, die die nationalsozialistische Vernichtungsmaschinerie darstellten.

1. N. N., geboren 1900 als Sohn eines Tapezierers und Dekorateurs in Berlin als das mittlere von drei Kindern. Nach der Volksschule erlernte er das Dachdeckerhandwerk, legte jedoch keine Gesellenprüfung ab, da er zum Militär eingezogen wurde. Er nahm am Frankreichfeldzug teil, bis er im September 1918 in französische Kriegsgefangenschaft geriet, aus der er Anfang 1920 entlassen wurde. Danach arbeitete er als Packer und als Hausmeister bei einer Berliner Firma. Von seinen Ersparnissen erlernte er das Handwerk der Marmorschleiferei und machte die Fahrprüfung. Seit 1923 war er als Kraftfahrer tätig. 1933–40 war er Straßenbahnschaffner bei der BVG in Berlin; 1933 trat er – er hatte sich bis dahin nicht mit Politik „befaßt" – angeblich auf Wunsch der Direktion der BVG in die SA ein, auf Vorschlag der SA wurde er wiederum in die Partei aufgenommen. 1940 wurde er zur Wehrmacht als Kraftfahrer eingezogen und war in dieser Eigenschaft bis 1942 in Berlin tätig. Nach seiner Aussage wurde er dann, ohne einen Antrag gestellt zu haben, der Polizei zugeteilt und nach Lublin kommandiert, wo er Kraftfahrer an der Dienststelle des höheren SS- und Polizeiführers Lublin war. Wenig später wurde er nach Sobibor kommandiert, wo er eine SS-Uniform erhielt und sein Rang eines Oberwachtmeisters in den eines SS-Oberscharführers umgewandelt wurde. Er war dort Gasmeister. Nach der Auflösung des Lagers im Dezember 1943 kam er zu seiner Polizeieinheit nach Lublin zurück, wurde dann zur Ordnungspolizei nach Triest versetzt, wo er ebenfalls Kraftfahrer war. 1945 im April geriet er in Kärnten in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1946 entlassen wurde. Seit 1947 arbeitete er in Berlin als Trümmerarbeiter. 1950 wurde er zum Tode verurteilt.
2. N. N., geboren 1909 als Sohn eines Reichsbahnobersekretärs in Sorquitten/Ostpr. Er besuchte zwar die höhere Schule, verließ sie jedoch 1927 in Obersekunda. Da er aus finanziellen Gründen nicht den Beruf eines Försters ergreifen konnte, trat er 1928 in den Polizeidienst ein. Nach Absolvierung der Polizeischule

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sensberg/Ostpr. und der Wachtmeisterprüfung kam er auf eigenen Wunsch nach Tilsit zum Kommando der Schutzpolizei. 1935 wurde er als Unterfeldwebel in die Wehrmacht übernommen und tat bis 1937 im Radfahrbataillon Tilsit Dienst. Danach kam er zurück zur Schutzpolizei in Tilsit. Im September 1937 bewarb er sich um Einstellung in den Kriminaldienst, kam aber gegen seinen Willen aufgrund einer Verfügung des RSHA zur Staatspolizeistelle Tilsit. 1937 trat er in die NSDAP ein. Obwohl vom Rassereferenten für SS-untauglich befunden, trug er dennoch nach seiner Beförderung zum Kriminalassistenten die Uniform eines SS-Scharführers. Nach einem dreimonatigen Besuch der Führerschule der Sipo in Berlin-Charlottenburg kam er auf seine Bewerbung hin im Herbst 1938 zum Grenzpolizeiposten Waldheide/Ostpr. Nach Rückgliederung des Memellandes wurde er Postenführer des neuen Grenzpostens Schmalleningken. Von dort aus nahm er 1942 einige Monate an den Aktionen der Einsatzgruppe in Litauen teil. Ende 1944 wurde er dem Grenzpolizeikommissariat Kopenhagen zugewiesen. Aus britisch-dänischer Gefangenschaft, in die er nach Kriegsende geraten war, wurde er Ende 1950 entlassen. Danach begab er sich zu seiner Familie in Nordrhein-Westfalen. Nach zeitweiliger Arbeit in der Industrie in Neheim-Hüsten wurde er auf seine Bewerbung hin Sommer 1953 als Kriminalassistent auf Probe bei der Kriminalpolizei in Arnsberg angestellt und war bis zu seiner Verhaftung Anfang 1957 als Kriminalsekretär tätig. Er erhielt 4 Jahre Zuchthaus.

3. N. N., geboren 1907 als Sohn eines Straßenbahnschaffners in Frankfurt/M. Nach der Volksschule besuchte er das Gymnasium und legte 1925 das Abitur ab. Danach studierte er Philologie bis 1930, schloß jedoch das Studium nicht ab; die Sportlehrerprüfung hatte er 1927 abgelegt. Mitte 1933 war er in die NSDAP und gleichzeitig in die allgemeine SS eingetreten. Nach der Aufgabe des Studiums war er eine Zeitlang als Werbeleiter des Luftschutzes Angestellter des Landesarbeitsamtes Frankfurt. 1936 nahm er sein Studium wieder auf und versuchte, ein Examen in Geographie, Geschichte und Pädagogik abzulegen, was jedoch mißlang. Nach Kriegsbeginn meldete er sich freiwillig zur Waffen-SS. Nach der Einberufung nach Krakau und der Grundausbildung wurde er als Ausbilder zu einer Einheit der Waffen-SS des SS- und Polizeiführers Lublin versetzt, wo er bis zum November 1941 war. Dann wurde er zur Wachmannschaft von Treblinka abgeordnet, der er bis Oktober 1943 angehörte. Danach kehrte er zu seiner Waffen-SS-Einheit zurück. Bei Kriegsende geriet er im Sudetenland in sowjetische Kriegsgefangenschaft, aus der er jedoch nach wenigen Tagen flüchtete. Zunächst arbeitete er als Knecht bei einem Bauern, anschließend bis etwa 1950 in einem Steinbruch. Von 1950 bis Herbst 1951 war er als Reisender für eine Seifenfabrik tätig. Im Frühjahr 1952 legte er die Mittelschullehrerprüfung ab und war seither bis Ende 1960 Lehrer an verschiedenen Schulen. Seither lebt er im Ruhestand.

4. N. N., geboren 1895 als Sohn eines Speditionskutschers. Nach dem Besuch der Volks- und Mittelschule ging er bei einem Werkzeugmacher in die Lehre.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1921 legte er die Gesellenprüfung ab. Von 1913 bis 1919 war er Soldat im Telegraphenbataillon Nr. 2, wurde zweimal leicht verwundet und stieg bis zum Unteroffizier auf. 1919 heiratete er. Bis 1924 war er als Schlosser und Werkzeugmacher in Dessau tätig und trat dann in die Schutzpolizei ein. 1933 trat er der NSDAP bei und wurde 1935 Hauptwachtmeister. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei wurde er nach Brüx im Sudetenland versetzt, wo er zunächst Revierdienst versah, dann als Ausbilder für Polizeireservisten eingesetzt wurde. – Im Sommer 1941 wurde er dann zum Polizeibataillon Łódź abkommandiert und um Weihnachten zum Sonderkommando von Kulmhof beordert, wo er zum Polizeimeister befördert wurde. In Kulmhof blieb er bis zum Herbst 1942 und kehrte dann zum Bataillon Łódź zurück. Dort war er wiederum als Ausbilder, dann aber zur Bewachung des dortigen Ghettos eingesetzt. 1945 wurde er auf dem Rückzug nach Westen verwundet und blieb bis zum Spätsommer 1945 in Dessau in Lazarettbehandlung. Danach war er als Handwerker bei den Buna-Werken tätig. 1949 flüchtete er in die Bundesrepublik. Seit 1953 bezog er die Pension eines Polizeimeisters.

5. N. N., geboren 1920 als Sohn eines Steinmetzen in Offenbach. Nach Besuch der Volksschule ging er in eine Lehre als Lederzuschneider, gleichzeitig in die Berufsschule. 1939 wurde er zur Arbeit am Westwall dienstverpflichtet. Dort meldete er sich freiwillig zur Polizei und wurde im Mai 1940 zu einem Polizeiausbildungsbataillon einberufen. Nach einigen Monaten Grundausbildung wurde er mit seiner Kompanie zu einer Radfahrerersatzschwadron nach Katscher in Oberschlesien verlegt, wo die Ausbildung fortgesetzt wurde. Im Sommer 1941 wurde er mit dieser Abteilung zum Polizeibataillon nach Łódź versetzt, wo die Ausbildung abgeschlossen wurde. – Im Frühjahr 1942 wurde er zum Sonderkommando nach Kulmhof abkommandiert und gehörte diesem bis zum Herbst an. Danach wurde er wieder nach Łódź zurückversetzt. Nach kürzerem Aufenthalt 1943 bei einer Polizeidivision in Holland erhielt er nochmals in Sachsen eine Ausbildung an Nebelgeräten. Ende 1943 wurde er dem Wachkommando Obersalzberg zugeteilt, dem er bis zum Kriegsende angehörte. Nach amerikanischer Kriegsgefangenschaft arbeitete er bei Verwandten in einer Gastwirtschaft und pachtete 1955 eine eigene. 1943 hatte er geheiratet.

Soweit wiederum die einzelnen Lebensläufe. Die der Beamten unter ihnen sind die alltäglichsten Laufbahnen, die man sich vorstellen kann. Ohne zynisch sein zu wollen, ließe sich behaupten, daß in der Mehrzahl der Fälle es das alleinige Unglück der Betreffenden gewesen ist, zu einem Einsatzkommando oder zur Mannschaft eines Vernichtungslagers abkommandiert worden zu sein. Zur Ergänzung des Bildes seien auch hier noch einige Daten nachgetragen: Zwischen 1939 und 1945 waren 38 der in Frage Stehenden zeitweise im Felde, 79 waren danach in Kriegsgefangenschaft oder Haft. 23 sind entweder nach Kriegsende untergetaucht oder sind nicht entdeckt worden, sind aus der Haft geflohen oder haben zumindest einen Fluchtversuch unternommen. Schließlich waren noch 24 von ihnen nach dem Kriege kürzere oder längere Zeit als Polizeibeamte tätig, eine Tatsache, die die aufgestellte

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

These zu bestätigen scheint. Zufall dagegen dürfte es sein, daß fast die gleiche Anzahl, nämlich 28, während der NS-Zeit Mitglieder des SD gewesen sind (mindestens 11 waren Mitglieder der Gestapo).

Vergleichen wir nun beide Gruppen miteinander, so stellen wir fest, daß aus dem vorliegenden Material keine merklichen sozialen Unterschiede ersichtlich sind, höchstens, daß für die Nachkriegsperiode ein gesellschaftliches Absinken (falls sich überhaupt davon sprechen läßt) bei der zweiten seltener zu sein scheint. Es sind offenbar die Gemeinsamkeiten beider Gruppen vorherrschend, trotz gewisser Unterschiede in ihrem politisch-ideologischen Werdegang, die man darin sehen könnte, daß in der zweiten Gruppe mehr Individuen einfach nur in den Sog der Ideologie und der Dynamik des Apparats geraten sind.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HELMUT WITETSCHEK

DER GEFÄLSCHTE UND DER ECHTE MÖLDERS-BRIEF

Seit Januar 1942 wurde ein Brief verbreitet, den angeblich Oberst Werner Mölders, der erfolgreichste deutsche Jagdflieger und erste Träger der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnungen, kurz vor seinem Unfalltod am 22. November 1941 an den katholischen Propst Johst von Stettin geschrieben haben sollte[1]. Der Brief enthält ein klares Bekenntnis Mölders' zur katholischen Kirche. Da Mölders, der aus der katholischen Jugendbewegung kam, als praktizierender Katholik bekannt war, zweifelten weite Kreise der Bevölkerung nicht an der Echtheit des Briefes. Vor allem die kirchlich gebundenen Bevölkerungsgruppen beider Konfessionen schrieben den Brief ab, vervielfältigten und verbreiteten ihn. Viele Geistliche beider christlichen Bekenntnisse in ganz Deutschland haben den Brief von der Kanzel aus beim Gottesdienst verlesen[2]. Die Staatspolizeistelle Nürnberg-Fürth ermittelte beispielsweise im April 1942 allein in ihrem Bereich elf katholische und sieben evangelische Geistliche und neunzehn katholische und sieben evangelische Laien, die den Brief weiterverbreiteten oder beim Gottesdienst verlasen[3]. Das Landratsamt Aichach (Oberbayern) erfaßte zwei Geistliche, die den Brief nach der Verlesung von der Kanzel an die Kirchentüren hefteten[4].

Die Gestapo, die die Frage nach der Echtheit des Briefes untersuchte, veranlaßte die Mutter von Werner Mölders zu der Stellungnahme, daß der Brief nicht im Stil ihres Sohnes verfaßt sei und deshalb nicht aus seiner Feder komme[5]. Der amtierende Propst von Stettin, Ernst Daniel, der viele Anfragen von der Gestapo und der Militärbehörde beantworten mußte, ließ am Sonntag, den 8. Februar 1942, in der Propsteikirche St. Johannes Baptist in Stettin eine Kanzelverkündigung verlesen, in der er deutlich machte, 1. daß es einen Propst Johst in Stettin nie gegeben habe, 2. daß er (Daniel) Mölders nicht persönlich gekannt, nie einen Brief von ihm erhalten und nie ein Schreiben an ihn gerichtet habe[6]. Der katholische Feldbischof, Franz Justus Rarkowski, ließ eine Bekanntmachung in das Verordnungsblatt des katholischen Feldbischofs aufnehmen, in der die Wehrmachtsgeistlichen darauf hin-

[1] Vgl. unten den Wortlaut des gefälschten Briefes.

[2] H. Boberach, Meldungen aus dem Reich, Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944, Neuwied und Berlin 1965, S. 233.

[3] Vgl. H. Witetschek, Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, II: Regierungsbezirk Ober- und Mittelfranken (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern. Hrsg. von K. Repgen, Reihe A: Quellen, Band 8), Mainz 1967, S. 408f., 411f., 414.

[4] H. Witetschek, Die kirchliche Lage in Bayern . . ., a. a. O., I: Regierungsbezirk Oberbayern, Mainz 1966, S. 337f. und 341.

[5] Vgl. Lagebericht des Sicherheitsdienstes der SS, 12. März 1942, in: H. Boberach, a. a. O., S. 233.

[6] Freundliche Mitteilung von Erzpriester Ernst Daniel, dem ehemaligen Propst von Stettin, 12. April 1967. Für die freundliche Vermittlung dieser Mitteilung habe ich H. H. Prälaten W. Adolph und H. H. Msgr. E. Klausener zu danken.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gewiesen wurden, daß, wie einwandfreie Feststellungen ergeben hätten, der Brief eine grobe Fälschung darstelle[7].

Die Gestapo schritt gegen die Verbreitung des Briefes energisch ein. Einige Geistliche wurden verhaftet, Geistliche und Laien staatspolizeilich verwarnt, Schreibmaschinen und Vervielfältigungsgeräte beschlagnahmt. Die Geistlichen und Religionslehrer, die den Brief in der Kirche oder im Religionsunterricht verlesen hatten, mußten auf Anordnung der Gestapo einen im Wortlaut festgelegten Widerruf über die Fälschung des Briefes verlesen[8]. Behörden und Presse bemühten sich um Verbreitung des Widerrufs. Die Gestapo sah in der Fälschung ein geschicktes Propagandamittel der katholischen Kirche, die mit dem Brief ein hervorragendes und allgemein beliebtes Soldatenidol herausstellen wollte, um gegenüber der neuheidnischen Propaganda des Regimes aufzuzeigen, daß die größten Helden stets auch gute Katholiken gewesen seien, daß sich also Heldentum und Christentum durchaus vereinen ließen[9].

Aber gerade der Eifer, mit dem die Polizei- und Verwaltungsbehörden den Brief als Fälschung darstellten, machte weite Kreise der Bevölkerung skeptisch gegen die Untersuchungsergebnisse der Gestapo, zumal dem Brief zahlreiche Gerüchte vorausgegangen waren, die durch den Brief bestätigt schienen. Nach diesen kursierenden Gerüchten habe Mölders aus Protest gegen kirchenfeindliche Maßnahmen des Regimes keine Feindflüge mehr durchgeführt; er sei nicht durch einen Unfall, sondern durch eine Aktion der SS getötet worden, weil er als Katholik der NS-Führung im Wege gewesen sei; er habe den Bischof von Münster, Clemens August Graf Galen, aus dem Konzentrationslager geholt; Hitler habe ihn bei einem Empfang wegen seiner konfessionellen Haltung nicht beachtet, so daß er aus überkommener Schwermütigkeit Selbstmord begangen habe[10]. Diese Gerüchte, die kennzeichnend für jedes totalitäre Regime sind, unter dem sich die Bevölkerung an alle Informationen neben der gesteuerten Unterrichtung durch die gleichgeschaltete Presse klammert, trübten den Blick weiter Kreise der Bevölkerung auch in der Frage des Mölders-Briefes.

In der wissenschaftlichen Literatur konnte die Verfasserfrage des Briefes bisher nicht endgültig geklärt werden. Zwar hielten die meisten Autoren die Beweis-

---

[7] Vgl. Verordnungsblatt des katholischen Feldbischofs der Wehrmacht vom 8. Februar 1942; abgedruckt in: Der Spiegel, Jg. 1965, Nr. 13 vom 24. 3. 65, S. 54.

[8] Vgl. H. Witetschek, a. a. O., II, S. 412.

[9] Vgl. H. Boberach, a. a. O., S. 233.

[10] Diese Gerüchte wurden zum größten Teil bereits richtiggestellt. Über den tragischen Unfalltod Mölders vgl. J. Thorwald, Die ungeklärten Fälle, Stuttgart [2]1954, S. 109ff. Über die Beziehungen, die Mölders mit dem Bischof von Münster, Clemens August Graf Galen, der nicht in ein Konzentrationslager gebracht wurde, anzuknüpfen suchte, über seine Sympathiekundgebung für ihn nach dessen berühmten Predigten vom 13. und 20. Juli und 3. August 1941, die die kirchenfeindlichen Maßnahmen und die Euthanasieaktionen des Regimes zum Gegenstand hatten, vgl. H. Portmann, Kardinal von Galen, Ein Gottesmann seiner Zeit, Münster 1962, S. 187f.; H. Portmann, Dokumente um den Bischof von Münster, Münster 1948, S, 63ff.; J. Thorwald, a. a. O., S. 111ff.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

führung der Gestapo, daß der Brief gefälscht sei, für gesichert. Doch die Ermittlungen der Gestapo erstreckten sich lediglich auf den bereits erwähnten Stettiner Propst Ernst Daniel, nicht aber auf dessen Vorgänger, Propst Joseph Juzek, der wegen Schwierigkeiten, die ihm die Gestapo 1940/41 machte, vorübergehend aus der Seelsorge ausschied. Da mit den Aktenbeständen der Registratur des Berliner Ordinariats auch die Personalakten der beiden Pröpste durch Kriegseinwirkungen vernichtet wurden, konnte Propst Juzek nicht mit Sicherheit aus den Erwägungen um den möglichen echten Adressaten ausgeklammert werden. Die Verfasserfrage wurde erst durch die Autobiographie von Sefton Delmer[11] geklärt, der den Mölders-Brief als eine Fälschung des englischen Geheimdienstes auswies. Neue Aktenstücke ermöglichen es nun, die Entstehungsgeschichte des Mölders-Briefes genauer zu rekonstruieren[12].

Werner Mölders, geboren 1913 in Gelsenkirchen, stand mit Pfarrer Erich Klawitter, dem Direktor des katholischen Jugendseelsorgeamtes in Berlin, in brieflicher Verbindung. Die Bekanntschaft reichte in die Schulzeit von Mölders in Brandenburg a. d. Havel zurück, wo Kaplan Klawitter von 1926–1930 Religionslehrer Mölders' und seines Freundes, des späteren Priesters Heribert Rosal, war. Die beiden Schulfreunde gehörten der Neudeutschland-Gruppe in Brandenburg an, die Mölders längere Zeit führte und die von Klawitter seelsorgerlich betreut wurde. Auf Wunsch von Mölders nahm Direktor Erich Klawitter im Sommer 1941 auch die kirchliche Trauung des hohen Fliegeroffiziers vor.

In seiner Eigenschaft als Direktor des Katholischen Jugendseelsorgeamtes Berlin kam Klawitter kurz nach dem tragischen Unfalltod von Mölders vom 22. November 1941 zum katholischen Jugendtag für Jugendliche im Alter von 16–25 Jahren nach Stettin, wo er einen Brief des verunglückten Jagdfliegers vom 6. Oktober 1940 vorlas[13]. In diesem Brief bezieht sich Mölders offensichtlich auf die Arbeit in der Neudeutschland-Gruppe und seine Schulzeit in Brandenburg, wo die Grundlagen seiner katholischen Haltung gelegt wurden. Mit dem vorgetragenen Brief in Stettin wollte Klawitter seinen jungen Zuhörern sicherlich den Wert eines christlichen Fundamentes in der allgemein vom Tode gekennzeichneten Kriegszeit aufzeigen.

Von einem in englische Kriegsgefangenschaft geratenen deutschen Fliegeroffizier erfuhr der englische Geheimdienst nähere Einzelheiten über die katholische Haltung Mölders', die vor allem unter den Fliegeroffizieren bekannt war, und von den vielen kursierenden Gerüchten um dessen Tod. Die Beamten des Secret Service glaubten dem Gerücht, daß Mölders von der deutschen Flak in der Nähe von

[11] Vgl. S. Delmer, Die Deutschen und ich, Hamburg 1962, S. 547ff.

[12] Für die Überlassung der Fotokopien (jetzt im Archiv der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern) einer notariell beglaubigten Abschrift des echten Mölders-Briefes an Pfarrer Erich Klawitter, des gefälschten Mölders-Briefes und der Stellungnahme des ehemaligen Propstes Ernst Daniel schulde ich H. H. Prälaten W. Adolph und Ordinariatsrat Msgr. E. Klausener Dank.

[13] Freundliche Mitteilung des ehemaligen Propstes von Stettin, Ernst Daniel, 12. April 1967; vgl. dazu unten den echten Brief im Wortlaut.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Breslau abgeschossen worden sei. Zwar nahmen auch sie einen tragischen Zufall an, wollten es aber nach den Informationen des gefangenen deutschen Fliegeroffiziers nicht bei dieser Version belassen, sondern waren vielmehr bemüht, die Erregung in der deutschen Bevölkerung zu steigern. Über den Sender „Gustav Siegfried Eins", einer der sogenannten schwarzen Sender des englischen Geheimdienstes, wurde Heinrich Himmler beschuldigt, Mölders, das „leuchtende Vorbild deutscher Männlichkeit, feige ermordet zu haben". Sefton Delmer veranlaßte die Abfassung eines angeblich von Mölders verfaßten Briefes, der ein klares Bekenntnis zur katholischen Kirche enthielt, das in den Augen des NS-Regimes mit Defätismus gleichgesetzt wurde. Daß als Adressat der Propst von Stettin gewählt wurde, war nach dem Besuch Klawitters mit dem echten Mölders-Brief in Stettin kein Zufall[14]. Die Wahl des Adressaten „Johst" war zugleich ein geschickter bzw. schalkhafter Zug des englischen Geheimdienstes. Da es keinen Propst von Stettin gleichen Namens gab, konnte keiner ernsthaft zur Rechenschaft gezogen werden, vielmehr hätten die Ermittlungen der Gestapo auf die Verwandtenkreise des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer Hanns Johst gelenkt werden können[15].

Dieser gefälschte Mölders-Brief mußte, wenn er die Erregung der deutschen Bevölkerung schüren sollte, unverzüglich in Deutschland zur Verteilung gebracht werden, ehe der unglückliche Todesfall Mölders' seine Aktualität verlor. Da die Verteilung des Briefes durch die Agenten der SOE (Special Operations Executive) zuviel Zeit in Anspruch genommen hätte, entschloß sich der Geheimdienst, den Brief durch die Royal Air Force abwerfen zu lassen. Um den Abwurf aus der Luft glaubhaft zu machen, fügte Sefton Delmer eine kurze Einleitung eines anonymen Luftwaffenoffiziers hinzu[16] und ließ den ganzen Text auf gefälschtes Funkerpapier der deutschen Luftwaffe abziehen. Damit wurde bei den Findern des gefälschten Mölders-Briefes der Eindruck erweckt, ein deutscher Nachtjäger habe den Brief abgeworfen[17].

Der mit einer persönlichen Note abgefaßte und an Informationen zurückhaltende Brief, den die Zeitgenossen dem Oberst Mölders zugetraut haben, macht den durchschlagenden Erfolg verständlich, den der englische Geheimdienst mit diesem Brief erzielte. Denn neue Versionen über Mölders, die Gestapoaktionen und die NS-Politik wurden verbreitet und die noch verbliebene Glaubwürdigkeit der NS-Berichterstattung bei weiten Bevölkerungsschichten erschüttert. Die Gestapo konnte wohl die Verbreitung der Briefe verbieten, jedoch das steigende Mißtrauen gegenüber dem Regime nicht verhindern. Obwohl Propst Ernst Daniel der Gestapo bei seiner Vernehmung berichtete, daß der echte Mölders-Brief an Direktor Klawitter

---

[14] S. Delmer gibt zwar nicht ausdrücklich an, daß der gefangene deutsche Fliegeroffizier über den echten Mölders-Brief aussagte, aber der Hauptinhalt des gefälschten Briefes, der wie der echte ein Bekenntnis zur katholischen Kirche enthält, und die Wahl von Stettin als Bestimmungsort legen diese Vermutungen nahe, vgl. S. Delmer, a. a. O., S. 548.

[15] Vgl. Münchener Jahrbuch 1941, S. 24.

[16] Dieser einleitende Zusatz fehlt bei den von deutschen Kreisen verbreiteten Exemplaren.

[17] Vgl. S. Delmer, a. a. O., S. 548f.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerichtet gewesen war, der ihn in Stettin vor Jugendlichen vorgelesen hatte, und ihr eine beglaubigte Abschrift des echten Briefes vorlegte[18], wurde diese Tatsache nicht in die Gestapo-Berichte aufgenommen und blieb deshalb der wissenschaftlichen Forschung bisher unbekannt.

Die Geschichte des Mölders-Briefes erweist sich also als ein typisches Beispiel für die Verhaltensweise einer über Jahre hinaus von einem totalitären Regime gesteuerten Gesellschaft, die solchen Quellen mehr Glaubwürdigkeit beimißt, die sich der offiziellen gleichgeschalteten Informations- und Kontrollmittel entziehen. Diese Erkenntnis machte sich die Abteilung für psychologische Kriegführung im Secret Service zunutze.

Der gefälschte und verbreitete Mölders-Brief an den Propst Johst in Stettin im Wortlaut, ohne Datum[19]:

Mein lieber Herr Propst!

Zu den schönsten Stunden an der Front gehören die Stunden, in denen ich Ihre lieben Briefe lesen kann. Seien Sie nicht böse, väterlicher Freund, wenn ich Ihnen nicht immer gleich antworten kann, aber die Zeit fehlt.

Über meine Arbeit habe ich Ihnen schon im vorigen Briefe ausführlich berichtet, aber sie ist immer noch die gleiche. Inzwischen sind wieder viele meiner Kameraden gefallen. Aber die Angst vor dem Tode haben wir verlernt, denn was ist der Tod anderes als eine kurze Trennung, dann ein besseres Wiedersehen im Jenseits. Viele der sogenannten „Lebensbejahenden", die uns noch zu Anfang der großen Schlachten verlachten und verspotteten, holen sich jetzt bei „lebensverneinenden Katholiken" Mut und Kraft. Sie beneiden uns, daß wir über dies irdische Leben leichter hinwegkommen als sie, an dem die Anderen mit allen Fasern ihres Herzens hängen, sie haben den Spott und Hohn im Angesicht unserer seelischen Stärke, die wir allein unserem Glauben verdanken, verlernt. Viele sind bekehrt und setzen das Ideal jetzt höher als alle irdischen Schätze und Verlockungen. Und ich glaube, daß hierin ein tiefer Sinn des Krieges liegt. Es ist an der Zeit, daß die Menschen wieder glauben lernen, wieder beten lernen. Ich freue mich, Ihnen sagen zu können, daß durch unser katholisches Beispiel viele besser und glücklicher geworden sind. Ihr Spott verwandelt sich in Achtung, in Liebe. Für sie ist es nicht so leicht wie für uns, aber es gibt nichts Schöneres, als wenn ein Mensch sich durch allen Schlamm sich durchgerungen hat zum Erkennen, zum Licht, zum wahren Glauben.

Um mich brauchen Sie keine Sorge zu haben. Wenn ich eines Tages mein Leben für die Freiheit unserer Nation hingeben muß, die Gewißheit kann ich Ihnen geben, ich falle im alten Glauben, gestärkt durch die Sakramente der Kirche. Wenn auf dem letzten Gang mein Priester auch nicht mehr dabei sein kann, so

[18] Freundliche Mitteilung von Erzpriester Ernst Daniel, 12. April 1967.

[19] Das häufige Abschreiben des gefälschten Briefes führte zu Schreibfehlern und kleinen Wortumstellungen. Vgl. den abgedruckten Brief bei H. Witetschek, a. a. O., II, S. 408f.; Der Spiegel, Jg. 1965, Nr. 13 vom 24. 3. 65, S. 54.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verlasse ich diese Erde im Bewußtsein, in Gott einen gnädigen Richter zu finden. Noch aber habe ich die feste Hoffnung, daß sich alles zum Guten wenden wird.

Schreiben Sie mir bald wieder und gedenken Sie im Gebet

Ihres

gez.: Werner Mölders

Der echte Mölders-Brief an Pfarrer Erich Klawitter, Direktor des Katholischen Jugendamtes in Berlin:

im Felde, den 6. 10. 40

Lieber Herr Direktor!

Ganz besonders habe ich mich über Ihre Glückwünsche gefreut[20]. Ich habe sooft an gemeinsame Zeiten gedacht, in denen Sie mit so großem Verständnis in meine Jugendseele wahres ungekünsteltes Christentum legten. Ich habe Gott oft dafür gedankt und weiß, daß ich heute unter seiner Fügung wirke. Von Heribert Rosal[21] bin ich laufend über Ihre Arbeit unterrichtet gewesen und hoffe doch noch bald mal meinen Wunsch, Sie aufzusuchen, wahrmachen zu können. Ich könnte Ihnen dann viel aus meinem Leben erzählen. Ein schnelles erfolgreiches Soldatenleben, welches mir mit dem Feldzug in Spanien[22], Aufenthalt in Rom und Athen auch Gelegenheit gegeben hat, mich in der Welt umzusehen. Ich habe viel Freude erlebt, wenn ich auch die andere Seite kenne. Ich glaube, ich kann Ihnen heute noch sagen, daß ich der bin, als den Sie mich kennen. Ich werde weiter meine Pflicht tun und danke Ihnen herzlich für Ihr Gebet beim hl. Opfer, auf welches ich fest vertraue.

Ihr dankbarer

Werner Mölders

---

[20] Pfarrer Erich Klawitter beglückwünschte Mölders offensichtlich zu der Verleihung des Eichenlaubs zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes anläßlich seines 40. Luftsieges. Hitler kündigte diese Verleihung durch ein Telegramm vom 21. September 1940 an und empfing Major Mölders am 22. September in der Reichskanzlei in Berlin, wo er ihm die Auszeichnung überreichte. Vgl. M. Domarus, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, II. Band: Untergang 1939–1945, Würzburg 1963, S. 1587f.

[21] Erzpriester Heribert Rosal machte mit Mölders zur gleichen Zeit in Brandenburg das Abitur. Rosal hatte Mölders zum letzten Mal ein halbes Jahr vor dem tragischen Unglückstod in dessen Berliner Wohnung gesprochen (Freundliche Mitteilung von Msgr. E. Klausener).

[22] Werner Mölders gehörte im spanischen Bürgerkrieg der Legion Condor als Jagdflieger an.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DIE MISSION DES GRAFEN MIRBACH IN MOSKAU APRIL–JUNI 1918

In dieser Zeitschrift sind bereits zwei Dokumentationen zur deutschen Ostpolitik des Jahres 1918 erschienen, von denen die erste[1] einige Aufschlüsse über das Zustandekommen des Berliner Ergänzungsvertrages zum Frieden von Brest-Litowsk (besonders über den Anteil Stresemanns an den Verhandlungen) gewährte, die andere[2] die an Ort und Stelle (in Petersburg) gewonnenen Eindrücke eines Vertreters des deutschen Admiralstabs über das eben zur Macht gelangte bolschewistische Regime vermittelte.

Die vorliegende Dokumentation ist eine Ergänzung zur zweitgenannten. Es handelt sich um die Berichte des ersten deutschen diplomatischen Vertreters bei der sowjetrussischen Regierung in Moskau, des Grafen Mirbach[3], an den Reichskanzler von Ende April bis Ende Juni, d.h. vom Beginn seiner Gesandtschaftszeit bis zu seiner Ermordung.

Ein Vergleich der Berichte Mirbachs mit denen Keyserlingks läßt sogleich einen wesentlichen und kennzeichnenden Unterschied deutlich werden. Während Keyserlingks Reaktion auf das neuartige Phänomen des Bolschewismus von Anfang an scharf und leidenschaftlich ablehnend war – eindringlich warnte er Reichs- und Heeresleitung vor den „russischen Welt-Vergewaltigern"[4], dem verderbenbringenden Bolschewismus, dessen Brandfackel „durch Umstellung des Landes zum Verglimmen" gebracht werden müsse[5] –, war Mirbach anscheinend ein leidenschaftsloser Beobachter, der sich zunächst genau an seine Instruktion – Stützen der Bolschewiki, weil sie die einzige russische Partei seien, die dem Brester Vertrag zugestimmt habe – zu halten versuchte[6].

Über die Bedeutung des Bolschewismus herrschte in den führenden Kreisen des damaligen Deutschland keineswegs Einmütigkeit und Klarheit. Die Berichte Keyserlingks ließen zwar an Deutlichkeit in der Beurteilung des Phänomens nichts zu wünschen übrig[7], sie führten aber bei OHL und Reichsleitung keine einheitliche

[1] Hans W. Gatzke [Hrsg.], Zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918, in dieser Zeitschrift 3 (1955), S. 67–98.

[2] Winfried Baumgart [Hrsg.], Die militärpolitischen Berichte des Freiherrn von Keyserlingk aus Petersburg Januar–Februar 1918, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 87–104.

[3] Wilhelm Graf von Mirbach-Harff (1871–6. 7. 1918) wurde 1908 Botschaftsrat in Petersburg, 1911 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt; von Februar 1915 bis Dezember 1916 war er Geschäftsträger (Gesandter in außerordentlicher Mission) in Athen, anschließend bis Ende Oktober 1917 beim Stab der Militärverwaltung Rumänien in Bukarest Bearbeiter für politische Fragen. Am 2. April 1918 wurde er zum Diplomatischen Vertreter (Gesandter) in Rußland ernannt. – Über seine Mission vgl. Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918, Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Weltkrieges, Wien und München 1966, S. 208–233.

[4] Bericht vom 9. Februar 1918 (S. 101; vgl. Anm. 2).

[5] Bericht vom 28. Januar 1918 (S. 97; vgl. Anm. 2).

[6] Vgl. unten S. 71 und Anm. 25.

[7] In den gleichen Tagen, als Hertling Keyserlingks Berichte aus Petersburg erhielt, wurde

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ostpolitische Auffassung herbei; beide zogen aus ihnen vielmehr einander entgegengesetzte Schlußfolgerungen[8]. Mirbachs Aufgabe während seiner Moskauer Mission war es, weitere Informationen über den Bolschewismus in der Praxis zu sammeln, sich ein Bild von dem zu verschaffen, was er in Wahrheit bedeute[9].

Über die Frage, ob Mirbach die Voraussetzungen zur Lösung dieser allein schon schwierigen Aufgabe mit sich brachte, herrschte in der damaligen deutschen Öffentlichkeit keine Übereinstimmung. Die Akten des Auswärtigen Amtes erlauben leider nicht, die genauen Umstände seiner Ernennung für den diplomatischen Posten in Moskau festzustellen. Sie wären eventuell aus den Personalakten zu entnehmen, die der Forschung nicht zugänglich sind. Seiner vorgesetzten Behörde durfte Mirbach jedenfalls als geeigneter Kandidat erscheinen. Von 1908 bis 1911 war er in Petersburg Botschaftsrat bei Pourtalès gewesen[10]; er hatte aber auch schon Erfahrungen im Umgang mit Bolschewisten gesammelt, denn von Ende Dezember 1917 bis zum 10. Februar 1918 hatte er die Kommission für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Verkehrs, den Austausch der Zivilinternierten usw. in Petersburg geleitet – die gleiche Kommission, der übrigens auch Keyserlingk angehört hatte[11].

Die deutsche Presse stand der Ernennung des Grafen zum Gesandten in Moskau z.T. recht kritisch gegenüber. Ein Artikel, der in der zweiten Aprilwoche in der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung unter dem Titel „Der Bügelfaltendiplomat in Moskau" erschien[12], verursachte in der deutschen Presse wegen seiner Schärfe starke Beschäftigung mit dem Vorgang[13]. Diese Reaktion kann als Beweis dafür gelten, daß man dem Fall allerseits prinzipielle Bedeutung beimaß. Der ge-

---

ihm vom Freiherrn von Würtzburg eine Denkschrift über die Gefahren des Bolschewismus zugesandt. Sie enthielt eine indirekte Aufforderung an Hertling, die Fehler seiner Vorgänger wiedergutzumachen: Diese hätten sich zu sehr auf das Soldatenglück verlassen, die „psychologische Vertiefung in die großen Probleme" versäumt und seien dann wiederholt wegen Mangel an Klarheit nicht rechtzeitig zum Entschluß gekommen. (Brief Würtzburg an Hertling, Aschau bei Prien 14. Februar 1918, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Hertling, Nr. 40.)

[8] Das kam am 13. Februar beim Homburger Kronrat klar und folgenschwer zum Ausdruck. Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 23ff., 370ff.

[9] Vgl. Wipert von Blücher, Deutschlands Weg nach Rapallo, Erinnerungen eines Mannes aus dem zweiten Gliede, Wiesbaden (1951), S. 14–15.

[10] Vgl. Anm. 3.

[11] Angesichts dieser Tatsachen erscheint das Urteil Hilgers (1918 Mitglied der Deutschen Hauptkommission für Kriegs- und Zivilgefangene in Moskau) doch etwas überspitzt: „Ihnen [den bolschewistischen Führern] gegenüber stand auf deutscher Seite ein Gesandter, der bei all seinen wertvollen Eigenschaften doch nur über eine Routinebegabung verfügte. Darüber hinaus brachte er wenig mit, was ihn zur Bewältigung der schwierigen Moskauer Aufgabe befähigte. Er kannte weder das Land genügend, noch war er hinreichend vertraut mit den Problemen, die die bolschewistische Revolution in Rußland herbeigeführt hatten." (Gustav Hilger, Wir und der Kreml, Deutsch-sowjetische Beziehungen 1914–1941, Erinnerungen eines deutschen Diplomaten, Frankfurt, Berlin 1956, S. 11–12.)

[12] Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung Nr. 15 (1918), S. 289.

[13] Vgl. Europäische Staats- und Wirtschaftszeitung Nr. 17 (1918), S. 324: „Nochmals Deutschlands Vertreter in Rußland".

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nannte Artikel hatte den Grafen kurzum als ungeeignete Person für den Moskauer Posten bezeichnet. Dieser „Aristokrat der alten Schule", hieß es, sei weder in der Lage, Menschen und Verhältnisse (in Rußland) richtig zu beurteilen, noch anerzogene Vorurteile den „zum großen Teil semitischen Führern der Bolschewiki" gegenüber zu überwinden. In der Wahl des Grafen wurde geradezu eine Herausforderung an die Bolschewiki gesehen, die den „Sieger in den Augen der durchaus nicht übermäßig taktvollen Revolutionäre lächerlich" mache. Dem Auswärtigen Amt wurde wegen der Ernennung dieses „Rokoko-Grafen" Verantwortungslosigkeit vorgeworfen. Man forderte, Deutschland dürfe sich in Moskau nicht im „alten Stile" vertreten lassen[14]. Ein positiver Vorschlag, wie denn Repräsentation im „neuen Stile" auszusehen habe, wurde in dem Artikel allerdings nicht gemacht.

Einen gewissen Einblick in die Gründe, warum das Auswärtige Amt den Grafen Mirbach an der Spitze der deutschen Gesandtschaft nach Rußland schickte, gewährt eine Unterredung zwischen Scheidemann und Riezler vom April 1918. Scheidemann als Sozialdemokrat war natürlich auch skeptisch über die Wahl eines so „feudalen Herrn". Riezler hielt ihm entgegen: Mirbach sei geschickt, und gegenüber Radek „und Genossen" sei es verständig, jemanden zu wählen, der bei den Verhandlungen nicht alles gleich hinwerfe, der weiter verhandle, aber doch immer Distanz halten könne. Das alles verstehe Mirbach ausgezeichnet[15].

War dieses Urteil des ersten für Mirbach ausersehenen Mitarbeiters vielleicht apologetisch und ad hominem gesprochen, so lautete dasjenige eines anderen Gesandtschaftsmitgliedes doch etwas reservierter. Major Bothmer, Vertreter der OHL für Verkehrs- und Kriegsgefangenenfragen in Moskau, brachte als Offizier von vornherein Mißtrauen gegenüber dem Diplomaten mit. Er hielt Mirbach, wie aus seinem Originaltagebuch hervorgeht, zwar für einen sehr liebenswürdigen und eleganten Mann, doch war dieser ihm zu entschieden „Poseur . . . schon so sehr, daß er manchmal trotzdem natürlich wirkt". Obwohl Bothmer den Grafen für klug hielt, glaubte er in ihm nicht die starke, selbsttätige und verantwortungsfreudige Persönlichkeit zu erkennen, die er sich auf dem schwierigen Posten dachte, gab aber zu, daß sein Urteil zunächst noch Gefühlssache sei. Zunächst war ihm Mirbach jedenfalls „zu sehr . . . Chef der Korona, der er doch nur sehr beschränkt ist. Z. B. wenn er bei jeder Mahlzeit 2 Herren auffordert, rechts und links um ihn Platz zu nehmen." Doch, so faßte Bothmer sein vorläufiges Urteil zusammen, „immerhin ein Mann, mit dem man leben kann, der auch durchaus als Mensch sympathisch ist"[16].

Daß von den Bolschewikiführern (Lenin, Trockij, Radek) nur wenige Aussagen

[14] Daß auch im Auswärtigen Amt eine gewisse Verlegenheit über Mirbachs Ernennung geherrscht haben dürfte, läßt folgender Passus aus Blüchers Erinnerungen erahnen: „Mirbach . . . war ein gut geschulter und gut aussehender Diplomat der alten Schule mit den Formen des ancien régime. Wir waren sehr neugierig darauf, wie sich der Umgang dieses Grand Seigneurs mit den rauhbeinigen Bolschewiken abspielen würde." (Blücher, Rapallo, S. 13.)

[15] Philipp Scheidemann, Memoiren eines Sozialdemokraten, Bd. 2, Dresden 1928, S. 159.

[16] Tagebuch Bothmer [in Privatbesitz] I Bl. 32a–33 (Eintragung vom 30. 4. 1918).

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über die Person des Grafen überliefert sind, ist nicht weiter erstaunlich, war ihnen doch das Zweckbündnis mit dem „deutschen Imperialismus", dem „internationalen Räuber", wie es Lenin damals auszudrücken pflegte[17], durch die Situation aufgezwungen. Zudem ist für diese Frage des Historikers die Voraussetzung nicht recht gegeben. Für die Bolschewiki mußte schließlich *jeder* Vertreter des kaiserlichen Deutschland, ob preußischer Junker oder Sozialdemokrat, ob Mirbach oder Scheidemann, ein innerlich gleichermaßen abzulehnender Exponent der bürgerlichen Klasse sein. Graf Mirbach hat das im Leben (vgl. im Dokument 1 die Begegnung mit Sverdlov) und im Tod zu spüren bekommen. Wie von dem ehemaligen Militärattaché in Moskau 1918, Major Schubert, überliefert[18], ist Lenin an die Leiche des ermordeten Mirbach, die in der Gesandtschaft am Mordtage, dem 6. Juli, im offenen Nebenzimmer stand, nicht herangetreten. Sein Beileid habe, wie Schubert es der Begleitung Lenins sofort versicherte, „kalt wie eine Hundeschnauze" gewirkt, worauf ihm erwidert wurde: das dürfe ihn nicht wundern, denn für Lenin sei der Graf auch nur „ein bourgeois" (russisch ausgesprochen: bur'žuj) gewesen. Jahre später bezeichnete Lenin ihn einmal als „kapitalistischen Hai" (kapitalističeskaja akula), mit dem er sich von Amts wegen (beim Antrittsbesuch Mirbachs am 16. Mai; vgl. Dokument 4) „sehr höflich" habe unterhalten müssen, was sicherlich nicht zu seinen angenehmsten Erlebnissen gehört habe[19]. Čičerin, der sich in Augenblicken der Muße in Dantes „Göttliche Komödie" vertiefte, hat einmal mit Bezug auf Mirbach einem seiner Mitarbeiter gesagt: „Der siebente Kreis der Hölle ist für die Tyrannen bestimmt, die nach Gold und Blut dürsteten. Wenn Dante heute die ‚Göttliche Komödie' schriebe, würde er in den siebenten Kreis sicherlich die preußischen Junker mit ihren Knebelbärten stecken."[19a]

Mit diesen Beispielen ist gezeigt, daß die Entsendung Mirbachs den Bolschewisten tatsächlich als Herausforderung, als nur wegen der schwierigen Umstände erträgliche Zumutung erschien; es ist aber zugleich deutlich, daß jeder Vertreter des damaligen Deutschland, Mirbach oder nicht Mirbach, so wirken mußte. Der Gegensatz, der das alte Europa von dem neuen Rußland trennte, ist an solchen symptomatischen Einzelheiten abzulesen. Dafür sei noch eine Episode aus demselben Zusammenhang angeführt. Aus den Erinnerungen der Krupskaja, der Lebensgefährtin Lenins, ist uns folgendes Begebnis über die erste und einzige Unterredung zwischen Mirbach und Lenin (vgl. Dokument 4) überliefert[20]: Als der Graf

---

[17] Z. B. W. I. Lenin, Werke, 4. Ausgabe [deutsch] Bd. 27, Berlin 1960, S. 82.

[18] Wilhelm Schubert, Der Zweite Weltkrieg hat 1918 begonnen, Arbeitshypothese zur Geschichtsforschung unserer Zeit, Aus den Lebenserinnerungen eines Militärattachés [als Manuskript vervielfältigt; in Privatbesitz] München 1957, S. 9.

[19] Lenin am 21. Dezember 1920 vor dem VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongreß: Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1964, S. 465.

[19a] Stanislav Vasil'evič Zarnickij/Anatolij Nikolaevič Sergeev, Čičerin (= Žizn' zamečatel'nych ljudej. Serija biografij . . . vypusk 8) Moskau 1966, S. 79.

[20] N. K. Krupskaja, Pereezd Il'iča v Moskvu i pervye mesjacy ego raboty v Moskve [Die Übersiedlung Il'ičs nach Moskau und die ersten Monate seiner Arbeit in Moskau] in: Vospominanija o V. I. Lenine, Bd. 2, Moskau 1957, S. 179. – Für einen ähnlichen Vorfall vgl. Zarnickij/

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Bolschewikiführer im Kreml besuchte, sah er vor dessen Arbeitsraum einen Posten, der nicht etwa das Gewehr präsentierte oder den Eintretenden zumindest ins Auge faßte, sondern ohne aufzublicken in einem Buch las. Mirbach ging an ihm nicht ohne Erstaunen vorbei. Als er wieder herauskam und den Posten immer noch lesend fand, blieb er vor ihm stehen, nahm ihm das Buch aus der Hand und bat den Dolmetscher, den Titel zu übersetzen. Das Buch hieß: Bebel, Die Frau und der Sozialismus[21]. Mirbach gab es dem Posten wortlos zurück.

Zwei verschiedene Welten! Geht dieser Eindruck auch aus den Berichten Mirbachs hervor? Der Rückblickende darf in dieser Beziehung nicht zu viel erwarten. Mirbach hatte zunächst einmal Informationen zur Lage zu sammeln und sie an die Zentrale weiterzugeben; die letzten Konsequenzen daraus zu ziehen, war Sache seiner Behörde. Im Unterschied zu Keyserlingk konnte er als Untergebener irgendwelche aus der Lage gezogenen Schlußfolgerungen seinem Amt in Berlin nicht aufdrängen. Sein Nachfolger Helfferich – kein Diplomat! – hat das zu spüren bekommen, als er glaubte, seine Politik dem Auswärtigen Amt von Moskau aus vorschreiben zu können, und dafür abberufen wurde[22].

Dennoch fehlt in Mirbachs Berichten die (unausgesprochene) Absicht, Einfluß auf die amtliche Politik nehmen zu wollen, keineswegs. Der Gegensatz seiner Instruktion zur Wirklichkeit schien eine derartige Haltung von einem verantwortungsbewußten Mann auf so verantwortungsvollem Posten geradezu zu fordern. Doch war Mirbach eben ein gewiegter Diplomat, der die Feinheiten und Eigengesetzlichkeiten der diplomatischen Sprache zu souverän beherrschte und handhabte, als daß er seine Auffassung ungeschminkt und unverblümt der Wilhelmstraße mitgeteilt hätte.

Bevor die nun auftauchende Frage nach dem Hauptmerkmal der Gesandtenberichte beantwortet wird, ist noch ein kurzes Wort über die allgemeine politische und militärische Situation zum Zeitpunkt des Eintreffens Mirbachs in Moskau – Ende April 1918 – zu sagen.

Obwohl zwischen Deutschland und Sowjetrußland auf Grund des Brester Vertrages vom 3. März 1918 formell Friedenszustand herrschte, sprach die Wirklichkeit dem Passus in Artikel 1 des Vertrages, in dem die beiden Vertragspartner ihre Entschlossenheit kundgaben, „fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben", geradezu Hohn. Auf der einen Seite läßt sich Lenins Auffassung über das Zusammengehen mit Deutschland am knappsten mit seiner Theorie der Atempause (peredyška) kennzeichnen. Sie war ihm das Mittel, um im Augenblick der Unterlegenheit seines Regimes Kräfte für einen später zu führenden „revolutio-

---

Sergeev, Čičerin S. 81. Danach hat es den Anschein, daß sich Mirbach bald dem „revolutionären" Umgangston in den Regierungsstellen angepaßt hat. Er sei bei Besuchen im Außenkommissariat stets „unzeremoniell", d. h. ohne im Anmeldungszimmer zu warten, in Čičerins Arbeitsraum eingetreten.

[21] Hauptwerk August Bebels, 1883 zuerst erschienen, 1910 in 50., 1954 in 58. Auflage, ist das meistgelesene sozialistische Buch in deutscher Sprache.

[22] Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 243–46.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nären Krieg" zu sammeln. Die Atempause – der „Zwischenakt", wie es in jenen Tagen die Pravda ebenso anschaulich formulierte[23] – sei eine vorübergehende Zeit des „Lavierens, Abwartens und Zurückweichens"[24].

Deutschland auf der anderen Seite zerschnitt das von der Diplomatie fein und mühsam gewobene Vertragswerk von Brest-Litowsk kurzum mit dem Schwert. Die am 18. Februar wiederaufgenommenen Feindseligkeiten mit Rußland wurden auch nach dem 3. März noch fortgesetzt und eindeutig über die in Brest gezogenen Grenzen hinausgetragen. Deutsche Truppen landeten Anfang April in Finnland, um dort den Weißen wieder zur Macht zu verhelfen; im Süden marschierten deutsche Truppen über die Grenze der Ukraine nach Osten ins kohlenreiche Donecgebiet und besetzten die russische Schwarzmeerküste bis zu den Gestaden des Asowschen Meeres.

Diese Truppenbewegungen dauerten selbst nach Ankunft der Mirbach-Mission in Moskau noch fort und fanden erst Anfang Mai ihren Abschluß. Ein neuer monatelang schwelender Konfliktstoff sammelte sich aber sogleich wieder an, als General Ludendorff die von Sevastopol' nach Novorossijsk entwichene russische Schwarzmeerflotte von Rußland als Kriegsbeute forderte.

Der neue Gesandte in Moskau hatte sich also nicht nur Klarheit über den „weltanschaulichen" Gegensatz zwischen Deutschland und Sowjetrußland zu verschaffen, sondern mußte sich auch mit der spannungsgeladenen konkreten Situation auseinandersetzen.

Die Frage nach dem Hauptmerkmal seiner diplomatischen Berichte läßt sich nun wiederaufnehmen. Sie lautet: Wie urteilt Mirbach jeweils über die Position des Bolschewiki-Regimes? Wann genau ist der Zeitpunkt zu fixieren, von dem ab der Gesandte seiner vorgesetzten Behörde ein allmähliches Abrücken von den Bolschewiki und ein behutsames Anknüpfen mit anderen politischen Gruppierungen nahelegt?

In den ersten drei Wochen seines Aufenthalts hielt Mirbach sich streng an seine Instruktion, die Zusammenarbeit mit den Bolschewiki zu pflegen und jegliche Anknüpfungsversuche bolschewikifeindlicher Parteien abzulehnen. Diese Kreise hielt er selbst für ohnmächtig und der Beachtung nicht wert. Außer in den ersten Berichten kommt diese Haltung plastisch in einer Wendung zum Ausdruck, die der Graf gegenüber Hauptmann Vogel, einem Mitglied der Mission, der (zusammen mit seinen anderen militärischen Kollegen) von Anfang an bestrebt war, mit russischen Monarchisten anzuknüpfen, einmal wählte; er sagte dem Hauptmann: „Es ist ausgeschlossen, daß eines Morgens ein Generaladjutant des Zaren an meinem Bett steht und mir mitteilt, daß der Zar die Regierung wieder angetreten habe." Die Bolschewiki, äußerte er sich ein andermal ihm gegenüber, hülfen Deutschland wenigstens über die nächste Zeit hinweg[25]. Die hier zum Ausdruck

[23] „Der Sieg der ‚Baschibusuken' des Imperialismus in Deutschland": Pravda vom 11.5.1918.

[24] Zeugnisse aus jener Zeit: Lenin, Werke, Bd. 27 passim (z. B. S. 280, 306, 321).

[25] Bericht Vogel über die Lage in Rußland (Abschrift), Berlin 20. 5. 1918, Politisches Archiv Bonn, Rußland 61 Bd. 158.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gebrachte Haltung entsprach derjenigen des Auswärtigen Amtes, das ein Zusammengehen mit den Bolschewiki so lange für richtig hielt, als es Deutschland nach seiner Auffassung nützlich war.

Vom 20. Mai ab ist ein allmähliches Umdenken des Grafen, ein indirektes, doch deutlich wahrnehmbares Infragestellen seiner Instruktion bemerkbar. Die Propaganda der Entente in Rußland, ihre militärische Tätigkeit an der Peripherie des Landes (Murmansk, Archangel'sk, Vladivostok), das türkische Vorgehen im Kaukasus, besonders aber seit der zweiten Maihälfte der Aufstand der Tschecho-Slowaken entlang der Transsibirischen Bahn – diese Ereignisse ließen ihm die Herrschaft der Bolschewiki als ernstlich gefährdet erscheinen[26]. Am 28. Mai sprach er zwar nur von einer „leichten Abwärtsbewegung"[27], vier Tage später meinte er aber bereits die Mahnzeichen „anbrechender Götterdämmerung"[28] zu gewahren. Er bat dementsprechend Berlin um Ermächtigung, sich auf eine „eventuell notwendige Umgruppierung" einzurichten[29]. In den folgenden Wochen ließ er von seinen Untergebenen Bassewitz und Riezler Gespräche mit bolschewikifeindlichen Kreisen aufnehmen[30]. Am 20. Juni hatte er sich konsequent zur Umorientierung entschlossen und der Reichsleitung zur Erwägung gestellt, „durch aktive Gegenaktion", d. h. durch deutschen Truppeneinmarsch den Plänen der Entente (in denen die Tschecho-Slowaken jetzt die Hauptrolle zu spielen schienen) zuvorzukommen und mit den bolschewikifeindlichen Organisationen zu geheimer Verbindung zu gelangen[31]. Am selben Tage schilderte er in einem Bericht[32] an den Reichskanzler und fünf Tage später in einem Privatbrief[33] an Staatssekretär Kühlmann die tragfähigen Gruppen, die koordiniert werden müßten und mit deutscher Unterstützung die Bolschewiki aus dem Sattel heben könnten, gab aber auch deutlich die Notwendigkeit einer Revision des Brester Vertrages zu verstehen.

Die Berichterstattung Mirbachs wurde nicht nur vom Auswärtigen Amt, sondern auch von der OHL und dem Kaiser aufmerksam verfolgt. Die Rufe des Gesandten nach einer Umorientierung der deutschen Ostpolitik gaben Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Berlin und Spa[34], bei denen das Auswärtige Amt seinen Standpunkt durchsetzte. Am 29. Juni erhielt Mirbach Weisung, „bis auf weiteres" die Arbeit mit der Sowjetregierung „im Sinne des Auswärtigen Amtes" fortzuführen.

Die Reaktion Mirbachs auf diese Instruktion ist nur noch aus einem Telegramm vom 3. Juli[35] bekannt. Darin machte er das Auswärtige Amt darauf aufmerksam,

[26] Vgl. Dokument 3.
[27] Vgl. Dokument 7.
[28] Vgl. Dokument 8.
[29] Vgl. Dokument 9.
[30] Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 218–220.
[31] Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 81.
[32] Vgl. Dokument 11.
[33] Vgl. Dokument 12.
[34] Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 81–85.
[35] Politisches Archiv Bonn, Deutschland 131 Bd. 42 Bl. 87.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß eine intransigente Haltung den „bürgerlichen Parteien" gegenüber eine Fühlungnahme mit ihnen gegenstandslos machen würde: „Wenn [die] vorhandenen Möglichkeiten offengehalten werden sollen, dürften Hoffnungen auf spätere eventuelle Milderungen [des] Brest-Litowsker Vertrages nicht ganz zerstört werden." Einen Bericht zur politischen Lage sandte Mirbach nicht mehr nach Berlin. In den ersten Julitagen lastete eine erdrückende Schwüle über Moskau. Der Sowjetkongreß bereitete sich zu seiner fünften Gesamtrussischen Konferenz vor, die am 4. Juli in hektischer Atmosphäre eröffnet und von der deutschen Gesandtschaft mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt wurde. Zwei Tage später wurde Graf Mirbach von Mörderhand niedergestreckt[36].

Im folgenden gelangen 12 Berichte und ein Brief Mirbachs zum Abdruck. Es sind sämtliche unter den Akten auffindbaren wichtigeren Berichte; ausgeschlossen wurden nur weniger wichtige Begleitschreiben zu Anlagen (Protestnoten der Sowjetregierung, Bittschriften von Antibolschewisten u. ä.). Wie aus den Anmerkungen hervorgeht, wurden die Berichte anfangs regelmäßig vom Kaiser gelesen, der sie häufig mit Marginalien versah und sie Hindenburg zur Kenntnis weitersandte.

Während von den Vertretern der drei Ententemächte in Moskau (Robins, Lockhart, Sadoul) Darstellungen ihrer Tätigkeit in Rußland der Forschung bereits zur Verfügung standen[37], waren über den Aufenthalt des deutschen Vertreters in Moskau nur Quellen aus zweiter Hand (etwa Bothmers veröffentlichtes Tagebuch[38]) bekannt. Die folgende Dokumentation schließt diese Lücke, hat zudem gegenüber den Veröffentlichungen Robins' und Lockharts quellenmäßig den Vorzug der Unmittelbarkeit. Über das für die politische Geschichte des Ersten Weltkriegs Bedeutsame hinaus legen die Dokumente auch Zeugnis ab von der Kunst diplomatischer Berichterstattung.

Winfried Baumgart

---

[36] Über die Urheberschaft der Ermordung Mirbachs ist neuerdings von verschiedenen Seiten die Hypothese aufgestellt worden, daß der deutsche Gesandte auf Veranlassung Lenins ermordet worden sei. Dazu beabsichtigte ich mich an anderer Stelle zu äußern. Vgl. vorerst Baumgart, Ostpolitik, S. 224, Anm. 50.

[37] Robins gab 1919 einem Ausschuß des amerikanischen Senates einen Bericht über seinen Aufenthalt in Rußland: Bolshevik Propaganda, Hearings before a Subcommittee of the Committee on the Judiciary, United States Senate, 65th Congress, Third Session, Washington 1919, S. 771 ff. – Robert Bruce Lockhart, Memoirs of a British Agent, London, New York 1932. – Jacques Sadoul, Notes sur la révolution bolchevique, Paris 1919 [Briefe aus dem Jahr 1918 an Albert Thomas u. a.].

[38] Karl Freiherr von Bothmer, Mit Graf Mirbach in Moskau, Tagebuch-Aufzeichnungen und Aktenstücke vom 19. April bis 24. August 1918, Tübingen 1922. – Vgl. auch Alfons Paquet, Im kommunistischen Rußland, Briefe aus Moskau, Jena 1919. – Der Verfasser plant als ergänzende Dokumentation zu seiner Studie über die deutsche Ostpolitik 1918 die Edition von vier (davon drei in Privatbesitz befindlichen) Tagebüchern (Groener, Hopman, Bothmer, Paquet), die von einem bestimmten Blickwinkel aus neue Aufschlüsse über die deutsche Ostpolitik im Sommer 1918 geben werden.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 1

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn [forthin abgekürzt PA], Deutschland 131 Bd. 38 Bl. 112/13. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 9. Mai 1918 p.m. *Journalnummer:* A 19756. *Paraphen u. a. von:* Kühlmann, Wilhelm II., Hindenburg *[14. 5.]*, Lyncker *[14. 5., Chef des Militärkabinetts]*, Langwerth *[30. 5., Dirigent der Politischen Abteilung des AA]*, Trautmann *[Legationsrat der Nachrichtenabteilung des AA]. Am Kopf des Schreibens folgender Vermerk des Kaisers:* FM. v. H*[indenburg]* z. Kenntniß. – *Gesperrt gedruckte Wörter in den Dokumenten sind vom Kaiser unterstrichene Stellen.)*

Nr. 6. Moskau, den 29. April 1918.

Inhalt: Erste Moskauer Eindrücke und Erfahrungen.

Die erste deutsche diplomatische Vertretung bei der Russischen Republik ist von der großen Masse im Allgemeinen mit freundlicher Neugier, von der Regierungspresse[39] abwartend, von der bürgerlichen Presse[40] und allen Interessentenkreisen mit himmelhoch gespannten Erwartungen begrüßt worden.

Zahllose Zuschriften und persönliche Besuche von deutschen Landsleuten, von Angehörigen sämtlicher besetzten Gebiete[41] und nicht zuletzt von Russen des alten Régime's beweisen, daß dem Publikum das richtige Augenmaß für die hier zu lösenden Aufgaben noch völlig fehlt. Es herrscht vorläufig meist die Auffassung, als ob das in den letzten Jahren auf allen Gebieten vollzogene unermeßliche Zerstörungswerk nunmehr, wie mit einem Zauberschlage, durch plötzliche allgemeine restitutio in integrum wieder gutgemacht werden könnte.

Besondere Verwirrung herrscht in den Köpfen der bürgerlichen russischen Kreise, die, unter vollkommener Verkennung des Charakters unserer Mission, uns vielfach als ihre Bundesgenossen in ihrem Kampfe gegen die Bolschewikis betrachten und mißbrauchen[42] möchten.

Über die Aufnahme, die ich im Volkskommissariat für die auswärtigen Angelegenheiten[43] gefunden habe, kann ich in keiner Beziehung klagen.

---

[39] Die wichtigsten Zeitungen der offiziellen Tagespresse 1918 waren: Pravda, Izvestija (beide Moskau), Severnaja Kommuna, Krasnaja Gazeta (beide Petersburg).

[40] Die Organe der „bürgerlichen" Presse gingen, wenn sie nicht schon unmittelbar nach der Novemberrevolution verboten worden waren, im Laufe des Jahres 1918 ein, wechselten zudem häufig ihren Namen, so daß es heute schwierig ist, die wichtigsten festzustellen. Zur Situation der russischen Presse 1917/18 vgl. Paquet, Im kommunistischen Rußland, S. 169 bis 180. Eine neuere Studie scheint zu fehlen.

[41] Die Grenze des deutschen Vormarsches vom Frühjahr 1918, der in den ersten Maitagen seinen Abschluß fand, verlief von Narva am Finnischen Meerbusen bis Rostov/Berdjansk am Asowschen Meer über Pskov (Pleskau), Orscha, östlich Bjelgorod und Millerovo. Vgl. Beilage 24 in: Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Bd. 13, Koblenz 1956 [für den Dienstgebrauch gedruckt Berlin 1942].

[42] Am Rande vom Kaiser mit zwei Fragezeichen versehen. Daneben schrieb er: *da sie von den Deutschen die Erlösung erwarten, ist das eigentlich recht natürlich.*

[43] Narodnyj komissariat inostrannych del, abgekürzt Narkomindel. Den besten Überblick über Stellung und Politik dieser Behörde im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens bietet Theodore H. v. Laue, Soviet Diplomacy: G. V. Chicherin, People's Commissar for Foreign Affairs, 1918–1930, in: Gordon A. Craig/Felix Gilbert [Hrsg.], The Diplomats, 1919–1939, Princeton 1953, S. 234–281. – Offizielle (doch brauchbare) Darstellung aus den zwanziger Jahren: Narodnyj komissariat po inostrannym delam. Desjat' let sovetskoj diplomatii [Zehn Jahre

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tschitscherin[44] fand sehr herzliche Töne der Begrüßung und war offenkundig bemüht, vom ersten Tage an eine vertrauensvolle Grundstimmung herzustellen: an seiner Aufrichtigkeit zu zweifeln, habe ich, bis auf Weiteres, keinen Anlaß[45].

In Petersburg[46] war er seinerzeit noch sehr ängstlich und unsicher; jetzt scheint er allmählich in sein Geschäft hineingewachsen und zeigt entschieden mehr Selbstbewußtsein. Trotzdem muß er sich aber die Oberaufsicht Karachan's[47] gefallen lassen. Sobald sich das Gespräch politisch wichtigeren Fragen zuwendet, erscheint aus dem Nebenzimmer Karachan, setzt sich mit an den Arbeitstisch und überwacht den weiteren Verlauf. Tschitscherin stört aber diese eigentümliche und für ihn nicht gerade erhebende Arbeitsweise nicht weiter: er scheint eher erleichtert, daß ihm dadurch fünfzig Prozent der Verantwortung abgenommen werden.

Wie bereits drahtlich gemeldet[48], hat unser Vorgehen in der Ukraine – Finnland[49] steht erst an zweiter Stelle – gleich nach zwei Tagen die erste Trübung gebracht, die sich bei Tschitscherin fast nur andeutungsweise und in mehr elegischer Form äußerte, aber doch deutlich wahrnehmbar war. Er wurde mit einem Schlage zurückhaltender, als ob er sich meiner persönlichen bona fides nicht mehr ganz sicher fühlte, und zeigte sofort, um sich die Genugtuung bescheidener Revanche zu verschaffen, daß er unseren vielfältigen Reklamationen auch Widerstand und Verschleppung entgegensetzen könne.

Robustere Elemente haben sich weniger Zwang auferlegt und ihre Verstimmung nicht weiter zu verbergen gesucht: allen voran der Präsident des Executiv-Komités, Svjerdloff[50], dem ich gerade an diesem Tage mein Einführungsschreiben[51] zu übergeben hatte.

Svjerdloff, ein besonders aufdringlicher und unsympathischer Proletarier-Typ, im ehrwürdigen Kreml residierend, wirkt selbst in der hiesigen Umwelt, wo Alles auf den Kopf gestellt ist, ganz besonders stillos.

Die Übergabe meines Einführungsschreibens vollzog sich nicht nur in der allereinfachsten, sondern auch in der frostigsten Form[52].

---

sowjetischer Diplomatie] Moskau 1927. – Neuerdings Anatolij Sergeevič Bachov, Na zare Sovetskoj diplomatii [Die Anfänge der sowjetischen Diplomatie] Moskau 1966.

[44] Georgij Vasil'evič Čičerin (1872–1936), Volkskommissar des Äußern 1918–1930. – Eine Biographie (westlicher Provenienz) über ihn fehlt; ein Ersatz ist die in Anm. 43 genannte Skizze. Von russischer Seite liegt neuerdings eine gute Biographie vor; vgl. Anm. 19a.

[45] Von Wilhelm II. am Rand mit Frage- und Ausrufezeichen versehen.

[46] Die bolschewistische Regierung war Anfang März nach dem deutschen Vormarsch aus Furcht vor einer Besetzung Petersburgs von dort nach Moskau übergesiedelt.

[47] Lev Michajlovič Karachan (1889–1937) war während der Waffenstillstandsverhandlungen von Brest-Litowsk im Dezember 1917 und während der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk Sekretär der bolschewistischen Delegation. Von 1918–1920 war er stellvertretender Volkskommissar des Äußern.

[48] Vgl. das Telegramm Mirbachs an das Auswärtige Amt, Moskau 24. 4. 1918, Politisches Archiv Bonn, Deutschland 131 Bd. 38 Bl. 61.

[49] Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 95–117 (für Finnland), S. 117–155 (für die Ukraine).

[50] Jakov Michajlovič Sverdlov (1858–1919), Präsident des Gesamtrussischen Zentralexekutivausschusses 1918–1919.

[51] Das Einführungsschreiben übergab Mirbach nur Sverdlov, nicht auch Lenin, wie das manchmal behauptet wird: Bothmer, Mirbach, S. 5; Abdulchan Abdurachmanovič Achtamzjan, Ot Bresta do Kilja, Proval antisovetskoj politiki germanskogo imperializma v 1918g. [Von Brest bis Kiel, Der Zusammenbruch der sowjetfeindlichen Politik des deutschen Imperialismus im Jahre 1918] Moskau 1963, S. 105.

[52] Auch auf der Gegenseite (unter den Ententevertretern in Rußland) war man über diesen

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Präsident verharrte die ganze Zeit über in einer lächerlich-trotzigen Pose gekränkten Nationalstolzes. In dem Passus seiner Erwiderung, worin er der Erwartung Ausdruck gab, „ich würde die Hindernisse, die sich dem tatsächlichen Friedenszustand immer noch entgegenstellen, hinwegzuräumen wissen", legte er ausgesprochene Bissigkeit[53].

Mit einer Aufforderung, Platz zu nehmen, oder mit einigen Worten persönlicher Natur hat er mich, auch nach Erledigung des offiziellen Akts, nicht weiter beehrt[54].

Mirbach

Dokument 2

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Rußland 61 Bd. 152. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Abschrift auch in PA, Deutschland 131 Bd. 38 Bl. 114/15. Eingangsvermerk: 9. Mai 1918 p.m. *Journalnummer:* A 19757. *Mit den gleichen Paraphen jeweils desselben Datums wie in Dokument 1 versehen. Am Kopf des Schreibens wiederum der Vermerk des Kaisers:* FM. v. H. z. Kenntniß. *Am Fuß der ersten Seite folgender Vermerk Kühlmanns:* dem Herrn RKanzler vorzulegen hauptsächl. wegen Randvermerk auf Seite 2 unten. *[Vgl. Anm. 62.] Abdruck in englischer Übersetzung bereits bei Z. A. B. Zeman, [Hrsg.] Germany and the Revolution in Russia 1915–1918, Documents from the Archives of the German Foreign Ministry, London 1958, S. 120–21.)*

J. Nr. B 200/18 Moskau, den 30. April 1918.
Ber. Nr. 9

Das heilige Moskau, das Sinnbild der zaristischen Macht und die Hochburg der orthodoxen Kirche in den Händen der Bolschewiki, ist vielleicht die größte Stillosigkeit[55], die der russische Umsturz gezeitigt hat. Wer die Hauptstadt in den Tagen ihres Glanzes gesehen hat, vermag sie jetzt kaum mehr wiederzuerkennen[56]. Vollkommene Verwahrlosung, starrender Schmutz und Spuren sinnloser Zerstörung sind auf Schritt und Tritt zu sehen. In allen Stadtteilen, namentlich in dem zentralen Geschäftsviertel zeugen zahlreiche Kugelspuren an Mauern und Fenstern von den heftigen Kämpfen, die um den Besitz der Stadt stattgefunden haben[57]. Das große

---

diplomatischen Akt gut informiert. Vgl. Lockhart, Memoirs, S. 268. – Papers Relating to the Foreign Relations of the United States, 1918, Russia, Vol. I, S. 506, Summers an Lansing, Moskau 27. 4. 1918. – Die Erwiderung Sverdlovs wurde auch am folgenden Tage in der Izvestija veröffentlicht. – Vgl. auch Zarnickij/Sergeev, Čičerin, S. 78–79, die besonders die Bedeutung des Empfangs Mirbachs als des ersten derartigen Akts in der Geschichte der Sowjetdiplomatie hervorheben.

[53] Vom Kaiser mit einem Ausrufezeichen versehen.

[54] Der Kaiser schrieb neben diesen Satz: *War auch gar nicht nöthig, hätte Mirbach von einem anarchistischen Proleten auch nicht erwarten sollen! Er hat keine eigentliche Regierung vor sich, sondern Räuberhauptleute eines raubend frechen Proletenjanhagels; darnach muß er sich richten und sie dementsprechend behandeln.*

[55] Wilhelm II. dazu am Rand: *kann uns egal sein! der Weltkrieg ist auch stillos!*

[56] Der folgende Satz ist bei Zeman, Germany, S. 120, ohne Kennzeichnung fortgelassen.

[57] Zu den Ereignissen in Moskau nach der Novemberrevolution vgl. James Bunyan/H. H. Fisher, The Bolshevik Revolution 1917–1918, Documents and Materials, Stanford 1961, S. 174ff. (mit der dort S. 174 Anm. 70 genannten älteren russischen Literatur); Leonhard Schapiro, The Origin of the Communist Autocracy, Political Opposition in the Soviet State, First Phase 1917–1921, London 1956, S. 71; William Henry Chamberlin, The Russian Revolution 1917–1921, Bd. 1, New York 1957, S. 335ff.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hotel Metropol[58] ist von Artilleriegeschossen verwüstet, und auch der Kreml ist stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Verschiedene seiner Türen sind schwer beschädigt, die iberische Pforte ist zum Teil zerstört und jetzt mit Brettern vernagelt.

Auf den Straßen herrscht reges Leben, sie scheinen aber ausschließlich vom Proletariat bevölkert zu sein, besser gekleidete Leute sind selten zu sehen – es ist, als ob die gesamte früher herrschende Klasse und die Bourgeoisie vom Erdboden verschwunden wären. Zum Teil mag das damit zusammenhängen, daß die meisten bestrebt sind, sich äußerlich dem Straßenbild anzupassen, um nicht die Raublust und die Willkür der jetzt die Stadt beherrschenden Klassen zu reizen. Die Popen, die früher ein großes Kontingent des Publikums stellten, sind gleichfalls aus dem Straßenbild verschwunden. In den Läden sind meist nur noch verstaubte Reste früherer Herrlichkeiten zu sehen und zu phantastischen Preisen zu kaufen. Allgemeine Unlust zur Arbeit, gedankenloses Herumlungern sind die Signatur dieses Gesamtbildes. Da die Fabriken still stehen und das Land größten Teils unbebaut bleibt[59] – wenigstens war dies der Eindruck, den wir auf der Reise gewannen –, scheint Rußland einer noch größeren Katastrophe zuzutreiben[60], als der Umsturz schon bisher über das Land gebracht hat.

Die öffentliche Sicherheit läßt Manches zu wünschen übrig, doch kann man sich tagsüber frei und allein bewegen; gegen Abend ist es hingegen nicht mehr ratsam auszugehen, man kann dann auch öfters Gewehrschüsse hören, und größere oder kleinere Zusammenstöße scheinen dauernd stattzufinden.

Die früheren besitzenden Klassen sind im tiefsten Elend – ein Befehl der Regierung genügt, um sie ihres gesamten Besitztums zu berauben. An fast allen Palästen und größeren Privathäusern ist daher auch schon der ominöse Requisitionszettel zu sehen, der die Besitzer oft innerhalb weniger Stunden aus ihren luxuriösen Heimen auf die Straße treibt.

Die Verzweiflung der einstmals herrschenden Klassen ist grenzenlos, sie bringen jedoch anscheinend nicht mehr die genügende Kraft auf, um dem bestehenden Raubsystem ein Ende zu machen[61]. Der Schrei nach geordneten Zuständen geht bis in tiefe Schichten des Volkes – im Gefühl der eigenen Ohnmacht hofft man auf Deutschland als Retter[62]. Die Kreise, die früher am lautesten gegen uns geschrien haben, sehen jetzt in uns, wenn auch nicht den rettenden Engel, so doch den rettenden Schutzmann.

Die Teuerung der Lebensmittel ist groß, da aber die Taschen der unteren Klassen mit den in unzähligen Milliarden gedruckten Kerenskirubeln[63] gefüllt sind, befinden sich nur die früheren besitzenden Klassen im Elend. Der achtstündige Arbeitstag ist allgemein eingeführt, die Dienstbotengehälter sind auf das Minimum von 200 Rubeln monatlich nebst freier Station festgesetzt.

In erster Linie wird die bolschewistische Herrschaft über Moskau durch die *letti-*

[58] Sitz des Außenkommissariats.

[59] Randbemerkungen Wilhelms II.: *Signatur des „Sozialen Zukunftstaates"!*

[60] *ja*

[61] *das muß eben von außen kommen.*

[62] *Vertreter England-Amerika oder wir (indirect durch Russ. Generale).* – Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 71–72.

[63] Vgl. dazu folgenden Passus aus Bothmers Originaltagebuch (Privatbesitz, Bd. I Bl. 31/32. Eintragung vom 29. 4. 1918): „Die Geld-Verhältnisse der Republik werden immer verworrener. Der Rubel-Kurs ist in schnellem Fallen. Jetzt kostet der Kerenski-Rubel schon nur noch 65 Pfennig, der Zaren-Rubel 1,20. Im Frieden 1 Rubel etwa 2,10 Mark. Ohne jede Deckung und Ordnung schafft die Druckpresse neues Geld. Der Entwertung entsprechend steigen die Preise."

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen[64] Bataillone[65] aufrecht erhalten, sodann beruht sie auf den vielen von der Regierung requirierten Automobilen, die unablässig durch die Stadt jagen und die Truppen je nach Bedarf an gefährdete Punkte bringen können.

Wohin diese Verhältnisse führen werden, ist noch nicht abzusehen, man kann ihnen aber augenblicklich die Aussicht auf eine gewisse Stabilität nicht absprechen[66].

Mirbach

Dokument 3

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Rußland 61 Bd. 152. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 14. Mai 1918 p.m. *Journalnummer:* A 20411. *Paraphen von* Müller *[? 18. 5., Chef des Marinekabinetts],* v. Marschall *[? 18. 5., stellvertretender Chef des Militärkabinetts],* Trautmann. *Am Kopf Vermerk des Kaisers:* Abschrift an FM. v. H. *Daneben:* Gen.Stab Feldheer hat Abschrift dieses Berichts erhalten. W.)

Nr. 19. Moskau, den 4. Mai 1918.

Geheim.

Inhalt: Innerpolitisches.

Die uns in letzter Zeit zugegangenen Agentennachrichten, über die ich anderweitig bereits Meldung erstattet habe, nahm ich zum Anlaß, um heute, gesprächsweise und ganz obenhin, Tschitscherin gegenüber die Frage der Stabilität der bolschewistischen Herrschaft zu berühren.

Die eigentlichen Quellen[67] habe ich selbstverständlich nicht preisgegeben, sondern mich lediglich auf anonyme Zuschriften und mündliche Mitteilungen gelegentlicher Besucher berufen.

Der Kommissar stellte sich, als sei die Bolschewikenherrlichkeit noch nie so fest gegründet gewesen, und wies zum Beweis seines Optimismus auf den musterhaften, ungestörten Verlauf der hiesigen Maifeier[68] hin.

Bezüglich *Moskau's*[69] konnte ich ihm da nicht widersprechen: die Maifeier ist hier tatsächlich nicht viel mehr als ein blutroter Jahrmarkt gewesen. Aber schon als ich mich nach dem Verlaufe des Arbeiterfeiertages in *Petersburg*[69] erkundigte, mußte er mir zugeben, daß es dort, namentlich auf dem Newski-Prospekt, zu mehreren blutigen Zusammenstößen mit bürgerlichen Elementen gekommen sei. Über die Zahl der Opfer an Toten und Verwundeten wollte er angeblich nicht orientiert sein.

[64] Hervorhebung von Mirbach.

[65] Lettische Truppen waren als einzige aus der alten Armee in die Rote Armee übernommen worden. Vgl. Claus Grimm, Jahre deutscher Entscheidung im Baltikum 1918/19, Essen 1939, S. 48–49. – Allgemein Ja. P. Krastyn' [Hrsg.], Latyšskie strelki v bor'be za Sovetskuju vlast' v 1917–1920gg., Vospominanija i dokumenty [Die lettischen Schützen im Kampf für die Sowjetmacht in den Jahren 1917–1920, Erinnerungen und Dokumente] Riga 1962.

[66] Der Kaiser vermerkte dazu am Rand: *wait and see!* Der Vermerk ist bei Zeman, Germany, S. 121, nicht wiedergegeben.

[67] Sie werden auch in seinen Telegrammen aus jenen Tagen nicht mit Namen genannt.

[68] Aus Bothmers Tagebuch (I Bl. 37. Eintragung vom 4. 5. 1918) ist zu entnehmen, daß sich die deutsche Mission am 1. Mai freiwillig Hausarrest auferlegte, da die Sowjetregierung „ihrer Sache in bezug auf Ruhe und Ordnung nicht sicher" gewesen sei. „Der Tag ist aber anscheinend ganz ohne Störung verlaufen. Die Bolschewisten haben sich in Festzügen, Reden und einem Übermaß von roten Fahnen und rotem Schmuck berauscht. Noch jetzt wallt alles in rotem Tuch." Vgl. auch Bothmer, Mirbach, S. 15.

[69] Hervorhebungen im Original.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daß zwischen den Agenten der Entente[70] und antirevolutionären Kreisen eifrig Fäden hin- und hergesponnen wurden, die auf den Sturz des jetzigen Régime's abzielen, will er nicht bestreiten; er möchte aber die von dieser Seite drohende Gefahr nicht allzu hoch einschätzen, da, seiner Ansicht nach, die tatsächliche Macht zur Zeit immer noch bei *seiner*[69] Partei liege.

Tschitscherin räumte auch ein, daß die Entente dem serbischen Element eine nicht unbedeutende Rolle innerhalb der allgemeinen Verschwörung zugedacht habe[71]. Doch stellt er die Sache so dar, als sei das eigentliche Rußland hiervon nicht sonderlich bedroht: in Sibirien allerdings befänden sich einige Tausend Serben in den Reihen der revolutionsfeindlichen Kämpfer. Im Übrigen handle es sich nicht so sehr um frühere Angehörige der serbischen Armee, als vielmehr um serbische Flüchtlinge und österreichisch-ungarische Heeresangehörige serbischer Nationalität.

Die eventuelle Bedrohung Lenin's[72] und Trotzki's[73] durch Attentate wurde mit der Bemerkung abgetan, daß dies eben „les inconvénients du métier" seien, die mit fatalistischem Gleichmut in den Kauf genommen werden müßten. Die Partei sei bereits zu fest gegründet, als daß der Verlust, selbst der beiden führenden Männer, den Sturz des ganzen Systems nach sich ziehen könnte.

Es läßt sich nicht behaupten, daß Tschitscherin's Repliken mit besonderer Überzeugungskraft vorgebracht wurden: ich hatte viel eher den Eindruck, daß er es lieber sehen würde, wenn uns Blicke hinter die Kulissen verwehrt blieben.

Mirbach

Dokument 4

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Rußland 61 Bd. 153. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 21. Mai 1918 p.m. *Journalnummer:* A 21421. *Paraphen von:* Kühlmann, Langwerth *[28. 5.]. Aus einem Vermerk*

[70] Für die Zeit bis etwa Mitte Mai gilt eher das Gegenteil; die wichtigeren Agenten der Alliierten (Robins, Lockhart, Sadoul) unterhielten Verbindung mit bolschewistischen Führern. Vgl. George F. Kennan, Russia Leaves the War, Soviet-American Relations 1917 to 1920, Vol. 1, Princeton 1956, passim, besonders S. 112–13. – Richard H. Ullman, Intervention and the War, Anglo-Soviet Relations 1917–1921, Princeton 1961, passim, z. B. S. 72–74, 120–21. – Sadoul, Notes, passim.

[71] Zum Verhältnis der tschecho-slowakischen (weniger serbischen) Truppen zu den Alliierten vgl. George F. Kennan, The Decision to Intervene, Soviet-American Relations 1917–1920, Vol. 2, Princeton 1958, S. 136ff. – Allgemein Magarete Klante, Von der Wolga zum Amur, Die tschechische Legion und der russische Bürgerkrieg, Berlin 1931. – Hingewiesen sei auf die in Vorbereitung befindliche amerikanische Dissertation von Miroslav V. Fic, The Origin of the Conflict of the Bolsheviks with the Czechoslovak Legion in 1918, Columbia University.

[72] Vladimir Il'ič Lenin (1870–1924). – Gute ältere Biographie: David Shub, Lenin, Wiesbaden 1952. – Neuere Biographien: Louis Fischer, The Life of Lenin, New York 1964. – Stefan T. Possony, Lenin, The Compulsive Revolutionary, Chicago 1964. – Zu der nicht mehr übersehbaren sowjetrussischen Literatur über Lenin vgl. Sovetskaja Istoričeskaja Enciklopedija, hrsg. von E. M. Žukov, Bd. 8, Moskau 1965, Spalte 564–65.

[73] Lev Davidovič Trockij (1879–1940), Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten 1917–9. 3. 1918, Volkskommissar für Verteidigung 9. 3. 1918–1924. – Beste Biographie: Isaac Deutscher, I, The Prophet Armed: Trotsky 1879–1921, London 1954; II, The Prophet Unarmed: Trotsky 1921–1929, London 1962; III, The Prophet Outcast: Trotsky 1929–1940, London 1963. Deutsche Übersetzung Stuttgart 1962–63.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von unbekannter Hand geht hervor, daß der Bericht der OHL nicht mitgeteilt wurde. Abdruck in englischer Übersetzung bereits bei Zeman, Germany, S. 126–27.)

Nr. 61. Moskau, den 16. Mai 1918.

Inhalt: Gespräch mit Lenin.

Heute hatte ich mit Lenin eine längere Aussprache[74] über die Gesamtlage.

Lenin glaubt im Allgemeinen felsenfest an seinen Stern und bekennt sich immer wieder in fast aufdringlicher Weise zu schrankenlosestem Optimismus[75]. Immerhin räumt auch er ein, daß, wenn auch sein System noch unerschüttert dastehe, die Zahl der Angreifer doch zugenommen habe[76] und die Situation „gespanntere Aufmerksamkeit erfordere als noch vor etwa einem Monat".

Seine Zuversichtlichkeit gründet er vor allem darauf, daß die herrschende Partei[77] als einzige über die organisierte Macht verfüge, während alle anderen[78] sich nur in der Negierung des jetzigen Systems zusammenfänden, sonst aber nach allen Richtungen auseinander liefen und keinerlei den bolschewistischen gleichwertige Machtmittel hinter sich hätten[79].

Dies ist in mancher Beziehung gewiß zutreffend: immerhin ist der Ton, in dem Lenin von der Ohnmacht seiner Feinde spricht, doch vielleicht etwas zu geringschätzig.

Lenin gibt des Weiteren unumwunden zu, daß seine Gegner nicht mehr ausschließlich in den rechts von ihm stehenden Parteien zu suchen sind, sondern sich jetzt auch aus dem eigenen Lager rekrutieren, wo sich eine Art Linke[80] gebildet habe. Diese Opposition im eigenen Hause mache ihm hauptsächlich den Vorwurf, daß der Vertrag von Brest-Litowsk[81], den er nach wie vor mit äußerster Zähigkeit zu verteidigen gedenke, ein Fehler gewesen sei: immer neue zu Rußland gehörige Gebiete würden besetzt; die Friedensschlüsse mit der Ukraina und mit Finnland seien noch immer nicht getätigt[82]; die Hungerkrise sei nicht nur nicht beschworen, sondern in

[74] Vgl. oben S. 69f. und Anm. 19–21.

[75] Wilhelm II. setzte dazu am Rand ein Ausrufezeichen.

[76] Der Aufstand des tschecho-slowakischen Korps an der Transsibirischen Bahn hatte am 14. Mai begonnen.

[77] Die bolschewistische Partei. Zuverlässige Darstellung ihrer Geschichte: Leonard Schapiro, The Communist Party of the Soviet Union, London 1960.

[78] Zur Opposition gegen das bolschewistische Regime 1918 vgl. Schapiro, Origin, S. 111 bis 210; Chamberlin II S. 1–23, 42–65. – Robert Vincent Daniels, The Conscience of the Revolution, Communist Opposition in Soviet Russia, Cambridge/Mass. 1960, S. 70–91.

[79] Der Kaiser vermerkte dazu: *Japaner, Chinesen, Engländer!? das ganze Kosakenheer gegen ihn!*

[80] Zu den sogenannten „Linkskommunisten" im Sommer 1918 (Bucharin, Radek u. a.) vgl. Schapiro, Origin, S. 130–146, 366; Sovetskaja Istoričeskaja Enciklopedija, Bd. 8, Spalte 514–17.

[81] Am 3. März 1918 zwischen den Vierbundmächten und Sowjetrußland geschlossen. Deutscher Text des Hauptvertrages und des Zusatzvertrages (nicht zu verwechseln mit dem Ergänzungsvertrag vom 27. August 1918) bei: G. Fr. Martens, Nouveau Recueil Général de Traités, 3. Serie, Bd. 10, Leipzig 1920, S. 773–811. Russischer Text in Dokumenty vnešnej politiki SSSR, Band 1, Moskau, 1959, S. 119–183.

[82] Sowjetrußland drängte in jenen Tagen bei der deutschen Regierung um Friedensverhandlungen mit Kiev und Helsingfors. Mit der Ukraine kamen solche Verhandlungen am 23. Mai in Gang (vgl. John S. Reshetar, The Ukrainian Revolution 1917–1920, Princeton 1952, S. 190–91), mit Finnland Anfang August in Berlin (vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 105 und dortige Anm. 55). Zu einem Friedens*schluß* mit beiden Ländern ist es jedoch nicht gekommen.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zunahme begriffen[83], kurz ein Friedenszustand, der diesen Namen wirklich verdiene, stehe anscheinend noch in weitem Felde.

Er müsse seinen Widersachern leider zugeben, daß gewisse Ereignisse der jüngsten Vergangenheit[84] ihre Angriffe scheinbar rechtfertigen. Darum seien alle seine Wünsche und sein ganzes Bestreben darauf gerichtet, daß baldmöglichst in Nord und Süd Klarheit geschaffen werde[85], vor allem unter unserer Mitwirkung und unter unserer Einflußnahme Friede mit Helsingfors und Kiew zu Stande komme[86].

Lenin sprach nicht etwa klagend, oder gar beschwerdeführend, vermied auch jede Anspielung, als ob er sich bei längerer Dauer des gegenwärtigen Zustandes genötigt sehen könnte, sich der anderen Mächtegruppe wieder zuzuneigen. Doch war ihm offenbar darum zu tun, die Schwierigkeiten seiner Lage möglichst plastisch herauszuarbeiten[87].

Mirbach

Dokument 5

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Rußland 61 Bd. 153. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 25. Mai 1918. *Journalnummer:* A 22003. *Paraphen von:* Nadolny *[Referent für Ostfragen im AA],* Lyncker, Hindenburg *[1. 6.].)*

Nr. 77. Moskau, den 20. Mai 1918.

Inhalt: Die Entente in Rußland.

Geheim!

Es wäre irrig anzunehmen, daß die Entente nach dem politischen und militärischen Zusammenbruch Rußlands die russische Partie endgültig verloren gäbe und uns das Feld kampflos zu überlassen gedächte[88]. Von dem riesigen politischen Apparat, den die feindlichen Großmächte während vier Kriegsjahren hier geschaffen haben, ist immer noch mehr übrig geblieben, als Deutschland allein auch nach längerer Zeit und unter Einsatz erheblicher Mittel entgegensetzen könnte. Das Spiel, das in den Zeiten elementaren Friedenswillens recht schwer gewesen sein muß, ist leichter geworden; das Volk, das von dem Zauberwort Frieden Wunder erhoffte, sieht, daß sich die Lage des Landes seit dem Friedensschluß wirtschaftlich nicht gebessert hat. Auch wenn der Brester Friede günstiger für Rußland wäre, würden die den Bolschewiki

[83] Vgl. Lenins am 24. Mai in der Pravda erschienenen Brief an die Petrograder Arbeiter „Über die Hungersnot" in: Lenin, Werke, Bd. 27, S. 385–393. In dem Brief rief er die „fortgeschrittenen Arbeiter" zu einem regelrechten „Kreuzzug" gegen die Getreidespekulanten und Kulaken auf, da das Land sich in einer „äußerst kritischen Lage" befinde. – In den sogenannten „Maidekreten" vom 9. bis 27. Mai 1918 wurde die „Ernährungsdiktatur" verkündet. Ein Dekret vom 11. Juni leitete die Organisation der „Kombedy" (Komitety bednoty = Komitees der Dorfarmut) ein, bewaffnete Arbeiterabteilungen zu gewaltsamer Getreidebeschaffung. Dazu vgl. Chamberlin II, S. 43–47; Sovetskaja Istoričeskaja Enciklopedija, Bd. 8, Spalte 571–72.

[84] Vgl. Anm. 76.

[85–87] Wilhelm II. am Rand: *das werden die Kosakenheere bald besorgen! – er wird dessen Bedingungen ebenso wenig durchsetzen in Rußland, wie die Brester! Er hat kein Regierungspersonal noch Exekutive. – er steht am Abgrund!*

[88] Zur Rußlandpolitik der Vereinigten Staaten und Englands 1918 vgl. die abschließenden Forschungsarbeiten Kennans und Ullmans in Anm. 70–71. Für die französische Rußlandpolitik dieses Zeitraums liegt noch keine vergleichbare Studie vor.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

feindlichen Parteien in ihm das Werk dieser Partei verdammen; da seine Konsequenzen wirtschaftlich so schwer drücken[89], ist der Angriff auf dieses Werk leicht, seine Verteidigung schwer geworden.

Daß die Position der Bolschewiki im Volke in den letzten Wochen schlechter geworden ist, steht außer Zweifel. Die Partei fühlt das selbst, und Trotzki soll sie neulich, nach Tolstoi[90], schon als lebenden Leichnam bezeichnet haben. Das will nicht sagen, daß sie sich nicht noch geraume Zeit schlecht und recht zu halten vermöchte, zumal wenn es den Totengräbern wie den Nachfolgern an Einigkeit und Kraft gebricht. Immerhin scheint nach übereinstimmenden Nachrichten die Entente die Zeit gekommen zu sehen, in der sie die Bolschewiki und ihr Werk, den Brester Frieden, zu zerschlagen Aussicht hat. In der Art, wie zu diesem Zwecke in den letzten Wochen sehr hohe Summen ausgegeben werden, sehen neutrale Beobachter ein Zeichen der Verzweiflung. Die serbischen Gefangenen, die Reste der serbischen Armee, die hungernden Massen in Petersburg wie in den Moskauer Vorstädten und insbesondere die Matrosen der vor Petersburg liegenden Kriegsschiffe, die Parteiorganisation der Rechten Sozialrevolutionäre[91] und Menschewiki-Internationalisten[92] sollen große Summen erhalten haben.

Während die Beziehungen zu den Gegnern der Bolschewiki mehr von Frankreich und England gepflegt werden, scheint Amerika in kluger Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Pläne es übernommen zu haben[93], mit den Bolschewiki enge Fühlung zu halten und womöglich auch in der bolschewistischen Partei selbst Freunde und An-

[89] Vor allem durch die Trennung der Ukraine von Großrußland und die Abschnürung von den Getreide- und Kohlengebieten (Donez-Gebiet, Schwarzmeerküste) Südrußlands.

[90] Lev Nikolaevič Tolstoj (1828–1910).

[91] Die Sozialrevolutionäre (eine der drei Hauptparteien Rußlands im 20. Jahrhundert) organisierten sich zu einer Partei zu Beginn des Jahrhunderts, waren jedoch mehr eine volkstümliche nationale Bewegung als eine politische Partei. Ihr Ideengut geht nicht auf den Marxismus, sondern auf die russischen „Narodniki" des 19. Jahrhunderts zurück. In der für sie besonders wichtigen Landfrage forderten sie entschädigungslose Enteignung von Privatbesitz, hatten deshalb ihre Hauptanhänger unter den Kleinbauern. Die Trennung der Partei von ihrem linken Flügel erfolgte während der Novemberrevolution. Den Brest-Litowsker Vertrag bekämpften sie erbittert. Am 26. Mai 1918 beschlossen sie in einer Parteikonferenz, „alliierte Unterstützung im Krieg gegen Deutschland" anzunehmen (vgl. James Bunyan, Intervention, Civil War, and Communism in Russia, April–December 1918, Documents and Materials, Baltimore 1936, S. 185–87). Zusammen mit den Menschewiki wurden sie am 14. Juni 1918 aus dem Zentralexekutivkomitee ausgeschlossen. – Eine zusammenfassende Geschichte der russischen Parteien vor 1917–18 fehlt. Vgl. Leopold H. Haimson, The Parties and the State: The Evolution of Political Attitudes, in: The Transformation of Russian Society, Aspects of Social Change since 1861, ed. by Cyril E. Black, Cambridge/Mass. 1960, S. 110–145.

[92] Die Menschewiki-Internationalisten bildeten den linken Flügel der Menschewiki, hatten weder die Provisorische Regierung von 1917 unterstützt, noch waren sie mit dem Revolutionsprogramm der Bolschewiki einverstanden. Der von den Bolschewiki gegen sie erhobene Vorwurf der geheimen Zusammenarbeit mit den Alliierten und den „Konterrevolutionären" in Rußland ist zum größten Teil grundlos.

[93] Die Initiative zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen dem bolschewistischen Rußland und den Vereinigten Staaten – mit dem hintergründigen Ziel, die „Atempause" zur Erhaltung des Regimes zu verlängern – ging eher von Lenin aus: Er hatte Anfang Mai Robins ein Memorandum über „Russisch-amerikanische Handelsbeziehungen" für die amerikanische Regierung mitgegeben. Text dieser Denkschrift in: Dokumenty vnešnej politiki SSSR I, S. 286–294. Dazu vgl. Kennan, Decision, S. 217ff.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hänger zu gewinnen. Das soll auch in recht weitgehendem Maße gelungen sein. Nie war das käufliche Rußland käuflicher als jetzt. Daß der durch seine Rote Armee[94] wichtige Trotzki für die Entente gewonnen ist, wird bereits vielfach behauptet. Da in seiner Hand die militärpolitischen Fragen liegen, reicht sein Einfluß ziemlich weit. Tschitscherin ist schwach, und Lenin, wenngleich als Persönlichkeit und durch die Beherrschung der Geheimpolizei[95] ungleich mächtiger, kann nicht alle Einzelheiten kontrollieren.

Nach außen hin scheint die Entente zu schwanken zwischen dem Bestreben, die Bolschewiki durch die Sozialrevolutionäre zu ersetzen, und dem Wunsche, sich mit ihnen gegen Deutschland zu verständigen. Versuche in beiden Richtungen lösen einander ab, je nachdem die Situation bald die eine, bald die andere Aufgabe leichter erscheinen läßt. Den bisherigen akuten Gefahren der einen wie der anderen Richtung konnte bisher mit Erfolg entgegengetreten werden. Das *kann*[96] auch weiterhin gelingen, wenn erhebliche Geldmittel dafür eingesetzt werden[97]. Ob im Falle eines Sturzes der Bolschewiki die Sozialrevolutionäre fähig sein werden, die Herrschaft zu erhaschen, ob das Land dann nicht vielmehr der Anarchie und weiterer Zersplitterung anheimfallen würde, wäre vermessen zu entscheiden. Die Aufhebung des formellen Friedenszustandes und eine Situation, in der wir wirtschaftlich für einige Zeit ausgeschaltet würden, schwebt offenbar unseren Gegnern als erstrebenswertes und vielleicht erreichbares Ziel vor. Mirbach

---

[94] Trockij, der Reorganisator der Roten Armee, gab die Sammlung seiner militärischen Schriften, Tagesbefehle und Reden unter dem Titel „Kak vooružalas' revoljucija" [Wie die Revolution sich bewaffnete] in 3 Bänden (Moskau 1923–25) heraus. Eine wertvolle Geschichte der Roten Armee von 1917–1940 stammt von Dimitri Fedotoff White: The Growth of the Red Army, Princeton 1941. Für die Anfänge der Roten Armee ferner wichtig: Vladimir Aleksandrovič Antonov-Ovseenko, Zapiski o graždanskoj vojne [Aufzeichnungen über den Bürgerkrieg], 4 Bände, Moskau, Leningrad 1924–1933. (Über die Aktionen der Roten Armee besonders im Süden und an der Volga von einem führenden General der damaligen Roten Armee.) – Andrej S. Bubnov/S. S. Kamenev/R. P. Ejdeman, Graždanskaja vojna 1918–1921, 3 Bände, Moskau 1928–1930. (Von führenden bolschewistischen Armeeführern der Bürgerkriegszeit; in der späteren sowjetischen Geschichtsschreibung nicht mehr verwertet.) Eine neuere Arbeit ist die ungedruckte Dissertation von Carl Gustav Ströhm: Bolschewismus und Heer, Die Militärpolitik Lenins und der Bolschewiki 1917–1920, Tübingen 1959.

[95] Sie war am 20. Dezember 1917 mit Feliks Dzeržinskij an der Spitze unter dem Namen „Allrussische Außerordentliche Kommission zum Kampf gegen Konterrevolution und Sabotage" (russisch: Vserossijskaja Črezvyčajnaja komissija po bor'be s kontrrevoljuciej i sabotažem, abgekürzt VČK oder Čeka) gegründet worden und wurde 1922 in GPU umbenannt. Vgl. Edward Hallett Carr, The Bolshevik Revolution 1917–1923, Bd. 1, London 1954, S. 158–170, 179–181. Wichtige, nur in sehr wenigen Exemplaren vorhandene Dokumentensammlung: Krasnaja kniga VČK [Rotbuch der VČK] Bd. 1, Moskau 1920 (wurde kurz nach Erscheinen wieder eingezogen). Neuere, daher weniger zuverlässige russische Dokumentensammlung: Iz istorii Vserossijskoj Črezvyčajnoj komissii, 1917–1921gg., Sbornik dokumentov [Aus der Geschichte der VČK, 1917–1921, Eine Dokumentensammlung] Moskau 1958. Neuere sowjetrussische Darstellung: Pavel Georgievič Sofinov, Očerki istorii Vserossijskoj Črezvyčajnoj komissii (1917–1922 gg.) [Grundriß einer Geschichte der VČK, 1917–1922] Moskau 1960.

[96] Hervorhebung im Original.

[97] Über die Gewährung von deutschen Geldmitteln an die Bolschewiki im Sommer 1918 vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 213 Anm. 19.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 6

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Deutschland 131 Bd. 39 Bl. 178. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 1. Juni 1918 p.m. *Journalnummer:* A 23153. *Paraphen u. a. von* Langwerth *[14. 6.],* Trautmann *[10. 6.]. Nach Randvermerken wurde der Bericht abschriftlich auch an die OHL und den Kaiser gesandt.)*

Ber. Nr. 96. Moskau, den 27. Mai 1918.
Inhalt: Russische Anschauungen über die Kraft Deutschlands.

Euerer Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage einen Artikel aus „Sarja Rossii" vom 25. Mai[96] vorzulegen, der die Stimmung weiter russischer Kreise mir richtig wiederzugeben scheint.

Seitdem mündliche und schriftliche Nachrichten, wenn auch noch ungeregelt, so doch schon in erheblichem Umfange aus den besetzten Gebieten und insbesondere der Ukraina hierher gelangen, haben die wirtschaftlichen und politischen Anschauungen über Deutschland eine gewisse Wandlung durchgemacht. Während man früher beinahe nichts von Deutschland und immerhin einiges von den Ländern der Entente wußte, beginnt sich das Verhältnis nunmehr umzukehren. Der Glaube an die mysteriöse Kraft Deutschlands hat die teilweise Lüftung des Schleiers nicht überall ohne Einbuße überstanden. Man hatte sich nach vierjährigen Lügen über die Erschöpfung Deutschlands an Rohstoffen gewöhnt, Deutschland für unerschöpflich zu halten.

Unsere Jagd nach dem Brot und den Waren der Ukraina hat das Urteil bei vielen wieder umschlagen lassen. Nun sehe man, heißt es vielfach, Deutschland ist doch stark erschöpft, und die russische Revolution war ihm ein wertvoller Rettungsanker. Wenn auch zur Zeit nur vereinzelte Stimmen solche Folgerungen ziehen, so wird doch damit gerechnet werden müssen, daß auf dieser Grundlage der Widerstand gegen den Brester Frieden, durch den sich Rußland wirtschaftlich und politisch zum lebensunfähigen Torso erniedrigt fühlt, und die Hoffnung, ihn doch noch irgendwie revidieren zu können, ganz anders und vielleicht wirksamer sich entfalten kann. Trotzdem die Bolschewikiherrschaft über dem Land mit Hunger, Raub und lautlosen Hinrichtungen als ein namenloser Schrecken lastet, gibt es keinen Russen, der die deutsche Hilfe gegen die Bolschewiki mit der Anerkennung des Brester Friedens erkaufen zu wollen auch nur vorgäbe.

Mirbach

Dokument 7

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Rußland 61 Bd. 154. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 2. Juni 1918 p.m. *Journalnummer:* A 23146. *Paraphe von:* Langwerth *[2. 6.]. Laut Vermerk ging Abschrift am 6. Juni an OHL und kaiserlichen Hofzug.)*

Ber. Nr. 99. Moskau, den 28. Mai 1918.
Inhalt: Innerpolitisches.

Die Stabilität der bolschewistischen Herrschaft hat in der letzten Zeit eine Festigung jedenfalls nicht erfahren; eher ist eine leichte Abwärtsbewegung zu verzeichnen.

Zu diesem nach außen kaum merklichen Niedergange tragen gewiß, wenn auch nicht in erster Linie, die bescheidenen, teilweise sogar kläglichen Gegenaktionen der

[96] Der Artikel ist im folgenden nicht abgedruckt.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bürgerlichen Parteien bei. Eigentlich zaristische Elemente, denen Wiederherstellung der Monarchie Ehrenpflicht und Herzenssache ist; Bourgeois, die den Wunsch nach ungefährer Wiederherstellung der früheren wirtschaftlichen und sozialen Zustände haben; kleine Leute, die von den verheißenen Segnungen des bolschewistischen Régime's noch immer nichts merken: alle diese Kategorien vereinigen sich in dem übrigens durchaus begreiflichen, aber ganz allgemein gehaltenen Sehnen nach „Änderung".

Über die Mittel und Wege, auf welchem sich diese Neuordnung vollziehen soll, namentlich auch bezüglich der Führer, welche der Menge diesen Weg weisen werden, herrscht aber nichts weniger als ein fester Plan, nur völlige Unklarheit und Zerfahrenheit.

Die große Mehrzahl dieser wenig tatkräftigen, meist nur kindisch klagenden und an ihrem eigenen Können zweifelnden Umstürzler von oben hat sich immer noch nichts Besseres ausgedacht, als daß *wir*[99] das Signal geben sollten: dann würde plötzlich in ihren Reihen die erforderliche Courage vorhanden sein.

Bedeutungsvoller als diese vielfältigen, aber zersplitterten Angriffe von außerhalb erscheint mir zur Zeit die Wahrnehmung, daß der Bolschewismus all' diesen Attacken nicht mehr ganz die alte Abwehrkraft entgegenzusetzen hat. Die fast ununterbrochenen Beratungen über die immer verwickelteren Fragen der auswärtigen Politik[100], verbunden mit den Auseinandersetzungen[101] darüber im eigenen Lager, nehmen die Bolschewikiführer so vollständig in Anspruch, daß sie für Bekämpfung der gegnerischen Parteizettelungen kaum mehr viel Zeit und Kraft übrig haben.

Selbst diese robusten Gewaltnaturen verzagen jetzt innerlich wohl manchmal vor der Fülle und Kompliziertheit der Probleme, die sich vor ihnen auftürmen, und die angeblichen Willens- und Tatenmenschen erscheinen zuweilen bereits von dem nationalen „Nitschewo" angekränkelt.

Bezeichnend war, wie neulich Trotzki in einer seiner elegischen Anwandlungen mir gegenüber den Spruch, daß „alles was entstehe, wert sei, zu Grunde zu gehen", mit Bezug auf den Bolschewismus variierte; nur hinsichtlich des Zeitpunktes, zu welchem der Untergang erfolgen werde, gedächten die Bolschewiki ihren Gegnern eine Enttäuschung zu bereiten.

Bezüglich der Wege, auf welchem sich eine Konsolidierung Rußlands noch erzielen läßt, hat sich Trotzki inzwischen seine eigene Ansicht gebildet und neigt – wie bereits telegraphisch gemeldet – mehr und mehr der Auffassung zu, daß Rußland sich vor uns und vor unseren auf russische Kosten entstandenen staatlichen Neuschöpfungen zur Entente hinüber retten müsse. Er kann heute unumwunden als Wortführer einer ententefreundlichen Orientierung[102] innerhalb des Rats der Volkskommis-

---

[99] Hervorhebung im Original.

[100] Vgl. die kurzen Daten über die Tätigkeit Lenins im Mai 1918 in: Lenin, Werke, Bd. 27, S. 609–616. Wichtigere Referate und Reden zur außenpolitischen Lage schrieb bzw. hielt Lenin am 3. Mai (Bd. 27, S. 306–09), 6. Mai (Sitzung des Zentralkomitees; Bd. 27, S. 348), 13. Mai (Sitzung des Zentralkomitees; Bd. 27, S. 353–57), 14. Mai (gemeinsame Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees und des Moskauer Sowjets; Bd. 27, S. 358–375), 15. Mai (Moskauer Gebietskonferenz der bolschewistischen Partei; Bd. 27, S. 376).

[101] Vgl. Schapiro, Origin, S. 130–146. Die Auseinandersetzungen zwischen Lenin und den „Linkskommunisten" gingen außenpolitisch über den Brest-Litowsker Vertrag, innerpolitisch vor allem über das Sozialisierungsprogramm (Nationalisierung der Industrie, Anteilnahme der Arbeiter an der Kontrolle der Wirtschaft).

[102] Als ein weiterer aus den deutschen Akten gewonnener Beleg für Trockijs (selbstverständlich zweckgebundene) „Entente-Orientierung" im Sommer 1918 ist sein Eintreten für einen

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sare[103] bezeichnet werden. Gewiß stößt er bei der Mehrheit seiner Amtsbrüder auf starken Widerspruch; auch die Haltung des besonneneren und kühleren Lenin und vieler anderer guter Köpfe der Ratsregierung bilden bis auf Weiteres ein leidlich sicheres Gegengewicht. Aber Trotzki, der nicht nur elegische Anwandlungen hat, sondern bekanntlich auch über ein gut Teil Fanatismus verfügt, wird so leicht nicht locker lassen.

Mirbach

Dokument 8

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Rußland 61 Bd. 154. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 9. Juni 1918 a.m. *Journalnummer:* A 24469. *Paraphe u. a. von* Wilhelm II. *[12. 6.]. Paraphe* Hindenburgs *[13. 6.] auf der Abschrift in PA, Großes Hauptquartier 31 Rußland Bd. 12.)*

Nr. 121. Moskau, den 1. Juni 1918.

Durch Königl. Feldjäger.

Inhalt: Gefährdete Situation der Bolschewikis.

Infolge einer ununterbrochenen Serie schwerer Schläge, die in dem kurzen Zeitraum der soeben abgelaufenen acht Tage auf ihn niedergegangen sind, ist der Bolschewismus heute nicht nur empfindlich getroffen, sondern gradezu ernstlich gefährdet.

Die groß angelegte Kampagne der Tschecho-Slowaken[104], die sich etwa über die Strecke Pensa–Ssysran–Slatoust–Tscheljabinsk ausdehnt, die Sonderunternehmen der Generale Krasnoff[105] und Dutow[106], die Gärung innerhalb der Flotte[107], dazu

---

Anschluß an die Entente auf einer Geheimsitzung der bolschewistischen Führer am 29. Juli zu werten. Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 238 und dortige Anm. 22. Schon im Frühjahr hatte Trockij Verbindung mit alliierten Agenten. Vgl. ebenda S. 48–49.

[103] Sovet narodnych komissarov, abgekürzt Sovnarkom. Ursprünglich bestand er ausschließlich aus Bolschewisten (eine Mitgliederliste bei Bunyan/Fisher, Revolution, S. 133), drei Linke Sozialrevolutionäre wurden noch im November aufgenommen, traten aber nach der Ratifizierung des Brest-Litowsker Vertrages durch den IV. Gesamtrussischen Sowjetkongreß im März 1918 wieder aus.

[104] Vgl. Anm. 76 und 71.

[105] Petr Nikolaevič Krasnov (1869–1947), Ataman der Donkosaken seit Mai 1918; beabsichtigte nach Vertreibung der Roten Truppen aus dem Dongebiet und Zusammenfassung der Kosaken ganz Südrußlands in einem „Südostbund", einen militärischen Zug nach Moskau zum Sturz der Bolschewiki zu unternehmen; unterhielt zum Zweck von Waffen- und Munitionslieferungen Verbindung mit den deutschen Truppen in Südrußland. Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 139–146. Dazu die (apologetischen) Erinnerungen Krasnovs, Vsevelikoe vojsko Donskoe [Das große Donheer] in: Archiv Russkoj Revoljucii 5 (1922), S. 190ff.

[106] Aleksandr Il'ič Dutov (1864–1921), Ataman der Orenburg-Kosaken. Nach dem Aufstand der Tschecho-Slowaken besetzte er am 3. Juli Orenburg und errichtete dort eine Regierung. Seine Truppen (Ende 1918 etwa 15000 Mann) gehörten zur Armee Kolčaks.

[107] Innerhalb der Schwarzmeer-Flotte, deren Personal zum großen Teil aus bolschewikifeindlichen Sozialrevolutionären bestand. Die Existenz der Flotte war eines der heikelsten Probleme der deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918. Ludendorff forderte von der russischen Regierung Herausgabe der nach Novorossijsk vor den deutschen Truppen geflohenen Schiffe als Kriegsbeute, das Auswärtige Amt sah darin eine unerwünschte Trübung des Verhältnisses zu Rußland, die Moskauer Regierung versuchte das Problem durch einen

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die teils größeren, teils geringfügigeren Putsche unter der hungernden Bevölkerung der großen städtischen Zentren und die Unruhen agrarsozialen Charakters auf dem platten Lande: alle diese in kurzer Frist sich überstürzenden Ereignisse haben eine Lage geschaffen, welche den Bestand der Bolschewikiherrschaft stärker bedroht, als es in den abgelaufenen Monaten jemals der Fall gewesen ist.

Durch schleunig erlassene Mobilmachungsbefehle, durch Verhängung des Belagerungszustandes über die Hauptherde der Bewegung, durch mahnende Aufrufe, deren aufgeregte Sprache deutlich verrät, daß sich die Verfasser der kritischen Situation durchaus bewußt sind; durch Verbot aller nicht-bolschewistischen Zeitungen, nicht zuletzt durch massenhaft – wenn auch möglichst heimlich – vorgenommene Verhaftungen und Hinrichtungen[108] suchen die Machthaber von heute ihre Herrschaft nach Möglichkeit noch weiter zu stützen, beziehungsweise zu verlängern. Denn, abgesehen von einigen freiwillig Blinden und hoffnungslos Unbelehrbaren, muß jedem einigermaßen Denkenden unter ihnen jetzt – vielleicht zum ersten Mal – die Erkenntnis kommen, daß die Ereignisse der letzten Tage das Ende des Régime's einläuten können.

All' die vorerwähnten teils nervösen, teils drakonischen Maßnahmen strafen auch den äußerlich zur Schau getragenen amtlichen Gleichmut Lügen, mit welchem die Führer sich immer noch den Anschein geben, als handle es sich um zwar unbequeme, aber nicht bedenkliche Zwischenfälle, wie sie der Bolschewismus schon öfters überwunden hat.

De facto aber sind es ernste Mahnzeichen eventuell anbrechender Götterdämmerung[109]. Mirbach

Dokument 9

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Deutschland 131 Bd. 40 Bl. 78. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 9. Juni 1918 p.m. *Journalnummer:* A 24551. *Paraphen u. a. von:* Kühlmann *und* Langwerth. *Abschrift ging am 14. Juni an den Kaiser.)*

Nr. 123. Moskau, den 2. Juni 1918.
1 Anlage
Durch Königl. Feldjäger.
Inhalt: Innerpolitisches.
Ganz geheim.

Euerer Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage eine Aufzeichnung des Legationsrats Grafen v. Bassewitz[110] zu überreichen, welcher dieser Tage dienstlich nach Petersburg gefahren war und nunmehr über seine dort gewonnenen Eindrücke Bericht erstattet hat[111].

Versenkungsbefehl zu lösen. Vgl. dazu Baumgart, Ostpolitik, S. 156–174 mit der dort angegebenen Literatur.

108 Als weitere Gegenmaßnahme organisierten die Bolschewiki die sogenannten Kombedy; vgl. Anm. 83.

109 Darüber schrieb der Kaiser: *in die wir nicht mit hineingezogen werden dürfen! wir müssen mit Dutow und den vorrückenden Kosakenheeren in Fühlung kommen.*

110 Rudolf Graf von Bassewitz (1885–1922), Legationsrat an der deutschen Gesandtschaft in Moskau.

111 Die Aufzeichnung ist nicht mit abgedruckt. Sie berichtet vor allem über eine Zusammenkunft des Grafen mit Vertretern monarchistischer Parteien.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Eindrücke stimmen in großen Zügen durchaus mit den Bildern überein, die man seit einiger Zeit auch hier in Moskau gewinnt[112].

Angesichts dieser stark beschleunigten Entwicklung, welche die Dinge hier zulande in den letzten Tagen genommen haben, und der immer prekäreren Lage, in die der Bolschewismus hineingerät, täten wir jetzt, meines Erachtens, immerhin gut daran, uns bei Zeiten, wenn auch zunächst nur sehr behutsam, auf eine eventuell notwendige Umgruppierung einzurichten[113].

Die politischen Parteien, die Rußland in das Lager unserer Gegner hinüberzuführen gedenken, scheiden für eine solche Neuorientierung naturgemäß a priori aus: in erster Linie die der Entente mit Haut und Haaren verkauften Sozialrevolutionäre[114], dann aber auch die Kadetten[115] älterer und strengerer Observanz.

Eine andere mehr nach rechts orientierte Kadettengruppe könnte dagegen wohl den Elementen nahegebracht werden, die jetzt unter dem Sammelnamen „Monarchisten" auftreten und im allgemeinen den Kern für die eventuelle Neuordnung abgeben würden, wenn man auch in ihr Organisationstalent und in ihre Stoßkraft besonderes Vertrauen zunächst nicht haben kann. Wenn wir bereits jetzt allmählich, unter den gebotenen Vorsichtsmaßregeln und entsprechend verschleiert damit beginnen, diesen Kreisen die gewünschten Geldmittel[116] zufließen zu lassen – die gleichfalls ersehnten Waffenlieferungen verbieten sich wohl aus mehr als einem Grunde von selbst –, so ist die Fühlung schon einigermaßen gewonnen, wenn sie eines Tages das heutige Régime auch wirklich ablösen.

Wir hätten dann, wenn auch vielleicht wieder nur auf eine nicht allzulang bemessene Frist, für die Neuordnung der deutsch-russischen Beziehungen willige und leidlich zuverlässige Elemente an der Hand.

Einer[117] schwerwiegenden Folge- beziehungsweise Begleiterscheinung eines derartigen Szenenwechsels kann man sich natürlich nicht verschließen: er wäre gleichbedeutend mit der Revision des Brest-Litowsker Vertrages bis zur Unkenntlichkeit! Die Abtrennung Polens, Litauens und Kurlands würden die neuen Herren eventuell verschmerzen können, aber schon Livland nur höchst ungern, Estland wohl überhaupt nicht aufgeben wollen. Vor allem aber würden sie grundsätzlich auf Wiedervereinigung der Ukraina mit ihrem neuen Rußland bestehen. Mirbach

---

[112] Vgl. auch den bei Zeman, Germany, S. 130–32, in englischer Übersetzung abgedruckten Brief Riezlers an v. Bergen vom 4. Juni 1918.

[113] Staatssekretär Kühlmann schrieb dazu an den Rand: „Einverstanden, aber *sehr* behutsam." Zu Kühlmanns Auffassung über die deutsche Ostpolitik vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 23–24, 60–92, 370–383.

[114] Vgl. Anm. 91.

[115] Die Kadetten (Abkürzung von „Konstitutionelle Demokraten"), neben den Sozialdemokraten und Sozialrevolutionären die dritte große Partei in Rußland vor 1917, hatte sich 1905 nach Gewährung einer Verfassung durch den Zaren unter Miljukov, Nabokov u. a. gebildet. Das Parteiprogramm forderte einen Ausbau des Oktober-Manifestes von 1905, in dem die neue Verfassung gewährt worden war, d. h. ein konstitutionelles Regierungssystem. Die Führer der Partei kamen von den Universitäten und aus den freien Berufen. Vgl. Victor Leontovitsch, Geschichte des Liberalismus in Rußland, Frankfurt/M 1957, S. 371–381. – Pavel Nikolaevič Miljukov, Vospominanija [Erinnerungen] (1859–1917) Bd. 1–2, New York 1955. – Hingewiesen sei auf eine in Vorbereitung befindliche Göttinger Dissertation: Klaus Fröhlich, Studien zur Geschichte der Konstitutionell-Demokratischen Partei in Rußland.

[116] Vgl. Anm. 97.

[117] Hervorhebung im Original.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 10

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Deutschland 131 Bd. 40 Bl. 293. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 19. Juni 1918 p.m. *Journalnummer:* A 26235. *Paraphen von:* Langwerth *[20. 6.],* Nadolny *[3. 7.]. Abschrift des Berichts ging am 26. Juli an die OHL und den Kaiser.)*

Nr. 152. Moskau, den 13. Juni 1918.

Im Anschluß an Bericht Nr. 123[118].

Inhalt: Innerpolitisches

Geheim!

Seit der Ankunft der Mission in Moskau haben sich von den verschiedenen bürgerlichen Gesellschaftskreisen und Parteien direkt und indirekt zahlreiche Personen mit dem Wunsche einer Fühlung und Verständigung oder mit der Bitte, die Bolschewiki um den Preis einer Zurückrevision des Brester Friedens zugunsten des bürgerlichen Rußlands zu stürzen, an die Mitglieder der Mission gewandt. Die ernsthafteste dieser bisherigen Sondierungen geschah im Namen eines Blocks, der sich aus Mitgliedern monarchistischer Organisationen, der Landbesitzer, der Semstwos[119] und der Kadettenpartei und insbesondere der Handels- und Industriekreise noch zu Zeiten der provisorischen Regierung gebildet hat und nun für eine deutsche Orientierung zu wirken entschlossen sein soll[120]. Die leitende Persönlichkeit dieser Vereinigung ist der frühere Landwirtschaftsminister Kriwoschein[121], zur Zeit als Direktor in den Morosowschen Textilwerken[122] tätig. Nach den übereinstimmenden Nachrichten aus verschiedenen Quellen soll er es verstanden haben, das Vertrauen und die Hoffnung der bürgerlichen Schichten, mit Ausnahme der extremen Rechten, auf sich zu vereinigen. Seiner Führung sollen insbesondere die Bank- und Industriekreise folgen. Kriwoschein, der nach einigen Äußerungen aus den Kreisen der äußersten Rechten von diesen als eine Art Abtrünniger angesehen wird, scheint heute den Kadetten besonders nahe zu stehen, ja sogar zu einigen Männern des rechten Sozialismus gute Beziehungen zu haben.

Nachdem er durch Mitglieder der Oktobristen-Partei[123] hat vorsichtig anfragen

[118] Vgl. Dokument 9.

[119] 1917 aufgehobene Selbstverwaltungsorgane für die russischen Gouvernements und Kreise.

[120] Die Ursprünge dieses sogenannten „Progressiven Blocks" gingen tatsächlich schon auf den Herbst 1915 zurück. Nach der bolschewistischen Machtergreifung nannte er sich das „Rechte Zentrum", das im Sommer 1918 (im Gegensatz zum ententeorientierten „Linken Zentrum", einer lockeren Vereinigung von Vertretern der Linksdemokratischen Partei, der Kadetten, Volkssozialisten u. a.) mit der deutschen Mission Fühlung suchte. Dazu vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 218–19. Zum „Rechten Zentrum" allgemein vgl. Pavel Nikolaevič Miljukov, Rossija na perelome [Rußland am Wendepunkt] Bd. 2, Paris 1927, S. 18ff. – Anton Ivanovič Denikin, Očerki russkoj smuti [Skizzen über die Zeit der russischen Wirren] Bd. 5, Berlin 1924, S. 74ff. – Die Geschichte der bolschewikifeindlichen Parteien 1917/18 muß noch geschrieben werden. Das ist natürlich deswegen besonders schwierig, weil sie immer stärker in die Illegalität gedrängt wurden.

[121] Aleksandr Vasil'evič Krivošejn (1858–1923), Landwirtschaftsminister 1908–1915, 26. 9. 1915–26. 10. 1915.

[122] Gegründet von Savva Vasil'evič Morozov (1772–1862), beschäftigte 1915 54000 Arbeiter, von den Bolschewisten im Juni 1918 nationalisiert.

[123] Oder „Union des 17. Oktober". Das Programm der Oktobristen gründete sich auf das Kaiserliche Manifest vom 17. Oktober 1905, in dem Nikolaus II. die Schaffung einer Duma

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lassen, ob die deutsche Mission bereit sei, mit einigen Mitgliedern der obengenannten Gruppe in Beziehung zu treten, und eine bejahende Antwort erhalten hat, hat er zwei Mitglieder des Centralausschusses der Kadettenpartei, den Baron Nolde[124], ehemaligen Gehilfen des Außenministers[125] im Kabinett Lwow[126], und Leontjew[127], den Gehilfen des Innenministers[128] in demselben Kabinett mit den weiteren Schritten beauftragt.

Bei der Eigenart der gegenwärtigen Lage erscheint mir das nächste Gebot, eine Vereinigung der Gegner des in Agonie liegenden bolschewistischen Systems unter der Führung der Entente zu verhindern. Ein *absolutes*[129] Nein, das aus der Ablehnung derartiger Gespräche erschlossen würde, wird daher solchen Anfragen gegenüber, auch wenn sie die von dem gesamten Rußland mit elementarer Kraft erstrebte Revidierung des Brester Friedens zum Ziele haben, nicht ausgesprochen werden dürfen, zumal nachdem in Sibirien unter czechoslowakischer Deckung eine von ententefreundlichen Elementen geführte Gegenrevolution[130] zu siegen scheint und in der Ukraine mit einem oktobristisch-kadettischen Ministerium[131] Schichten zur Macht gelangt sind, die sobald als möglich einem nicht bolschewistischen Großrußland wenn nötig auch gegen den Willen der occupierenden Mächte wieder zustreben werden.

Für den Fall, daß in den zunächst an der Oberfläche gehaltenen Besprechungen mit den Beauftragten Kriwoschein[s] concrete Möglichkeiten und Vorschläge auftauchen sollten, darf ich mir weitere Berichterstattung vorbehalten. Mirbach

Dokument 11

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Deutschland 131 Bd. 41 Bl. 128/130. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 26. Juni 1918 p.m. *Journalnummer:* A 27349. *Paraphen von: v. Bergen [Vortragender Rat im AA], v. d. Bussche-Haddenhausen [27. 6., Unterstaatssekretär].)*

Nr. 179. Moskau, den 20. Juni 1918.
Durch Königlichen Feldjäger.
Inhalt: Innerpolitisches.

Die vielen schwankenden Gestalten, Träger alter Namen oder früherer Würden, Inhaber großer Firmen oder Besitzer von Latifundien, die täglich, unter Beteuerung

---

mit gesetzgebenden Befugnissen und Anteil an der Überwachung der Verwaltung versprochen hatte. Vgl. Leontovitsch, Liberalismus, S. 371–381.

124 Baron Boris Emiliev Nol'de (1876–1948).

125 Pavel Nikolaevič Miljukov (1859–1943).

126 Fürst Georgij Evgen'evič L'vov (1861–1925) Ministerpräsident und Innenminister der Provisorischen Regierung März–Juli 1917.

127 S. M. Leont'ev.

128 Fürst L'vov (vgl. Anm. 126).

129 Hervorhebung von Mirbach.

130 Vgl. David Footman, Civil War in Russia, London 1961, S. 85–134 (weitere Literatur dort S. 134). Neuerdings Peter Fleming, The Fate of Admiral Kolchak, New York (1963) [unter Verwendung des Kolčak-Nachlasses geschrieben]. Dazu vgl. Anm. 136.

131 Das nach dem mit deutscher Unterstützung erfolgten Sturz der sozialistischen ukrainischen Rada gebildete neue Ministerium unter dem Hetman Skoropadskij enthielt außer dem Außenminister kein führendes Mitglied der ukrainischen Nationalbewegung, sondern bestand aus Vertretern des Großrussentums. Vgl. Reshetar, The Ukrainian Revolution, S. 149.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihrer deutschfreundlichen Gesinnung bettelnd erscheinen, um Hilfe gegen die Bolschewiki zu erflehen und sich die Anwartschaft auf einen Posten unter dem von uns einzusetzenden großrussischen Skoropadski[132] zu erschleichen, sind, für sich allein betrachtet, ernstlicher Erwägung kaum wert. Unfähig zu handeln, sich zu organisieren, zu wagen, erwecken sie nicht den Eindruck, als ob sie Lenin die Knute entwinden könnten.

Der Arm indes, der diese Knute schwingt, gehört einem durch die Ereignisse der letzten Wochen zu Tode Getroffenen. Die schwankenden Umrisse neuer Möglichkeiten tauchen auf und scheinen sich allmählich zu befestigen; von innen und außen drängt alles auf eine Krise zu.

Die Politik der Entente ist klar – sie will das Land, das in allen seinen Schichten den Frieden, aber nicht den Brester Frieden will, mit aller Macht und mit welcher Partei auch immer von neuem in einen Krieg treiben, bereit, sich mit einem Guerilla-, ja mit einem bloßen Wirtschaftskrieg zu begnügen. Nachdem Deutschland die Hand auf den Süden gelegt hat[133], ist man im Norden gelandet[134]. Bereit, den Czechoslowaken, die als Überläufer auf Leben und Tod mit der Entente verbunden sind, die Hand zu reichen, und bereit, je nach der Lage unter der Flagge einer Monarchie oder dem Ruf nach der Konstituante[135], Rußland von Norden aus gegen die überall immer verhaßteren Bolschewiki und gegen Deutschland, welches das alte Rußland zum Torso zerstückelt hat, zu sammeln. Dieser Plan ist heute eine reale Gefahr geworden. Mit den Czechoslowaken verbündet steht hinter ihnen die „provisorische Regierung" in Omsk[136], in Charbin und Wladiwostok, unter den Fittichen der Entente entstanden, heute nahezu die Herrin Sibiriens, aber nicht sibirisch, sondern russisch gesinnt, gestützt auf cirka 70000 bis 80000 Kosakentruppen und einen verfügbaren Überschuß von cirka 2000000 Tonnen Getreide, dazu mit der Aussicht, den Zaren[137] selbst oder irgend ein Mitglied der Zarenfamilie, mit oder ohne die nach Omsk einzuberufende Konstituante auf den Schild zu erheben.

[132] Pavel Petrovič Skoropadskij [= Skoropadśkyj] (1873–1945), Hetman der Ukraine 29. 4.–14. 12. 1918, kam mit deutscher Unterstützung an die Macht. Vgl. Reshetar, The Ukrainian Revolution, S. 125–132, 145–207; Baumgart, Ostpolitik, S. 127–28.

[133] Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 117–174.

[134] Vgl. Kennan, Decision, S. 15ff., 245ff., 363ff.

[135] Die Konstituierende Versammlung, in der auch Vertreter bürgerlicher Parteien saßen, war am 18./19. Januar von den Bolschewisten mit Gewalt aufgelöst worden. Die Wahlen zur Konstituante am 25. November 1917 hatten eine klare Minderheit für die Bolschewiki ergeben. Von 707 Sitzen verfügten sie über 175. Zur Auflösung vgl. Kennan, Russia, S. 343ff., besonders 348ff. Zu den Wahlen und der Vorgeschichte der Konstituante vgl. Oliver Henry Radkey, The Election to the Russian Constituent Assembly of 1917, Cambridge/Mass. 1950.

[136] Die sogenannte „Provisorische Sibirische Regierung" – bürgerlichen, national-konservativen Charakters – bildete sich im Sommer 1918 in Omsk. Die führende Erscheinung in ihr war Admiral Kolčak. Wie Mirbachs Berichte und überhaupt die deutschen Akten beweisen (vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 220, 397), knüpfte sie auch Verbindung mit der deutschen Mission an. Die in der Forschung bisher vertretene ausschließliche Entente-Orientierung der Provisorischen Sibirischen Regierung ist demnach nicht mehr haltbar. Über die Provisorische Sibirische Regierung ist am ausführlichsten G. K. Gins, Sibir', Sojuzniki i Kolčak, Povorotnyj moment russkoj istorii, 1918–1920gg., Vpečatlenija i mysli člena Omskogo pravitel'stva [Sibirien, die Alliierten und Kolčak, Der Wendepunkt der russischen Geschichte, 1918–1920, Erlebnisse und Gedanken eines Mitgliedes der Omsker Regierung] Peking 1921, Bd. 1, S. 102 bis 131.

[137] Nikolaus II. (1868–1918) wurde von den Bolschewiki in Ekaterinburg interniert und dort am 16. Juli 1918 mitsamt seiner Familie erschossen. Vgl. Chamberlin II, S. 84–95.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Anbetracht dieser Kombination, die uns zu einem neuen Kriege gegen ein gewiß nicht militärisch, aber doch moralisch stärkeres Rußland zwingen kann, der die Idee der Selbständigkeit der Ukraine auf keinen Fall standhalten wird und die uns auf alle Fälle die wirtschaftlichen Möglichkeiten verschließen wird, werden wir die zur Abwehr dieser Kombination möglichen Bundesgenossen, auch auf der Seite der Gegenrevolution, nicht vernachlässigen dürfen.

Unter den vielfachen Annäherungsversuchen sind drei von politischer Tragweite. Die in dem Bericht Nr. 152[138] geschilderte *Gruppe des rechten Zentrums*[139] (Kriwoschein), der im Bericht Nr. 125[140] und durch anderweitige Berichterstattung genannte Petersburger Bankgewaltige, Jaroshinsky[141], und die anderweitig gemeldete[142] Verbindung mit der provisorischen Regierung in Charbin-Omsk.

In den bisherigen drei Unterredungen, die Herr Riezler[143] mit den Beauftragten Kriwoschein's und seiner aus Kadetten, Industriellen, Gutsbesitzern etc. gebildeten Gruppe hatte, bekannten sich diese zu der Einsicht, daß die Entente nicht Rußland wiederherstellen, sondern nur von neuem in einen für Rußland abermals unglücklichen Krieg führen wolle, daß eine Wiederherstellung der bürgerlichen Ordnung nur vielleicht ohne Deutschland, aber nicht gegen Deutschland erfolgen könne und solle, und sprachen die Hoffnung aus, daß Deutschland den Brester Frieden, den kein Russe als endgültig anerkennen werde und könne, aus eigener Einsicht in einigen Punkten revidieren und einer Autonomie der Ukraine, des Kaukasus[144] und Esthland[s][145] im Rahmen eines Deutschland befreundeten Rußlands zustimmen würde. Gestützt wird diese Hoffnung in diesen wie in anderen Kreisen durch die Umwälzung in der Ukraine[146] zu gunsten großrussisch gesinnter Elemente, die nach *allgemeiner* Ansicht nur ein Deutschland billigen könne, das sich mit der Notwendigkeit einer Wiederherstellung der russischen Einheit bereits befreundet habe. Über die konkreten Machtmittel der Partei und die Verbindung mit den Generalen des Südens[147] befragt, haben die Ver-

[138] Vgl. Dokument 10.

[139] Sämtliche Hervorhebungen in diesem Bericht stammen von Mirbach.

[140] Nicht abgedruckt.

[141] Genauere Daten über ihn konnten nicht ermittelt werden. Aus den deutschen Akten geht hervor, daß die Verbindung mit ihm nie sehr eng war und bald (Juli/August) fallengelassen wurde. Vgl. Günter Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922, Berlin 1960, S. 93.

[142] Telegramm Mirbach an AA, Moskau 19. 6. 1918 (PA, Deutschland 131 Bd. 41 Bl. 1/2) und Telegramm Mirbach an AA, Moskau 20. 6. 1918 (PA, Deutschland 131 Bd. 41 Bl. 23/24). Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 81.

[143] Kurt Riezler (1882–1955), Legationsrat an der Gesandtschaft in Moskau. Vgl. die Dokumentation von Eberhard Pikart, Ein Brief Kurt Riezlers an den Hamburger Bürgermeister Petersen vom 1. Februar 1924, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 211–18, besonders dortige Anm. 4.

[144] Zur Lage im Kaukasus im Sommer und zu ihrer Rückwirkung auf das deutsch-russische Verhältnis vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 174–206.

[145] Die Frage der Zukunft Estlands (und Livlands), im Friedensvertrag von Brest-Litowsk noch nicht endgültig von Rußland abgetrennt, war ein Gegenstand der damals zwischen Deutschland und Sowjetrußland schwebenden Ergänzungsverhandlungen. Im Ergänzungsvertrag vom 27. August 1918 erkannte die sowjetrussische Regierung die Unabhängigkeit dieser Gebiete an.

[146] Vgl. Anm. 131, 132.

[147] General Krasnov (vgl. Anm. 105) und General Alekseev, der mit seiner „Freiwilligen Armee" im Kuban-Gebiet gegen die Bolschewiki operierte. Über letzteren vgl. Footman, Civil War, S. 33–84 (mit der dort S. 84 angegebenen Literatur). Von Alekseevs Nachfolger,

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

treter zugegeben, zu konterrevolutionären Versuchen aus eigner Kraft noch nicht stark und bereit genug zu sein, und bei der letzten Besprechung gestanden, daß ihnen durch die Möglichkeit, daß der Zar oder ein Großfürst in [die] Hände der oben skizzierten Ententekombination geraten könne, das Conzept gelöst sei, da eine in Moskau oder Petersburg zu bildende Regierung nicht gegen die auf Seite eines *Zaren* stehenden Czechoslowaken kämpfen könne.

Der Petersburger Bankgewaltige Karl Josefowitsch von Jaroshinsky zeigt sich über die Bestrebungen und Unterredungen auf das Genaueste informiert. Er spricht mit tiefer und durch viele Einzelheiten begründeter Verachtung von der faulen und feigen bürgerlich russischen Welt, des alten wie des provisorischen Regimes und bezeichnet Kriwoschein als den relativ besten und anständigsten. Seine politische Kombination ist nicht national-russisch, sondern individuell. Er sieht das russische Wirtschaftsleben in deutsche Hände geraten und hofft es mit Hilfe der deutschen Organisationskraft und Tüchtigkeit, vielleicht auch des Kapitals beherrschen zu können. Er bezeichnet sich als den Vanderbilt[148] Rußlands und bietet uns seine persönliche Kraft zur Ausbeutung an. In diesem Sinne spricht er nicht von Revision des Brester Friedens, sondern behauptet, daß er Kriwoschein, der ihm anfangs von der Notwendigkeit, Reval und Riga zurückzubekommen, gesprochen hätte, ausgelacht und ihm entgegnet habe, er könne doch nicht die Hilfe der Deutschen mit Forderungen erbitten.

Jaroshinsky entwickelt ein gradezu titanisches Programm:

Die gesamte Herrschaft über die russische Zentrale will er uns liefern, Trepow[149], Kokowzew[150], Kriwoschein und tutti quanti, mit dem ihm zur Verfügung stehenden, völlig amerikanisierten Bankapparat an unsere Kette legen, Minister in der Hand behalten, Gegner kaltstellen, Parteien finanzieren und Zeitungstrusts zur Verfügung stellen – Möglichkeiten, die, nur von ihm selbst erklärt, phantastisch klingen, nach den zahlreichen anderen Nachrichten über seine Person und seinen Einfluß aber nicht abgelehnt werden können. Er will am liebsten, und besser früher wie später, den deutschen Einmarsch und einen Monarchen, dem alsbald das heilige Rußland wieder gehorsam zu Füßen fallen wird.

Eine Verständigung mit der dritten Kombination: mit der „*Provisorischen Regierung*" in Sibirien ist technisch, wie politisch, die schwierigste. Indes, wenn sie gelingt, die bedeutsamste, weil in ihr politische und namentlich wirtschaftliche Auswirkungen liegen, die bis an den Stillen Ozean reichen können. Die reale Macht der Kosakengenerale gegen die Bolschewiki in der Gegenwart, gegen die Czechoslowaken in der Zukunft ist von hier aus nicht mit Sicherheit zu übersehen. Der Abgesandte dieser Gruppe schätzt sie hoch ein; hiesige bürgerliche Elemente aber glauben nicht, daß die Kosaken sich außerhalb ihres Gebietes mit Freuden verwenden lassen. Der Plan der provisorischen Regierung, die Macht in Petersburg und Moskau erst dann zu erstreben, wenn die Getreidelieferung aus Sibirien genügend vorbereitet ist, zeigt ihren Ernst – ob er ausführbar ist oder ob, wie es nach eben eingetroffenen neuen Nachrichten den Anschein hat, die Czechoslowaken und ihre ententistischen Hinter-

---

Denikin, stammen die von allen Führern der Weißen wohl wertvollsten und vollständigsten Memoiren. Vgl. Anm. 120.

[148] Cornelis Vanderbilt (1794–1877), amerikanischer Finanzmann.

[149] Aleksandr Fedorovič Trepov (1862–1928), Ministerpräsident November–Dezember 1916; versuchte Verbindung mit deutschen Stellen in Rußland und mit der deutschen Regierung aufzunehmen. Vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 324, 326 Anm. 80.

[150] Vladimir Nikolaevič Kokovcov (1853–1943), Ministerpräsident September 1911–Januar 1914.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

männer die Entwicklung zu forcieren im stande sind, werden die nächsten Wochen zeigen.

Die Entwicklung läuft, durch das Auftreten der Czechoslowaken beschleunigt, mit kaum aufzuhaltender Kraft der Konterrevolution zu – wir werden alle Möglichkeiten, diese Entwicklung, nach Kräften, selbst zu führen und ihre ferneren Bahnen bestimmen zu können, benützen, aber auch damit rechnen müssen, daß nach dem Auftreten organisierter und der Entente ergebener Truppen eine Verständigung mit den drei oben genannten Gruppen wohl nicht genügen wird, wenn sie nicht gleichzeitig von einer militärischen Aktion unsererseits gestützt ist. Mirbach

Dokument 12

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN STAATSSEKRETÄR KÜHLMANN

(PA, Deutschland 131 secr. Bd. 18 Bl. 188/191. Handschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 29. Juni 1918. *Journalnummer:* AS 2936. *Aus Paraphen zu folgern, wurde der Brief auch von Bussche, Nadolny und Stumm [Unterstaatssekretär] gelesen. Einem Vermerk zufolge wurden persönliche Mitteilungen, die auf Bl. 191 folgten, nicht zu den Akten genommen. Abdruck in englischer Übersetzung bei Zeman, Germany, S. 137–39.)*

Moskau, den 25. Juni 1918.

Mein verehrter Chef,

Von Ihrer Aufforderung, Ihnen gelegentlich privatim zu schreiben, möchte ich heute Gebrauch machen und Einiges zur hiesigen Situation brieflich kurz zusammenfassen, das sich zwar schon in verschiedenen Berichten verstreut findet, das Sie aber vielleicht ebenso gern einmal in einem Briefe krystallisiert lesen:

Ich kann heute, nach über 2monatiger aufmerksamer Beobachtung, dem Bolschewismus eine günstige Diagnose nicht mehr stellen: wir befinden uns zweifellos an dem Lager eines Schwerkranken, der noch gelegentlich scheinbare Besserungen zeigen mag, letzten Endes aber geliefert ist.

Abgesehen davon, daß der Bolschewismus dem inneren Zersetzungsprozeß, der ihn zerfrißt, bald von selbst erliegen muß, sind auch allzu zahlreiche Elemente unermüdlich dabei, dieses Ende möglichst zu beschleunigen und die Nachfolge in ihrem Sinne zu regeln.

Dann tritt gegebenen Falls eines Tages die für uns unerwünschte Konjunktur ein: Sozialrevolutionäre, mit ententistischen Geldern finanziert und mit tschechoslowakischen Waffen gerüstet, führen ein neues Rußland ganz offenkundig erneut den Reihen unserer Gegner zu. (– Militärisch gewiß nicht allzu schreckhaft; aber politisch und wirtschaftlich sicher so unerwünscht als nur möglich. –)

Wird nun als feststehend angenommen, daß der Bolschewismus ohnehin am Ende seiner Kraft angelangt ist, so meine ich, daß wir dafür sorgen sollten, das Vacuum, welches nach seinem Verschwinden hier dann eintritt, mit einem *unseren*[151] Wünschen und Interessen entsprechenden Régime – nicht notwendigerweise sofortige Monarchie – alsbald ausfüllen zu können.

Die Vorbedingungen wären da: teilweise noch latent, könnten aber jeder Zeit zu lebhafterer Betätigung angeregt werden.

Interessentengruppen der verschiedensten Färbungen ständen uns zur Verfügung: zunächst die Monarchisten im engeren Sinne, die wohl auch Berücksichtigung verdienen, als einziger Grundpfeiler einer eventuellen Kombination aber nicht zu emp-

[151] Hervorhebung von Mirbach.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fehlen sind[152]: sie sind im Allgemeinen zu konfus und indolent und im Grunde doch nur darauf aus, mit unserem Beistande ihre alten gesicherten und bequemen Existenzbedingungen wiederzugewinnen.

Unsere eventuelle Kerntruppe sollte sich aus gemäßigten Rechtsstehenden, Oktobristen und Kadetten (bis möglichst weit nach links) zusammensetzen, vor allem weil wir dadurch einen starken Prozentsatz der einflußreichen Industrie- und Bankwelt unseren unabsehbaren wirtschaftlichen Interessen dienstbar machen.

Dieser schon recht stattliche Block könnte noch verstärkt und erhärtet werden, wenn es – was allerdings das schwierigste Problem wäre – gelingen könnte, die Sibirier miteinzubeziehen. Dann eröffneten sich noch weitere, auf die Bodenschätze Sibiriens fundierte Aussichten, wobei ich eventuell noch weitere, nach dem fernen und fernsten Osten weisende, nahezu unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten nur streifen will.

Wir brauchen, bei einer eventuellen Neuorientierung hier, nicht einmal allzu gewaltsam vorzugehen, könnten nach außen den Bolschewiki gegenüber bis zum letzten Augenblick gewissermaßen die Form wahren: die dauernde Mißwirtschaft hier, die ebenso andauernden schwersten Schädigungen all unserer Interessen könnten ja jeder Zeit, zu dem *uns*[151] genehmen Zeitpunkt, zum Anlaß militärischen Vorrückens genommen werden; jede Vorwärtsbewegung größeren Stils unsererseits – es braucht gar nicht auf die beiden Hauptstädte loszugehen – wird aber geradezu automatisch den Einsturz des Bolschewismus herbeiführen, und ebenso automatisch treten dann auch die inzwischen von uns in Bereitschaft gehaltenen und ergebenen neuen Regierungsorgane in die entstandene Lücke.

Für ganz umsonst ist natürlich nichts zu haben: einen gewissen Preis werden wir, wenn auch nicht gleich, so doch im Verlauf der Entwicklung erlegen müssen. Die Karte Rußlands, so wie der Brest-Litowsker Vertrag sie gemalt hat, werden unsere hiesigen Eventualfreunde nun einmal nicht unbesehen hinnehmen. Von Polen, Litauen und Kurland haben sie sich innerlich wohl schon hinreichend losgelöst; auch der dauernde Verzicht auf Livland wird ihnen nicht unverhältnismäßig schwer fallen; bitterer ist ihnen – Reval's wegen – die Amputation Estlands. Dagegen ist es geradezu politisches Axiom geworden, die dauernde Trennung der Ukraina vom übrigen Rußland als unhaltbar zu proklamieren.

Wer der Ukraina Ewigkeitswert vindiziert, wird sich nur schwer mit dem Gedanken abfinden können, sie wieder einmal in Restrußland aufgehen zu lassen; wer sie als Kriegsmaßnahme betrachtet, wird in dieser Beziehung eher umdenken können.

Ich weiß natürlich genau, daß ich nur einen Ausschnitt aus dem Gesamt-Weltbilde sehe: nur wer dieses ganz vor Augen hat und alle Zusammenhänge kennt, kann entscheiden. Immerhin aber wollte und mußte ich den Sektor, für den ich verantwortlich bin, so schildern, wie ich ihn zu sehen glaube. Mirbach

[152] Zeman (Germany, S. 138) übersetzt diesen Satz nicht dem Sinn entsprechend: „First of all, there are the Monarchists, in the narrower sense of the word, who probably deserve consideration as the only available firm king-post for any possible combination, but who are not to be recommended."

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 13

DER DEUTSCHE DIPLOMATISCHE VERTRETER IN MOSKAU, GRAF MIRBACH, AN REICHSKANZLER HERTLING

(PA, Deutschland 131 Bd. 42 Bl. 57. Maschinenschriftliche Ausfertigung. Eingangsvermerk: 2. Juli 1918 p.m. *Journalnummer:* A 28297. *Paraphen u. a. von* Kühlmann, *v. d.* Bussche *[3. 7.],* v. Bergen, Nadolny *[10. 7.].)*

K. Nr. 209. Moskau, den 28. Juni 1918.
Im Anschluß an Bericht Nr. 179[153].
Durch Königl. Feldjäger.
Inhalt: Innerpolitisches.
Geheim.

In der letzten Unterredung mit den Vertretern der in Bericht Nr. 152[154] geschilderten Gruppe des rechten Zentrums legte Fürst Urussow[155] und der frühere Ministergehilfe Leontjew[156] dar, wie sie sich das Vorgehen dieser Gruppe gegen die Bolschewiki denken. Die Aussichten für das Gelingen eines Putsches aus eigener Kraft wären in den letzten Wochen gestiegen. Es wäre nicht unmöglich, daß man in einigen Wochen soweit sei. Das Urteil der militärischen Organisationen[157] stehe indes noch aus. Sollte ein Putsch gelingen, so wäre die Gruppe gezwungen, um die vielfachen anderen Gruppen, insbesondere Sibirien zum Anschluß und Gehorsam zu bringen, ihr Recht durch ein Arrangement, kraft dessen sie im Namen des Monarchen spreche, zu begründen; sie müsse in einem gegen die Bolschewiki gerichteten Manifest das Programm einer neuen Regierung verkünden, eine allgemeine Semstwoversammlung, den Frieden nach außen proklamieren, könne dabei aber nicht umgehen, dem Wunsch nach einer Milderung des Brester Vertrages, die Rußland die Lebensfähigkeit zurückgeben könnte, Ausdruck zu geben.

Die Gruppe ist noch immer beunruhigt durch die Möglichkeit, daß der Zar oder ein anderes Mitglied der Zarenfamilie in die Hände der Czechoslowaken und damit der ententistischen Kombination fallen könnte. Sie versucht Fühlung mit den sibirischen Generalen[158] zu bekommen und, wie bereits anderweit gemeldet, die Dongenerale[159] zu bewegen, sich nicht auf die Seite der Ententekombination festzulegen.

Mirbach

---

[153] Vgl. Dokument 11.

[154] Vgl. Dokument 10.

[155] Wahrscheinlich Fürst Sergej Dmitrievič Urusov (geb. 1862), Gehilfe des Innenministers 1905–06.

[156] Vgl. Anm. 127.

[157] Darüber vgl. Baumgart, Ostpolitik, S. 219 und dortige Anm. 38.

[158] Gemeint sein dürften in erster Linie General Dutov und Admiral Kolčak.

[159] General Krasnov und General Alekseev.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen:

RICHARD-FRANCK-PREIS

für die Bibliographie zur Zeitgeschichte

Anläßlich des fünfzigjährigen Bestehens der ehemaligen „Weltkriegsbücherei", jetzt „Bibliothek für Zeitgeschichte", in Stuttgart stifteten die Erben des Gründers dieser international bekannten und sehr verdienstvollen Bibliothek, des Industriellen Dr. h. c. Richard Franck, einen mit 2000 DM dotierten „Richard-Franck-Preis" für hervorragende bibliographische Leistungen auf dem Gebiet der Zeitgeschichte. Der Preis, der alle zwei Jahre verliehen werden soll, ist erstmals in diesem Jahr Dr. Thilo Vogelsang, dem Leiter der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte in München, für die von ihm als Beilage unserer Zeitschrift herausgegebene „Bibliographie zur Zeitgeschichte" zuerkannt worden.

In einer Ansprache bei der Preisverleihung hat der Preisträger Überlegungen über den Charakter und die Funktion dieser Bibliographie vorgetragen, die wir unseren Lesern, von denen viele ja Benutzer der Bibliographie sind, nicht vorenthalten wollen. Vogelsang führte u. a. aus:

„... Daß die Bibliographie als Schrifttumsverzeichnis so weitgespannt wie möglich sein mußte, verstand sich in den Anfängen ebenso, wie es sich verbot, sie allein auf dem damals noch geringen und heterogen zusammengesetzten Bestand der Instituts-Bibliothek basieren zu lassen. Sie war vielmehr in ein Verhältnis zu der sich aufbauenden und bald kräftig ausgreifenden zeitgeschichtlichen Wissenschaft selbst zu bringen, und das um so mehr, als die durch die „Umstände" zweier Weltkriege ohnehin global gewordene Forschung Veranlassung genug hatte, sich als „Welt" rings um uns stärker als je zuvor mit der deutschen Geschichte zu befassen, und ganz besonders mit dem, was wir Zeitgeschichte nennen. So war also ein Abbild dieser Bemühungen zu geben, das dann freilich auch schnell zu einer Widerspiegelung gegensätzlicher Geschichtsauffassungen und -deutungen von West und Ost geworden ist. Auf der anderen Seite aber unterstützte die Bibliographie bewußt den „*Anspruch*" der Zeitgeschichte als Teildisziplin, indem sie mit ihren Gliederungselementen den zeitlichen und räumlichen Umfang zu erkennen gab ...

Die Bibliographie läßt also Schlüsse auf die Intensität der Forschung zu. So hat beispielsweise Friedrich Zipfel vor zwei Jahren aus ihr und ihrer „Stiefschwester", der Bibliographie von Franz Herre und Hellmuth Auerbach, interessante Beobachtungen über die unterschiedlich gewordenen Schwerpunkte von Nationalsozialismus- und Widerstandsforschung ableiten können; in diesem Falle, nebenbei bemerkt, handelte es sich um einen zahlenmäßigen Rückgang.

Werfen wir einen Blick auf die praktische Arbeit. Die erstrebte Weitflächigkeit verlangt die Ausschöpfung aller erreichbaren „guten" bibliographischen Quellen, und darüber, welche von ihnen als „solide" anzusehen sind und welche nicht, hat längst die Erfahrung entschieden. Da in der Münchner Bibliothek die Sachkatalogisierung der Bestände sich auch auf etwa 60–65 % der laufend gehaltenen Zeitschriften erstreckt, fällt zunächst einmal schon hier ständig ein stattliches Rohmaterial an, das durch die Auswertung anderer Quellen, von den Zeitschriften über Verlagsprospekte und sonstige Hilfsmittel bis zu einschlägigen Zugangslisten des In- und Auslandes eine kontinuierliche Ergänzung erfährt. Hier ist natürlich in zahlreichen Fällen die Autopsie ausgeschlossen, sie muß durch eine systematische Berücksichtigung von Rezensionen, wo immer sie auch zu erlangen sind, soweit ausgeglichen werden, daß dieses Schwächemoment so gut wie möglich reduziert wird. So ergibt sich ein Kriterium, das dann im nächsten Arbeitsgang bedacht werden will, bei der Auswahl und dem Entwurf für die viermal

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Jahre zu erstellenden Manuskripte, ein Arbeitsgang, der zuweilen langwierige Überprüfungen, stets jedoch Ergänzungen und die Schaffung von Verweisungen in sich einschließt. In Anbetracht seiner Wichtigkeit möchte ich an dieser Stelle meine frühere Mitarbeiterin Ingrid Sommer und meine jetzige Helferin Ursula van Laak in Dankbarkeit bei Namen nennen.

Bei alledem fehlt es nicht an Schwierigkeiten. Das auf die Periode der Nachkriegszeit, also die Zeitgeschichte zwischen 1945 und 1967 bezogene Schrifttum, hat inzwischen in der Bibliographie einen Anteil von 35% und darüber erreicht. Natürlich wird gerade in diesen beiden Gruppen (Nr. 14 und 15) die Auswahl besonders streng vorgenommen, doch würde man sich gelegentlich eine noch stärkere Straffung wünschen. Aber hier zeigt sich nun doch einmal mehr, in welchem Maße eine Bibliographie zwangsläufig Schwerpunkte des Interesses und der Aktualität widerspiegelt ... Was an Ereignissen und Zusammenhängen gestern und heute schwerwiegend gewesen ist, muß in einer späteren Betrachtung nicht unbedingt schwerwiegend bleiben, *aber* eine laufende Bibliographie wiederum kann und darf nicht, wenn wissenschaftliche Arbeiten politisch polemisieren oder die Polemik sich mit Fußnoten schmückt, angesichts der „Masse" prima facie Wertungen durch *zusätzliche* Kürzung treffen oder gar Wertungen präjudizieren.

Dem Problem soll damit nicht ausgewichen werden. Diese Frage wird sich nämlich erneut stellen, wenn es einmal darum geht, zur Zeitgeschichte unserer Nachkriegszeit ab 1945 ein retrospektives zusammenfassendes Schrifttumsverzeichnis zu bieten ...

Denn: Das alte bewährte bibliographische Unternehmen zur deutschen Geschichte, der Dahlmann-Waitz, wird sich ... jetzt und in den nächsten Jahren lieferungsweise zur 10. Auflage runden. Aus Gründen, die mit der „besonderen Aktualität der Thematik", dem „bei ihr besonders raschen Gang der Forschung" und der Gefahr des Veraltens zusammenhängen, erstreckten sich die ersten Lieferungen des Dahlmann-Waitz auf die Zeitgeschichte, indem man das 8. Buch des Teiles B zuerst zum Abdruck brachte. So haben wir zwar endlich eine *rückschauende* Bibliographie zur deutschen Zeitgeschichte, welche die jeweils zeitgenössischen Quellen und Arbeiten mit denen unserer Zeit vereinigt, doch hat das herausgebende Max-Planck-Institut für Geschichte in Göttingen bewußt die in dem Werk zu berücksichtigende deutsche Geschichte mit dem Jahre 1945 enden lassen. Kein Mensch vermag heute zu sagen, wann einmal in einer 11. Auflage die Schwelle des Jahres 1945 überschritten werden wird. Da bei den schon wieder lange zurückliegenden Vorbesprechungen in Göttingen betont wurde, für die Zeit nach 1945 müsse dann eben die „Bibliographie zur Zeitgeschichte" des Münchner Instituts einspringen, und da die bekannten „Jahresberichte für deutsche Geschichte" der Berliner Akademie stets „Jahresberichte" bleiben werden, bietet sich hier eine dankenswerte Aufgabe für die Fachbibliotheken, und ich meine, eine zusammenfassende „Bibliographie zur Geschichte der Nachkriegszeit", selbstverständlich weit über den deutschen Bereich hinausreichend, wäre der damit verbundenen Anstrengungen – vielleicht sogar gemeinsamer Bemühungen – wirklich wert ...

Die Gliederung und damit das „Gesicht" unserer Bibliographie haben sich im allgemeinen bewährt und werden wohl auch so bleiben können, wie sie im Augenblick sind. Andererseits erscheinen mir verschiedene Verbesserungen in der Fein-Unterteilung, sowohl Ausweitungen als auch Vereinfachungen, sehr erforderlich. Hier sind Überlegungen eingeleitet worden, die wir, beginnend mit dem nächsten Durchgang, vom Jahre 1969 ab verwirklichen wollen. Vollkommen ist nichts auf dieser Welt, und mein Appell an die „Kritik der Historiker und Bibliographen", niedergelegt in der Vorbemerkung zum ersten Heft 1953, gilt selbstverständlich auch jetzt und gerade vom heutigen Tage an mehr denn je ..."

Für die Redaktion: H. A.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

THE PRESS LIBRARY OF THE ROYAL INSTITUTE OF INTERNATIONAL AFFAIRS, LONDON

Im folgenden soll auf eine bedeutende zeitgeschichtliche Materialsammlung in London hingewiesen werden, die von der Geschichtswissenschaft in den kontinentaleuropäischen Ländern bis jetzt so gut wie gar nicht beachtet worden ist. Allgemein bekannt sind zwar die Bände des „Survey of International Affairs", die Arnold Toynbee 1925 als Fortsetzung der sechsbändigen „History of the Peace Conference" begründete und bis Mitte der 40er Jahre selbst herausgab. Aber es wird wenig bedacht, daß diese Publikation nur durch die Errichtung einer großangelegten Zeitungsausschnitt-Sammlung ermöglicht wurde, die von qualifizierten wissenschaftlichen Mitarbeitern laufend geordnet, indiziert und erweitert wird.

Die Sammlung besteht aus mehreren Millionen von Artikeln, reinen Nachrichtentexten wie Meinungsäußerungen, die aus einer Auswahl der bedeutendsten Zeitungen der Welt ausgeschnitten, auf Papierbogen geheftet und in Ordnungskästen aufbewahrt werden. Ein Index erschließt sie sowohl nach Inhalt wie nach dem betreffenden Land. Zahl und Art der ausgewerteten Zeitungen schwankt entsprechend der Entwicklung der Sammlung. In den Jahren 1924–1927 wurden lediglich „Le Temps" (Paris), die „Frankfurter Zeitung", „The Times", „The New York Times" und der „Corriere della Sera" ausgewertet. Aber während der Jahre 1929 bis 1945 stieg die Zahl der verarbeiteten Zeitungen beträchtlich und umfaßte zeitweise neunzehn britische, je zwölf französische und deutsche, je fünf amerikanische und italienische, vier österreichische, drei schweizer und mehr als ein Dutzend Blätter aus anderen europäischen und überseeischen Ländern. Man beschränkte sich jedoch immer auf Zeitungen in den vier wichtigsten westeuropäischen Sprachen: Englisch, Französisch, Deutsch und Italienisch. Das war insofern möglich, als es vor 1939 auch in den osteuropäischen Ländern eine Reihe wesentlicher Blätter in französischer oder deutscher Sprache gab. Zwischen 1940 und 1945 wurde die Sammlung für die Arbeit des Research Department des Foreign Office herangezogen und ihr dann dessen Sammlung von Ausschnitten aus der deutschen Presse dieser Jahre einverleibt. Sie enthält Artikel aus über vierzig deutschen Presseorganen.

Das reichhaltigste Material enthält die Presse-Sammlung jedoch aus den Jahren 1945–1950. Zu den bisher hauptsächlich ausgewerteten europäischen Zeitungen traten in zunehmendem Maße überseeische Blätter, außerdem die sehr wertvollen täglichen und wöchentlichen Berichte des Auslandsnachrichtendienstes der B.B.C. über die von den Radiostationen des Ostblocks, des Mittleren und Fernen Ostens abgehörten Meldungen.

Diese Ausdehnung der Sammlung konnte aber in den Jahren nach dem Korea-Krieg infolge finanzieller Schwierigkeiten leider nicht aufrechterhalten werden. Das Royal Institute of International Affairs ist ganz auf private Geldquellen angewiesen und erhält keine Regierungszuschüsse. Die Zahl der ausgewerteten Zeitungen mußte verringert werden. 1966 hielt sie sich bei 21 verschiedenen Blättern und wurde ergänzt durch einige Nachrichtendienste, darunter als wichtigste der der „Hsinhua News Agency" (Peking) und „Soviet News", eine tägliche Publikation der Sowjetischen Botschaft in London mit detaillierten Wiedergaben von Reden, Berichten und Leitartikeln aus der Sowjetpresse. Dazu kommen nun aber 25 ausgewählte Zeitungen, Bulletins und Pressedienste, die vollständig aufbewahrt werden und deren Inhalt zusammen mit den Ausschnitten verzeichnet wird. U.a. werden so heute sechs russische und sechs Zeitungen aus Entwicklungsländern ausgewertet.

Die Zeitungsausschnitt-Sammlung wird vor allem von den Personen und Organisationen benutzt, welche Mitglieder des Instituts sind und sie mit ihren re-

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gelmäßigen Beiträgen finanzieren; für sie erledigt das Büro jährlich zwischen vier- und fünftausend Anfragen. Die Erarbeitung des „Survey of International Affairs" wäre ohne sie unmöglich. Die Sammlung wird aber auch von Doktoranden britischer und amerikanischer Universitäten und von Publizisten viel benutzt. In einer durchschnittlichen Halbjahrsperiode wurden beispielsweise etwa fünfzig Benutzerkarten an Nichtmitglieder ausgegeben. Davon kamen jedoch nur neun aus Kontinentaleuropa, ein Zeichen, wie unbekannt diese Sammlung dort noch ist. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß europäische Historiker die Bedeutung von Zeitungsartikeln als historische Quellen im allgemeinen noch zu wenig beachten, nicht nur in bezug auf die darin geäußerten Meinungen, sondern vor allem auch die darin berichteten tatsächlichen Ereignisse. Ihr Quellenwert ist besonders hoch, wenn man sich mit Problemen der außereuropäischen Geschichte befaßt.

Um die Verwendungsmöglichkeiten der Sammlung zu umreißen, seien im folgenden einige Themen genannt, die im gleichen halben Jahr anhand des gesammelten Materials bearbeitet wurden: Vorschläge zu einem Ost-Locarno-Pakt 1934/35, Die Außenpolitik der Philippinen 1954–1966, Die kanadische Beteiligung am Spanischen Bürgerkrieg, Deutsche Reparationen an Israel, Pläne für eine Polnisch-tschechische Konföderation im Zweiten Weltkrieg, Die Haltung der Vereinigten Staaten zur britischen Europa-Politik 1950.

Besonders reichhaltiges Material enthält die Sammlung zur Geschichte Europas in den 30er Jahren und zur Wiedererstarkung Europas seit 1944, nicht zuletzt durch die Verwertung der wesentlichsten Zeitungen des post-faschistischen Italien und des befreiten Frankreich.

Es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß es sich bei der Press Library mehr um eine Sammlung von Zeitungs*artikeln* als um ein Zeitungsarchiv mit ganzen Jahrgangsbänden handelt. Ihr Ziel ist ja weniger die Sammlung von Presse-Meinungen als vielmehr die Aufbereitung von Faktenmaterial für die historische Forschung. Unter diesem Aspekt ist die Press Library des Instituts of International Affairs ein wohl einzigartiges Unternehmen, das von der europäischen Zeitgeschichtsforschung sehr viel mehr beachtet werden sollte als bisher.

(Die Benutzungsgebühren für Einzelbenutzer betragen ein engl. Pfund pro Woche, für Studenten 10 Schillinge. Bei längerer Benutzungsdauer ist eine Pauschalsumme von 5 bzw. 4 guineas zu entrichten.)

Nach einem Bericht von D. C. Watt

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Winfried Baumgart, wiss. Assistent am Historischen Seminar der Universität Bonn, 53 Bonn, Am Hof 1.

Dr. Ernst Fraenkel, emer. ord. Professor für die Wissenschaft von der Politik an der Freien Universität Berlin, 1 Berlin 33, Ihnestraße 58.

Dr. Dietrich Geyer, ord. Professor für osteuropäische Geschichte an der Universität Tübingen, 74 Tübingen, Neckarhalde 44.

Dr. Hans Wolfram von Hentig, Mitarbeiter an der Neuen Deutschen Biographie, Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 8 München 25, Aidenbachstraße 131.

Dr. Klaus Scholder, Privatdozent für Kirchengeschichte in der Evang.-Theol. Fakultät der Universität Tübingen, 74 Tübingen, Untere Schillerstraße 4.

Dr. Helmut Witetschek, Archivar und wiss. Mitarbeiter bei der Kommission für Zeitgeschichte der Katholischen Akademie in Bayern, 8 München 2, Jutastraße 5.

Jahrgang 16 (1968), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1968_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte